

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	4
Grundsätzliches	6
Ursprünge, Ideengeschichte, Morphologie, Gewalt?	6
Antisemitismus im Islamismus.....	7
Die Legitimation des Jihād im Islam.....	10
Islamismus als politische Ideologie – Eine kurze ideengeschichtliche und theoretische Einordnung.....	13
Islamismus. Seine Ursprünge, seine Entwicklung	15
Jihādistische Rechtfertigungen von Gewalt gegen Deutschland?	18
Morphologie des extremistischen Denkens.....	20
Männlichkeitsvorstellungen bei Salafisten	22
Schiitischer Islamismus in Iran?.....	24
Strukturelles	26
Organisationen, Parteien, Bewegungen	26
Al-Qaida – Vom regionalen zum globalen Djihad	27
Boko Haram.....	32
Der Kalifatsstaat – eine verstaubte Geschichte?.....	35
Der „Islamische Staat“ (IS)	38
Die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG)	41
Die Muslimbruderschaft – Ideologie und Struktur	43
Die Muslimbruderschaft in Deutschland	45
Die libanesische Hisbollah	47
HAMAS.....	49
Hizb ut-Tahrir – Die Vorstellung vom besten Kalifat	52
Islamische Bewegung Usbekistan (IBU)	54
Islamische Jihad Union (IJU) und die Sauerland-Gruppe	56
Salafismus in Deutschland	58
Tablighi Jama’at – Das Modell vom islamistischen „Durchlauferhitzer“	62
„Die Wahre Religion“ und „Einladung zum Paradies“	64

(De-)Radikalisierung	66
Motive, Radikalisierungsprozesse, Jugendbewegung, Präventionsarbeit.....	66
Islamismusprävention aus Sicht der Sicherheitsbehörden	67
Motive von Ausreisenden nach Syrien	70
Radikalisierungsprozesse	73
Radikalisierungsprozesse und der Umgang mit Rückkehrern aus Syrien – Der IS und die Anziehungskraft einer Ideologie	76
Salafismus als Jugendbewegung. Motive der Radikalisierung.....	78
Von „Deso Dogg“ zu „Abu Talha al-Almani“: Die dschihadistische Karriere von Denis Cuspert.....	81
Kommunikation	84
Öffentlichkeitsarbeit, Cyber Jihad, Sprache, Bilder, Slogans.....	84
Die islamistischen Netzwerke im Norden Deutschlands.....	85
Jihad-Rekrutierung im Zeitalter des Web 2.0.....	87
Jihadistische Hymnen und Gedichte.....	89
Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im deutschsprachigen Salafismus.....	93
Medien-Dschihad: Entwicklung, Inhalte und Ziele.....	95
Sprache, Begriffe und Symbole der salafistischen Szene.....	98
Kleines Lexikon des Islamismus	100
Von A-Z.....	100
‘Abduh, Muhammad (1849–1905).....	101
Ahl al-sunna wa-l-dschama’a	102
Al-Baghdadi, Abu Bakr (geb. 1971).....	103
Al-Banna, Hasan (1906–1949).....	104
Al-salaf al-salih	105
Al-wala’ wa-l-bara’	106
Bid’a	107
Bin Laden, Osama (1957–2011).....	108
Chomeini, Ruhollah (1902–1989)	109
Dar al-Islam, Dar al-Harb	110
Da’wa	111
Dschahiliyya.....	112

Dschanna	113
Dschihad	114
Fasad	115
Fatwa	116
Fiqh	117
Hakimiyya	118
Hidschra	119
Hisba.....	120
Idschtihad	121
Islah	122
Kafir, pl. Kuffar	123
Kalifat.....	124
Kufr	125
Mudschahed.....	126
Muslimbruderschaft.....	127
Qutb, Sayyid (1905–1966).....	128
Sahaba.....	129
Salafiyya	130
Scharia.....	131
Schirk.....	132
Schura	133
Shahid, pl. Shuhada'.....	134
Takfir.....	135
Taqlid.....	136
Ulama	137
Umma.....	138
Wahhabiyya	139

Editorial

Mit diesem Internetportal wollen wir unseren Mitmenschen, ob jung oder alt, Informationen über die politische Ideologie des Islamismus gewähren. In Zeiten, in denen Zivilisten weltweit immer wieder Opfer von Anschlägen werden, die von den Drahtziehern selbst mit der Religion des Islam begründet werden, ist es umso wichtiger genau hinzusehen und zu trennen – zwischen einem friedlich gelebten Islam im Privaten und Islamismus als eine Form von politischer Ideologie, die die demokratische Grundordnung ablehnt und eine Islamisierung von Gesellschaft und Staat anstrebt.

Um die Texte verständlich und leserfreundlich zu gestalten, verzichten die meisten Texte auf Quellenverweise. Einige Artikel weisen stattdessen auf weiterführende Literatur hin. Die Art und Weise der Transkription von arabischen Begriffen haben wir den Autorinnen und Autoren überlassen, weshalb es zu unterschiedlichen Schreibweisen kommt (wie etwa Jihad und Dschihad).

Wir erheben nicht den Anspruch, das Phänomen Islamismus allumfassend zu beleuchten, zu heterogen und dynamisch ist seine Entwicklung. Das Portal soll vielmehr dazu anregen, sich mit der Thematik näher auseinanderzusetzen, es soll die Komplexität des religiösen Extremismus deutlich machen und Interessierten die Möglichkeit geben, sich über wesentliche Themenfelder einen fundierten Überblick zu verschaffen. Es wird dabei einer steten Aktualisierung und Erweiterung unterzogen.

Autoren

Dr. Marwan Abou-Taam

Politikwissenschaftler

Simon Conrad, B.A.

Islamwissenschaftler

Dr. Asiem El Difraoui

Politikwissenschaftler und Autor

Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani

Politikwissenschaft und politische Soziologie, FH Münster

Hazim Fouad, M.A.

Islamwissenschaftler beim Senator für Inneres Bremen

Dr. Christian Funke

Islam- und Religionswissenschaftler, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

Wiebke Hohberger, M.A.

Historikerin und Islamwissenschaftlerin

Klaus Hummel, M.A.

Politikwissenschaftler

Simon Kremer, M.A.

Journalist und Autor, Schwerpunkt Nahost

Dr. Michail Logvinov

Politikwissenschaftler, Schwerpunkt Extremismus

PD Dr. Lazaros Miliopoulos

Politikwissenschaftler, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Dr. Peter R. Neumann

Konfliktforscher und Journalist, Direktor des International Center for the Study of Radicalisation, King's College London

Dr. Mariella Ourghi (gest. 14.11.2015)

Islamwissenschaftlerin, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugber

Politikwissenschaftler und Soziologe, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Dr. René Rieger

Nahostwissenschaftler, Vorsitzender MEIA Research

Dr. Ekkehard Rudolph

Islamwissenschaftler

Dr. Behnam T. Said

Islamwissenschaftler

Aladdin Sarhan, M.A.

Islamwissenschaftler

Thomas Volk, M.A.

Islamwissenschaftler, Koordinator Islam und Religionsdialog der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Peter Wichmann

Politikwissenschaftler, Schwerpunkte Extremismus, Terrorismus, Nachrichtendienste, Nahostkonflikt

Grundsätzliches

Ursprünge, Ideengeschichte, Morphologie, Gewalt?

In dieser Rubrik gehen wir grundsätzlichen Fragen der Definition nach. Stellt sich zunächst die Frage: Was bedeutet überhaupt „Islamismus“ und wie grenzt sich Islamismus von Islam ab? Nach der Definition des Bundesamtes für Verfassungsschutz heißt es: „Islamismus beginnt dort, wo religiöse islamische Gebote und Normen als verbindliche politische Handlungsanweisungen gedeutet werden. Islamismus ist eine politische Ideologie, die einen universalen Herrschaftsanspruch erhebt und mitunter Gewaltanwendung legitimiert, um als ‚islamisch‘ definierte Ziele umzusetzen.“

Wichtig ist zudem, dass es das eine Phänomen Islamismus ebenso wenig wie den einen Islam gibt. Auch innerhalb der Begriffsverwendung des Islamismus muss klar differenziert werden. Die wichtigste Unterscheidung besteht zwischen politischen und dschihadistischen Islamisten: Während Vertreter des politischen Islamismus Gewalt ablehnen, sind Dschihadisten bereit, ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen.

Zudem wird hier beleuchtet, wie es sich mit der derzeit in Deutschland dynamischsten Strömung radikaler Muslime verhält – dem Salafismus. Was steckt hinter dieser wiederum heterogenen Bewegung? Wo liegen ihre Wurzeln und welche Ziele verfolgen Salafisten? Inwiefern grenzen sie sich von der Glaubenslehre des Wahhabismus ab, der heutigen Staatsideologie Saudi-Arabiens? Und sind überhaupt alle Salafisten Islamisten?

Neben grundsätzlichen Fragen der Begriffsdefinition und ihrer ideengeschichtlichen Einordnung werden auch bestimmte Aspekte innerhalb der politischen Ideologie des Islamismus betrachtet. Welche Rolle spielt etwa Antisemitismus im Islamismus? Und was unterscheidet schiitischen Islamismus, wie er etwa in Iran als Staatsideologie herrscht, von sunnitischen Islamismus? Außerdem: Womit legitimieren gewaltbereite Islamisten ihren sogenannten „Dschihad“?

Antisemitismus im Islamismus

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugber

Antisemitismus findet sich auch im Islamismus. Diese Aussage macht eine Definition der Bezeichnung notwendig, denn gegenteilige Auffassungen gehen von einer einseitigen bis falschen Deutung aus. Antisemitismus steht in der Forschung allgemein für eine Sammelbezeichnung, die alle Einstellungen und Handlungen gegen Juden als Juden begrifflich erfassen will. Für die hier zu behandelnde Frage sind dabei folgende Aspekte von Bedeutung: Antisemitismus richtet sich nicht gegen alle Angehörigen der Sprachfamilie der Semiten, wozu etwa auch das Arabische gehört. Demnach können Araber auch Antisemiten im Sinne von Judenfeinden sein. Und Antisemitismus ist nicht begrenzt auf eine rassistische Grundposition, es gibt auch andere Ideologieformen der Judenfeindschaft. Dazu können etwa politische, ökonomische oder religiöse Grundlagen von Aversionen und Vorurteilen gehören. Gerade diese Formen findet man auch als ideologische Basis des Antisemitismus im Islamismus, der demgegenüber keine biologistische bzw. rassistische Variante kennt.

Antisemitismus im Islamismus stellt ideengeschichtlich eine Mischung von klassischen und neueren Formen dar. Im erstgenannten Bereich geht es um Bezüge zur Frühgeschichte des Islam, in der nach offizieller Überlieferung der Prophet Mohammed im Konflikt mit drei jüdischen Stämmen stand. Diese habe er zur Akzeptanz seiner Glaubensinterpretation bekehren wollen, allerdings ohne Erfolg. Aufgrund der Enttäuschung sei es zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit einem jeweils siegreichen Ende für Mohammed gekommen. Die Angehörigen des dritten Stammes habe man hingerichtet oder versklavt. Einige der negativen Kommentare im Koran erklären sich durch diese Auseinandersetzung, die den inhaltlichen Grund für eine Darstellung der Juden als betrügerisch und unbelehrbar erklärt (vgl. Sure 2, 100, Sure 3, 78, Sure 4, 46, 155, 161). Da nun dieses religiöse Grundlagenwerk des Islam bis in die Gegenwart häufig wortwörtlich verstanden wird, bildete die Judenfeindschaft bereits seit jenen Jahren einen integralen Bestandteil des religiösen Selbstverständnisses.

Gleichwohl konnten die Juden fortan als Schutzbefohlene – zumindest im Unterschied zum christlichen Abendland – ein relativ sicheres Leben in den islamisch geprägten Ländern führen. Erst im Kontext der Kolonialisierung fanden auch dort Auffassungen des europäischen Antisemitismus wie etwa die Legende vom jüdischen „Ritualmord“ ab Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr Verbreitung. Insofern handelte es sich hier um ein importiertes Phänomen, das aber in der erwähnten religiösen Sicht auf die Juden einen Anknüpfungspunkt fand. Nachdem es dann in den 1920er Jahren zu einem Anstieg der Einwanderung von europäischen Juden nach Palästina kam, eskalierten einschlägige Aversionen gegen die Neuankömmlinge bis hin zu Gewalttaten und Massakern. In diesem Kontext fanden die erwähnten antisemitischen Behauptungen mit europäischem wie islamischem Hintergrund immer mehr Verbreitung. Bereits in den 1930er Jahren kursierten denn auch in der „Muslimbruderschaft“, der „Mutterorganisation“ des Islamismus, einschlägige Schriften.

Die Gründung des Staates Israel 1948 lies entsprechende Aversionen und Feindbilder noch mehr eskalieren, vor allem nach dem militärisch gescheiterten Krieg der arabischen Staaten gegen das kleine Land. Für diese Niederlage bedurfte es einer Erklärung. Diese fanden islamistische wie säkulare Feinde Israels in der Behauptung einer jüdischen Verschwörung. Der spätere ägyptische Präsident Abd el Nasser hatte bereits 1950 die antisemitische Fälschung der „Protokolle der Weisen von Zion“ als echtes Dokument bezeichnet. Und der damalige Chefideologe der Muslimbruderschaft, Sayyid Qutb, publizierte im gleichen Jahr eine Schrift mit dem Titel „Unser Kampf gegen die Juden“. Darin sprach er von einem jahrhundertelangen Krieg der Juden gegen den Islam. Solche Behauptungen kursierten fortan in der arabischen Welt, was insbesondere an den Massenaufgaben für die erwähnten „Protokolle

der Weisen von Zion“ ablesbar ist. Israels Existenz führte man auf die Folge einer diabolischen „jüdischen Weltverschwörung“ zurück.

Derartige Behauptungen fanden sich fortan in der öffentlichen Agitation der unterschiedlichsten islamistischen Organisationen: Der Begründer der „Milli Görüş“-Bewegung in der Türkei Necmettin Erbakan behauptete etwa 1991 in seiner Schrift „Gerechte Wirtschaftsordnung“, dass der Zionismus ein Glaube und eine Ideologie mit einem Zentrum in den Banken der Wall Street sei. Damit bediente er sich einer klassischen antisemitischen Aussage, wonach das Finanzkapital von den Juden beherrscht sei. Auch die im Umfeld der „Milli Görüş“-Bewegung kursierende Tageszeitung „Milli Gazete“ enthielt immer wieder einschlägige Behauptungen. Da diese auch in Deutschland bei dem hiesigen Ableger der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş“ (IGMG) geschätzt ist, fanden derartige jüdenfeindliche Stereotype über diesen Umweg auch bei türkischen Migranten inhaltliche Verbreitung. Zwar bildete meist der Bezug auf den Nahostkonflikt den Anlass von Kommentaren, aber der Antisemitismus hinter der Israelfeindlichkeit blieb unverkennbar.

Dies gilt auch für andere islamische Organisationen wie etwa die „ Hamas“, die sich als palästinensischer Ableger der „Muslimbruderschaft“ versteht. In ihrer Charta von 1988, einer Art Grundsatzprogramm, findet man deutliche Worte. Bereits zu Beginn wird kaum verklausuliert zur Tötung von Juden und zur Vernichtung Israels aufgerufen. Der folgende Text liefert dann eine Fülle von antisemitischen Aussagen, die ebenfalls von einer „jüdischen Konspiration“ gegen den Islam ausgehen. Bereits die Französische Revolution, dann aber auch die Gründung der Vereinten Nationen wurde auf das verschwörerische Wirken dieser „Feinde“ zurückgeführt. Selbst die erwähnten „Protokolle der Weisen von Zion“, die auch für die NS-Propaganda von großer Bedeutung waren, gelten in der Charta als Beleg für die weltweite Verschwörung. Im Text lässt sich übrigens die erwähnte Mischung von klassischen und neueren Elementen des Antisemitismus gut belegen: Man beruft sich ebenso auf die Aussagen zu den Juden im Koran wie auf die Inhalte des europäischen Judenhasses.

Dies gilt auch für die libanesische „Hizb' Allah“, wobei hier die antisemitische Agitation nicht in gleicher Eindeutigkeit konstatiert werden kann. Indessen finden sich auch hier bei führenden Funktionären und in Publikationsorganen einschlägige Behauptungen: Mit Rekursen auf den Koran werden Juden als gefährliche und hinterhältige Gegner des Islam dargestellt. Darüber hinaus bezeichnet man sie als Feinde der Menschheit, die über ihre finanzielle Macht die Welt dominieren. Zusammen mit den Freimaurern hätten sich die Juden zu Weltverschwörern entwickelt und trügen die Schuld an allen Übeln – von Kriegen über Revolutionen bis zu Wirtschaftskrisen. Selbst die Krankheit Aids führte man auf eine jüdische Konspiration zur Zerstörung der islamischen Gesellschaften zurück. Hier wie bei der „ Hamas“ gilt, dass derartige Auffassungen durch Anhänger der beiden islamistischen Gruppen auch in Deutschland unter Muslimen inhaltliche Verbreitung finden. Antisemitismus dient dann in der Ferne zur scheinbaren Erklärung des Nahostkonfliktes.

Ferner kann man auch bei dem terroristischen Netzwerk „Al Qaida“ bei einzelnen Aktivisten sowie Bekenntnissen und Gewalthandlungen jüdenfeindliche Grundpositionen konstatieren. Dafür stehen die gescheiterten Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Berlin und Düsseldorf 2002, die durchgeführten Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Casablanca oder die Gewaltaktionen gegen zwei Synagogen in Istanbul 2003. In der von Osama bin Laden maßgeblich mitinitiierten Erklärung der „Internationalen Islamischen Front für den Dschihad gegen Juden und Kreuzritter“ von 1998 wurde bereits in einer ideologischen Verkopplung von Antiamerikanismus und Antisemitismus ausdrücklich dazu aufgerufen, militärische wie zivile Amerikaner und Juden auf der ganzen Welt zu töten. Und Mohammed Atta, der Anführer der Todespiloten des 11. September 2001, hatte vor den Anschlägen in seinem persönlichen und politischen Umfeld immer wieder eine beabsichtigte Ausrottung des Islam durch eine Verschwörung des „Weltjudentums“ unterstellt.

Auch in Europa können immer wieder Gewalthandlungen und Hasspropaganda von Islamisten konstatiert werden: Am 24. Mai 2014 erschoss ein islamistischer Syrien-Heimkehrer im Jüdischen Museum in Brüssel vier Menschen. Und am 9. Januar 2015 überfiel in Paris ein islamistischer Attentäter einen jüdischen Supermarkt, wobei ebenfalls vier Menschen ums Leben kamen. Bereits am 29. Juli 2014 hatten in Wuppertal drei Palästinenser einen Brandanschlag auf die dortige Synagoge versucht. Und bei Demonstrationen im Sommer 2014 anlässlich des Gaza-Konflikts riefen nicht nur islamistische Demonstranten auf deutschen Straßen jüdenfeindliche Parolen wie: „ Hamas, Hamas, Juden ins Gas!“, „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein“, „Juden raus“ oder „Tod den Juden“. In allen genannten Fällen bot die Ablehnung von Israels Politik gegenüber den Palästinensern den formalen Anlass; indessen richtete sich die Gewalt und der Hass gegen nicht-israelische Juden. Insofern hat man es eben auch mit Antisemitismus als Judenfeindschaft zu tun.

Bei einer Eskalation des Nahost-Konfliktes lässt sich regelmäßig auch ein Anstieg des Antisemitismus feststellen. Dies gilt insbesondere im islamistischen Bereich, denn dort findet eine agitatorische Kombination des klassischen religiösen mit dem neueren israel-feindlichen Antisemitismus statt. Folglich stellt einschlägige Propaganda sowohl auf eine religiöse Einstellung als auch auf tagespolitische Aktualität ab. Dadurch können auch erfolgreich Muslime angesprochen werden, welche nach Umfragen deutlich höhere Aversionen gegen Juden haben als Nicht-Muslime. Insofern hat man es hier mit einer neuen Bedrohungssituation bezogen auf Gewaltakte sowie auf Hasspropaganda zu tun. Diese Einsicht kann indessen nicht davon ablenken, dass es auch Antisemitismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft gibt. Der Hinweis darauf darf aber nicht umgekehrt zur Ignoranz der Judenfeindschaft unter Muslimen führen. Islamisten der unterschiedlichsten Organisationen nutzen dieses Agitationsfeld, Aufmerksamkeit ist mehr als nur geboten!

Lesetipps:

- Wolfgang Benz/Juliane Wetzel (Hrsg.), Antisemitismus und radikaler Islamismus, Essen 2007.
- Michael Kiefer, Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf 2002.
- Ruud Koopmans, Fundamentalismus und Fremdenfeindlichkeit. Muslime und Christen im europäischen Vergleich, in: WZB Mitteilungen, Heft 142, Dezember 2013, S. 21-25.
- Bernard Lewis, Die Juden in der islamischen Welt. Vom frühen Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert, München 1987.
- Bernard Lewis, „Treibt sie ins Meer!“ Die Geschichte des Antisemitismus, Frankfurt a.M./Berlin 1987.
- Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus im Islamismus. Ideengeschichtliche Bedingungsfaktoren und agitatorische Erscheinungsformen, in: Helmut Fünfsinn/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Extremismus und Terrorismus als Herausforderung für Gesellschaft und Justiz. Antisemitismus im Extremismus, Brühl 2011, S. 112-134.

Die Legitimation des Jihād im Islam

Dr. Mariella Ourghi

Seit den Anschlägen des 11. September begegnet uns das arabische Wort jihād oft in den Medien und wird dabei zumeist ausschließlich als Begriff für „Heiliger Krieg“ verstanden. Muslimische Extremisten begehen im Namen des jihād unvorstellbare Grausamkeiten. Täglich erreichen uns derzeit neue Nachrichten über die Gräueltaten des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) in Teilen Syriens und des Irak. Wie aber wurde der Begriff jihād in der islamischen Geschichte verstanden? Und wie gehen heutige Jihādisten damit um?

Das arabische Wort jihād umfasst ein breites Bedeutungsspektrum, das sich in den 1400 Jahren islamischer Geschichte weiterentwickelt hat. Der arabische Begriff kann keinesfalls auf die exklusive Bedeutung von „bewaffnetem Kampf“ eingeschränkt werden. Das Substantiv jihād leitet sich von dem Verb jāhada ab, das mit „sich bemühen, sich anstrengen, streben, kämpfen“ zu übersetzen ist. Nach theologischem Verständnis liegt eine grundlegende Konnotation des Wortes in der Bemühung um ein lobens- und belohnenswertes Ziel. Es geht dabei um ein Ankämpfen gegen persönliche Schwächen und unmoralische Versuchungen sowie ein Eintreten für das Wohl des Islams und der muslimischen Gemeinde (umma). Muslimische Rechtsgelehrte aus klassischer Zeit haben in ihren Werken den Begriff jedoch tatsächlich in erster Linie als bewaffneten Kampf gegen die „Ungläubigen“ aufgefasst und dabei auch die Regeln der Kriegsführung abgehandelt.

Dieses in der Frühzeit des Islams entstandene jihād-Konzept ist allerdings nicht ohne historische und kulturelle Einbettung in die damalige Epoche zu verstehen. Eingang fanden Elemente des Kriegsbegriffs der vorislamischen Stämme auf der Arabischen Halbinsel. Unter diesen wurde ein Kriegszustand als legitim betrachtet, sofern nicht ein Friedensvertrag geschlossen worden war. Auch der Prophet Muhammad hat Kriege geführt, die sich im Koran widerspiegeln. Wahrscheinlich hat er aber nie den Terminus jihād dafür verwendet.

Im Koran ist an mehreren Stellen von jihād und qitāl („Kampf“) gegen die Ungläubigen¹ die Rede. Im Zusammenhang mit kriegerischen Handlungen trifft man jedoch wesentlich seltener auf den Begriff jihād als auf das Wort qitāl. Eine Verbindung der beiden Termini und der entsprechenden Koranstellen ist keineswegs zwingend, wurde jedoch exegetisch in nachprophetischer Zeit hergestellt. Neben dem Koran liefern die Hadīthe, d. h. die Überlieferungen über die Aussagen und Handlungen des Propheten, die Basis für das jihād-Konzept. In ihnen findet sich auch die Unterscheidung zwischen dem „großen jihād“, dem Ankämpfen gegen moralische Schwächen, und dem „kleinen jihād“, dem militärischen Kampf. Genauer ausgearbeitet durch die muslimischen Gelehrten wurde das jihād-Konzept erst Ende des 8. Jahrhunderts. Diese Formierungszeit fiel zusammen mit der Periode, in der das islamische Reich expandierte und auch noch weitgehend eine einheitliche Staatlichkeit bestand. Nach dieser Idee eines islamischen Staates galt es, das Gebiet und die islamische Ordnung auszuweiten, jedoch nicht zwingend die Untertanen zu konvertieren. Nach dieser theoretischen Lesart ist expansiver jihād eine kollektive Pflicht (fard ‘alā l-kifāya), wobei ein rechtmäßiger Herrscher vorausgesetzt wird, der den Kampf organisiert und einer Gruppe – in der Regel den Streitkräften – überträgt. Jihād kann aber auch zu einer Pflicht des Einzelnen (fard ‘ain) werden, insbesondere dann, wenn islamisches Territorium von Feinden angegriffen wird und zu verteidigen ist. Jihād ist in diesem Fall also defensiv. Die Werke der klassischen Rechtsgelehrten enthalten zahlreiche Regeln zur Kriegsführung, deren Tenor eine Verschonung von nicht am Kampf Beteiligten ist.

¹ Das arabische Wort kāfir (Sg. zu kuffār) bedeutet zunächst „undankbar“ und bezeichnet in der frühen koranischen Offenbarung die nicht zum Islam übergetretenen Mekkaner, später in den medinensischen Suren auch andere Nichtmuslime, wobei in der historischen Praxis den Anhängern von Buchesreligionen zumeist eine privilegierte Stellung zukam.

Von großer Bedeutung für das weitere Verständnis von jihād war, dass spätestens ab dem 10. Jahrhundert ein Zerfall des idealisierten Einheitsstaates einsetzte und zudem ab dem 11. Jahrhundert größere Gebietsverluste zu verzeichnen waren, v. a. auf der Iberischen Halbinsel. Viele Muslime blieben jedoch in ihren nun nicht mehr unter islamischer Herrschaft stehenden Heimatregionen. Dies alles beeinflusste das juristische Verständnis des Territorialbegriffs und auch die Interpretation des jihād. Moralische Komponenten rückten in den Vordergrund, jedoch verschwand die militärische Konnotation nie gänzlich.

Einen tiefen historischen Einschnitt markierten die Einfälle der Mongolen in die islamische Welt im 13. Jahrhundert. Zu dieser Zeit lebte der Gelehrte Ibn Taimiyya (st. 1328), der von Jihādisten heute oft zitiert wird. Er argumentierte, dass gegen die Mongolen jihād zu führen sei, da sie sich nur nominell zum Islam bekannt hätten. Im Grunde seien sie jedoch „Ungläubige“.

In der Kolonialzeit vom 18. bis zum 20. Jahrhundert aktualisierte sich der jihād-Gedanke, wurde aber regional und situativ durchaus sehr kontrovers diskutiert. Insbesondere in der Anfangsphase der Kolonisierung bildeten sich in verschiedenen Gebieten politisch-religiöse Bewegungen, die die Fremdherrschaft im Namen des jihād bekämpfen wollten (z. B. Indien, Algerien). Sie blieben jedoch innermuslimisch umstritten und letztendlich ohne Erfolg.

Moderne Theorien zum militanten jihād entstanden in postkolonialer Zeit, als mit der Entstehung der Nationalstaaten neue Rahmenbedingungen zum Tragen kamen, die eine Redefinition des Konzepts erforderten. Als einer der bedeutendsten Theoretiker des modernen Islamismus ist der Ägypter Sayyid Qutb (st. 1966) zu betrachten, für dessen Argumentation auch die Schriften Ibn Taimiyyas eine große Rolle spielten. Laut Sayyid Qutb waren die Probleme muslimischer Gesellschaften dadurch bedingt, dass islamische Normen und Gesetze nicht mehr maßgebend seien. Jihād besteht für ihn zwar zunächst in Form eines friedlichen Aufrufs, die Gesellschaft zu islamisieren, doch könne er auch zum Verteidigungskampf bis hin zu offensiver Kriegsführung werden, sofern Muslime an einem Ort nicht frei ihren Glauben propagieren dürften. Ziele Sayyid Qutb vorrangig noch auf eine Änderung innerstaatlicher Verhältnisse ab, so verlagerte sich im Zuge des Afghanistankriegs gegen die Sowjets (1979-89) das Hauptziel des jihād vom inneren auf den äußeren Feind, dessen theoretische Unterfütterung v. a. von ‘Abdallāh ‘Azzām (st. 1989) geleistet wurde.

Ein wichtiger Faktor für die globalisierte Ausrichtung des "jihād" waren die zahlreichen Konflikte in den 1980/90er Jahren, die konfessionelle Züge annahmen (u. a. Bosnien, Tschetschenien, Kaschmir). Unter der Wahrnehmung einer globalen Bedrohung von Muslimen durch Nichtmuslime wurde der "jihād" von Jihādisten hauptsächlich als Defensivkrieg aufgefasst.

Mit der Entstehung des sogenannten „Islamischen Staates“ 2014 zeichnet sich jedoch eine neue Deutung ab. Defensiver jihād ist nach wie vor wichtig, doch es wird nun auch die Notwendigkeit des offensiven jihād artikuliert. Abū ‘Abdallāh ar-Rashīd al-Baghdādī (st. 2010), der Führer der Vorläuferorganisation des IS, vertrat dessen Rechtmäßigkeit schon vor mehreren Jahren; die Gebietskontrollen durch den IS und das Postulat eines legitimen Kalifen sollten diesen Anspruch jedoch unterstreichen. Die heutigen Jihādisten sind häufig theologische Autodidakten, lehnen aber zugleich die Exegesemethoden der islamischen Tradition ab. Sie ziehen Koranverse und Hadīthe meist rein selektiv und ohne Beachtung des Sinnkontexts heran. Zahlenmäßig stellt die jihādistische Interpretation nur eine absolute Minderheitenposition dar.

Lesetipps:

- Michael Bonner, Jihad in Islamic History. Doctrines and Practice, Princeton 2006.
- Cook, David: Understanding Jihad, Berkeley/Los Angeles/London 2005.
- Rüdiger Lohker, Dschihadismus. Materialien, Wien 2009.
- Mariella Ourghi, Muslimische Positionen zur Berechtigung von Gewalt. Einzelstimmen, Revisionen, Kontroversen, Würzburg 2010.

- Rudolph Peters, Jihad in Classical and Modern Islam. A Reader (Second Edition: Updated and Expanded, with a New Chapter on the Jihad at the Turn of the 21st Century), Princeton 2005.

Islamismus als politische Ideologie – Eine kurze ideengeschichtliche und theoretische Einordnung

PD Dr. Lazaros Miliopoulos

Prozesse der Modernisierung greifen gegenwärtig auf die islamische Welt über. Der diese Entwicklung für sich nutzende Islamismus geht über einen reinen Traditionalismus hinaus. Zwar wandelt er auf einem traditionalistischen Pfad, der puristischen Lehre Abd al-Wahhabs (1703-1792)(siehe auch Wahhabiyya), lässt sich aber zum anderen auf die Salafiya, einer modernen geistigen Reformströmung aus dem 19. Jahrhundert zurückführen. Die Weiterentwicklung der Salafiya-Strömung zum Islamismus im 20. Jahrhundert lässt sich auf drei Namen zurückführen: auf Sayyid Abul Ala Maududi, dem ‚Masterdenker‘ des politischen Islam und Begründer der pakistanischen Jamaat-e-Islami, auf Hasan Al-Banna, der Gründungsfigur der antikolonialistisch und sozialrevolutionär durchwirkten ägyptischen Muslimbruderschaft, und schließlich auf Sayyid Qutb, unter dessen geistigem Einfluss der Islamismus theoretisch eine globale, weltrevolutionäre Dimension gewann.

„Islamismus“ besagt, dass der traditionale Islam ideologisiert und politisiert wird, d.h. dass der Islam mithilfe moderner technischer Mittel, Propaganda und Tatpropaganda als integrierendes und mobilisierendes Moment einer Gesellschaft eingesetzt, als Richtschnur für alle Politikbereiche und gesellschaftlichen Subsysteme, inkl. Recht und Wirtschaft, begriffen und seine staatspolitische wie gesellschaftliche Geltung unter Ausnutzung moderner Institutionen, u. U. auch demokratischer Institutionen (Wahlen, Verfassung, Parlamente), implementiert werden soll. Wendet er zu diesem Zwecke Gewalt an, so handelt es sich um eine „dschihadistische“ Ausprägung (siehe auch Die Legitimation des Jihad im Islam).

Was die Entstehungsbedingungen des heutigen Islamismus betrifft, muss festgehalten werden, dass Modernisierungsprozesse, auf die der Islamismus reagiert und aus denen er zugleich erwächst, im Unterschied zur Entwicklung im Westen des 20. Jahrhunderts dem Islam „übergestülpt“ wurden, d.h. sie sind nicht endemisch. Unter diesen Umständen mischen sich viel stärker ohnmachtsbedingte Zorn- und Rachegefühle in den emotionalen Haushalt vor allem junger orientierungsloser Sinnsucher. Das macht den Islamismus einerseits in seinem Kern „ungefährlicher“ als die großtotalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts, andererseits aber auch „apokalyptischer“ in der Grundhaltung.

Ideologisch weist der Islamismus, wird er radikal gedacht, mehrere Strukturelemente auf, die darauf hindeuten, dass es sich im Kern um eine neototalitäre Ersatzreligion handelt: Zunächst lösen radikale Islamisten jegliche Symbolik eines Spannungsverhältnisses zwischen Zeit per se und der Ewigkeit auf. Der weltrevolutionäre Islamismus von Qutb z.B. ist ganz deutlich dadurch gekennzeichnet, dass er den Koranbegriff der jahiliyya (Welt der „Ungläubigen“) de-historisiert und universalisiert und sich im globalen islamischen Kampf mit dem Satan wähnt. Der sogenannte „Islamische Staat“ (IS) wiederum verbindet – wenn nicht auf der Ebene unmittelbarer terroristischer Akte, so doch vor allem auf technischer, symbolischer, organisationsstruktureller und Rekrutierungsebene – die weltrevolutionäre mit einer rückwärtsgewandten, „puristischen“ Spielart des Islamismus.

Ein Vergleich der nationalsozialistischen und marxistischen Ideologie mit den Schriften von Qutb zeigt zudem, dass zumindest die „weltrevolutionären“ Islamisten dem gleichen Muster folgen wie die totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts. Der Islamismus Qutbs wie der Nationalsozialismus und Marxismus lassen sich als Radikalisierung des innerweltlichen Erlösungsversprechens lesen. Die Aufhebung der Transzendenz wird in der von Qutb nicht hinterfragten Reduktion der menschlichen Geschichte auf den ewigen Kampf zwischen Gut und Böse deutlich, in dessen Verlauf das Böse, welches er in der jahiliyya verortet, notwendigerweise vernichtet werden muss. Die Überzeugung der

Selbstmordattentäter ist zudem, durch die „Opferung“ ihres eigenen Lebens an der apokalyptischen Einleitung der Errichtung der islamischen Weltherrschaft selbst teilzuhaben. Inwieweit sich hier auch der IS einordnen lässt, kann noch nicht abschließend beantwortet werden, da nicht ganz klar ist, ob der IS überhaupt eine weltrevolutionäre Agenda verfolgt.

Was indes Al Qaida und IS gemeinsam haben, ist die Tatsache, dass durch die Betonung der vermeintlichen Überlegenheit des Islam bei gleichzeitiger Diskriminierung all derjenigen, die nicht muslimischen (sunnitischen) Glaubens sind, die höchste Wirklichkeitsform implizit ins Diesseits verlegt wird. Dies tritt im Falle des IS auf brutale Weise sogar noch deutlicher zutage als bei Al Qaida. Der Islam fällt hier auf die Stufe eines Materialismus zurück, indem die physische Kampfesstärke als Ideologie der Stärke, als entscheidendes Merkmal der eigenen – bewusst martialisch und brutal demonstrierten – Überlegenheit inszeniert wird, wobei in der symbolischen Darstellung des Paradieses der Tod des „Heiligen Kämpfers“ folgerichtig stets materiell entlohnt wird. Der Kampf wird mittelbar „vergottet“.

Al Qaida und IS fordern zudem bereits zu Lebzeiten die Errichtung des Gottesstaates ein und machen dies zur primären Berufung des Muslims. Die starke Betonung der Errichtung eines islamischen Gottesstaates auf Erden wirft die Frage nach dem Zweck der Religion und Relevanz des transzendenten Gottesbezugs auf. Der radikale Islamismus degradiert den spirituellen Kampf des einzelnen Gläubigen zu einem rein irdischen Kampf zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen. Diese Konzentration auf den irdischen Kampf vernachlässigt die Transzendenz bis zur Unkenntlichkeit

Zusammenfassend lässt sich von einer Entleerung traditionaler Religionsinhalte sprechen, zumindest wie wir sie im christlichen Kontext kennen. Eine entscheidende Frage lautet, ob die Immunität des Christentums als „Geistreligion“ gegen totalitäre Ideologien auch auf einen „traditional“ zu verstehenden Islam übertragbar ist. Ein islamistischer Ideologe wie Qutb jedenfalls versteht den Islam als allumfassendes Lebensprinzip, das Politik und Religion nie wird auch nur ansatzweise dissoziieren können, was sich wiederum aus dem Anspruch des Korans erklärt, Anleitung auch für das politische Leben zu sein. Entscheidend für die Zukunft des Islam wird sein, ob er sich von solchen Vorstellungen wird lösen können.

Lesetipps:

- Hendrik Hansen/Peter Kainz, Radical Islamism and Totalitarian Ideology, in: Totalitarian Movements and Political Religions Bd. 8 (1), 2007, S. 55-76.
- Peter Sloterdijk, Zorn und Zeit, Frankfurt a.M. 2006.
- Barbara Zehnpfennig, Das Weltbild von Sayyid Qutb, in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus in Deutschland, Baden-Baden 2013, S. 327-345.

Islamismus. Seine Ursprünge, seine Entwicklung

Dr. Peter R. Neumann

Die Geschichte des Islamismus ist nicht identisch mit der Geschichte des Islam. Der Islam ist mehr als 1.400 Jahre alt, doch das Phänomen, das heutzutage als Islamismus bezeichnet wird, gibt es erst seit einem Jahrhundert. Nach Meinung vieler Historiker ist der Islamismus aus der Begegnung des Islam mit der Moderne – speziell der Moderne westlicher Prägung – entstanden. Für viele Muslime, besonders in der arabischen Welt, war die Kolonialzeit demnach eine demütigende Erfahrung, die viele Fragen nach der eigenen Identität aufwarf.

Trotz großer historischer Erfolge – mit Kalifaten und Imperien, die die halbe Welt regierten – war es für die Muslime seit dem 17. Jahrhundert bergab gegangen. Weite Teile der mehrheitlich islamischen Welt wurden vom Westen beherrscht, der seine imperialen Interessen durchsetzte und vielerorts jahrhundertealte soziale und kulturelle Normen über den Haufen warf. Möglich war das nur – so die Meinung vieler, die später zu Islamisten wurden –, weil die Muslime ihre islamische Identität vernachlässigt hätten und stattdessen zu zweitklassigen Kopien ihrer westlichen Kolonialherren geworden seien.

Was Bernard Lewis stark vereinfachend als die „Krise des Islam“ beschrieb, wurde nicht von allen Muslimen so empfunden. Die koloniale Erfahrung war an verschiedenen Orten ganz unterschiedlich ausgeprägt und brachte eine ganze Reihe, manchmal widersprüchlicher Phänomene hervor – vom Widerstand bis hin zur totalen Anpassung. Eine der ersten Reaktionen war nicht, wie man vermuten könnte, der Aufstand gegen den Kolonialismus, sondern der Versuch, die Essenz der eigenen Identität wiederzuentdecken. Besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden deshalb in verschiedenen Teilen der mehrheitlich muslimischen Welt religiös-fundamentalistische Bewegungen, die einen scheinbar reinen, nicht korrumpierten und vor allem an den religiösen Texten orientierten Islam predigten. Im von Großbritannien beherrschten Indien waren das die sogenannten Deobandis, deren Religionsschulen die Muslime vor westlichen Einflüssen schützten und zu einem strengen, puristischen Islam bekehren sollten.

Die „frommen Vorfahren“

In Ägypten formierte sich eine Gruppe junger Gelehrter an der berühmten Al-Azhar-Universität und propagierte eine ganz ähnliche Idee: die Rückbesinnung auf einen Islam, wie er angeblich zur Zeit des Propheten Mohammed und seiner unmittelbaren Nachfolger – der sogenannten „frommen Vorfahren“ (salaf, siehe auch al-salaf al-salih) – existiert hatte. Beide Bewegungen – Deobandis und Salafisten (siehe auch Salafiyya) – waren aus der Begegnung mit dem Westen entstanden, doch explizit politisch oder gar revolutionär waren sie zu Beginn kaum.

Das änderte sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, speziell mit dem Entstehen der wohl bedeutendsten islamistischen Organisation, der Muslimbruderschaft, im Jahr 1928. Ihr Gründer war Hasan al-Banna (1906 bis 1949), ein Lehrer aus der ägyptischen Zone am Kanal, wo die Vorherrschaft Großbritanniens am deutlichsten zu spüren war. Al-Banna kam aus einer frommen Familie und empfand schon in jungen Jahren den Einfluss westlicher Ideen als destruktiv. In seiner Autobiographie schrieb er: „Nach dem Ersten Weltkrieg und während meiner Studentenzeit in Kairo überflutete eine Welle des Atheismus und der Wollust Ägypten. Im Namen der individuellen und intellektuellen Freiheit wurden Moralität und Religion zerstört. Nichts schien in der Lage, diesen Sturm aufzuhalten.“² Als

² Al-Banna, zitiert in: Calvert, John, Sayyid Qutb and the Origins of Radical Islamism, London 2010, S. 81.

Antwort gründete al-Banna islamische Schulen, Wohlfahrtsvereine, Krankenhäuser und Berufsverbände – jeder Aspekt des gesellschaftlichen Lebens sollte vom Islam geleitet und durchdrungen sein. Die zentrale Idee und Botschaft – „Islam ist die Antwort“ – fiel auf fruchtbaren Boden: Ein Jahrzehnt nach ihrer Gründung hatte die Organisation in Ägypten eine halbe Million Mitglieder. Ein weiteres Jahrzehnt später gab es Anhänger und Filialen in allen Ländern der arabischen Welt. Das ultimative Ziel war nicht allein das Ende des Kolonialismus, sondern die Abschaffung säkularer Rechtssysteme und die Einführung der islamischen Scharia. Das bedeutete, dass die Aktivitäten der Muslimbruderschaft – obwohl zunächst das rein Spirituelle im Vordergrund gestanden hatte – letztlich auf einen politischen Konflikt hinausliefen.

Die Entstehung einer gewaltsamen, revolutionären Idee

Zur großen Konfrontation kam es in den 1950er-Jahren, als sich in Ägypten Oberst Gamal Nasser und die sogenannten Freien Offiziere an die Macht putschten. Der Anti-Kolonialismus Nassers war vielen Muslimbrüdern zunächst sympathisch, doch schnell wurde klar, dass Nasser die Islamisten nicht brauchte und ihren religiösen Ideen feindlich gegenüberstand. Unter den vielen islamistischen Intellektuellen, die sich zu dieser Zeit in den Gefängnissen wiederfanden, war Sayyid Qutb (1906 bis 1966) – genauso wie al-Banna ein Lehrer –, der den relativ pragmatischen Islamismus der Muslimbrüder in eine gewaltsame, revolutionäre Ideologie uminterpretierte. Aus Qutbs Sicht waren moderne muslimische Staaten vergleichbar mit den heidnischen, „ignoranten“ (jahili) Gesellschaften der vor-muslimischen Zeit. „Unsere ganze Umgebung, die Ideen und Überzeugungen der Leute, ihre Traditionen und Kunst, ihre Regeln und Gesetze – sie alle sind jahili“, schrieb er.³ Nur wer die „Souveränität“ Gottes absolut, hundertprozentig und ohne Vorbehalte akzeptiere, könne sich als Muslim bezeichnen. Die kleine Vorhut der wahren Muslime befände sich im Konflikt mit der ganzen Gesellschaft – und dieser Konflikt müsse mit allen Mitteln ausgetragen werden. Dschihad, so die Meinung Qutbs, bedeute vor allem bewaffneter Kampf, und der sei ein notwendiges Instrument, um die Herrschaft Gottes durchzusetzen.

Qutb wurde 1966 gehängt, doch seine im Gefängnis geschriebenen Bücher gelten bis heute als Klassiker des Dschihadismus. Viele der von Nasser verfolgten Anhänger Qutbs fanden Unterschlupf in Saudi-Arabien, wo sich in den nachfolgenden Jahren seine Ideen und die dort dominante Religionsdoktrin gegenseitig befruchteten. Der saudische Wahhabismus (siehe auch Wahhabiyya), benannt nach seinem Begründer Mohammed al-Wahhab (1703 bis 1792), ist eine besonders harsche Ausprägung des Salafismus. Den Wahhabisten geht es nicht allein um eine Rückbesinnung auf den Islam der „frommen Vorfahren“, sondern um die Feindschaft gegenüber jeder Form des Unglaubens, des Polytheismus und der religiösen Innovation. Dazu gehören aus wahhabistischer Sicht die kompromisslose Trennung zwischen Gläubigen und Ungläubigen (kufr) und das Zerstören jeglicher Hinweise auf andere Religionen. Viele Aspekte des Wahhabismus passten gut zu Qutbs Vorstellung von der „Souveränität“ Gottes und der vermeintlichen „Ignoranz“ muslimischer Gesellschaften. Mehr noch: Sie lieferten Qutbs Anhängern – darunter sein Bruder Mohammed (1919 bis 2014), der an der Universität von Medina lehrte – ein politisches und religiöses Programm: die Vision einer aus ihrer Sicht perfekten Gesellschaft, die es nach der Revolution durchzusetzen galt. Der Dschihadismus – genauer gesagt: der dschihadistische Salafismus – ist, so gesehen, eine Kombination aus Qutbs Revolutionstheorie und wahhabistischer Religionsdoktrin.

Die Vielfalt der Strömungen

Was diese kurze Ideengeschichte deutlich macht, ist die Vielfalt an Strömungen innerhalb des islamistischen Spektrums. Der dschihadistische Salafismus ist nur eine von vielen Varianten. Es gibt auch Salafisten, die ihren weltlichen Herrschern die Treue schwören und sich auf die friedliche

³ Qutb, zitiert in: Calvert, Sayyid Qutb, op. cit., S. 217.

Missionierung (dawa) beschränken; und neuerdings gründen einige sogar politische Parteien und beteiligen sich am demokratischen Prozess. Ihnen allen geht es mittel- und langfristig um die Schaffung eines Gottesstaats wahhabistischer Prägung, doch die Mittel zu seiner Durchsetzung könnten unterschiedlicher nicht sein. Hinzu kommen die Muslimbrüder, die zwar ebenfalls religiös konservativ sind, aber den religiösen Eifer und Purismus der Wahhabisten ablehnen. Auch hier gibt es Pragmatiker, die das gemeinsame Ziel eines religiös verfassten Staates vor allem durch Basisarbeit („Islamisierung von unten“) oder Beteiligung an Wahlen erreichen wollen; daneben gibt es jene, die auch Gewalt und Terror einsetzen (wie zum Beispiel die palästinensische Gruppe Hamas). Zwischen all diesen unterschiedlichen Strömungen gibt es Kooperation, aber genauso häufig Feindschaft und gewaltsamen Konflikt.

Auch außerhalb Ägyptens und Saudi-Arabiens breitete sich der Islamismus in seinen verschiedenen Ausprägungen rasch aus. In Syrien zum Beispiel war die Muslimbruderschaft zunächst sehr pragmatisch. Ihr Gründer, ein Prediger namens Mustafa al-Sibai (1915 bis 1964), hatte in den 1930er-Jahren in Kairo studiert und dabei die Bekanntschaft al-Bannas gemacht. Unter seiner Führung beteiligte sich die Organisation an Wahlen, koalierte mit säkularen Parteien und stellte während der späten 1950er-Jahre den Verteidigungsminister, Parlamentssprecher und zweimal sogar für kurze Zeit den Premierminister.

Zur gleichen Zeit entstand eine zweite Fraktion, die aggressiver war, jegliche Beteiligung am demokratischen Prozess ablehnte und gelegentlich gewaltsame Mittel einsetzte. Eine dritte Gruppe war direkt von Sayyid Qutb inspiriert. Genauso wie Qutb betrachtete ihr Anführer Marwan Hadid (1934 bis 1976) die Gesellschaft als ungläubig und predigte den gewaltsamen Umsturz.

Genauso wie Qutb starb Hadid im Gefängnis, und genauso wie bei Qutb formierte sich nach seinem Tod eine terroristische Gruppe, die den gewaltsamen Umsturz betrieb. Doch die Kampagne der „Kämpfenden Vorhut“ – wie auch die aller anderen militant-islamistischen Gruppen – blieb zunächst auf das eigene Land beschränkt. Zur Internationalisierung und globalen Vernetzung der dschihadistischen Bewegung – und damit dem Beginn Al Kaidas – kam es erst in der Dekade ab 1979, als unterschiedliche Gruppen aus aller Welt durch den Afghanistankonflikt zusammengeschweißt wurden.

Dieser Text ist in ähnlicher Weise bereits erschienen in: Die Politische Meinung, hrsg. von Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering, Bernhard Vogel, Ausg. 531/2015, S. 21-25.

Lesetipps:

- François Burgat, Face to Face with Political Islam, London 2005.
- Gilles Kepel, Jihad: The Trail of Political Islam, London 2002.
- Bernard Lewis, The Crisis of Islam, London/New York 2003.

Jihādistische Rechtfertigungen von Gewalt gegen Deutschland?

Dr. Mariella Ourghi

Während Deutschland bis zu den Attentaten des 11. September 2001 vorwiegend als Rückzugsraum für transnational operierende Jihādisten diente, wurde es seitdem zu einem Zielland für jihādistisch motivierte Gewalt. Insbesondere die Beteiligung der Bundeswehr am ISAF-Einsatz in Afghanistan wurde als Rechtfertigungsgrund für Anschläge in Deutschland angeführt. Im August 2015 riefen deutsche Jihādisten, die sich dem „Islamischen Staat“ (IS) in Syrien angeschlossen haben, ihre Anhänger in Deutschland dazu auf „Ungläubige“ im Inland zu töten, sofern eine Ausreise in den IS nicht möglich sei. Als ein Hauptmotiv nannten auch sie die deutsche Unterstützung für die Gegner des IS.

In den vergangenen Jahren wurde in Deutschland eine Reihe von Anschlagplanungen und auch -versuchen unternommen, die jedoch fast alle im Vorfeld aufgedeckt werden konnten oder aufgrund von Konstruktionsfehlern in den Sprengsätzen nicht zur Umsetzung gelangten. Das erste und bislang einzige vollendete Attentat auf deutschem Boden ereignete sich am 2. März 2011, als Arid Uka am Frankfurter Flughafen zwei US-Soldaten erschoss und zwei weitere schwer verletzte, die sich auf dem Weg in einen Einsatz in Afghanistan befunden hatten.

Vor allem durch den ISAF-Einsatz (2001-14) in Afghanistan standen nicht mehr allein die USA als primärer Feind im Mittelpunkt jihādistischer Aufmerksamkeit, sondern auch andere daran teilnehmende Staaten wurden zu Zielländern jihādistischer Anschläge, darunter nicht zuletzt Deutschland, das in Afghanistan nach Großbritannien unter den EU-Staaten das zweitgrößte Kontingent an Soldaten stellte.

Nach jihādistischer Deutung war Deutschland dadurch in einen „Krieg gegen Muslime“ eingebunden. In jihādistischen Videos und Texten wird Deutschland seitdem explizit als feindlicher Staat, der Muslime unterdrücke und töte, und damit als Anschlagziel benannt. Aufsehen erregte kurz vor den Bundestagswahlen 2009 ein Video, in dem Bekkay Harrach (st. 2010) Deutschland mit Attentaten drohte, sofern das Bundeswehkontingent nicht aus Afghanistan abgezogen werden sollte. Obgleich die Truppenpräsenz in Afghanistan eine entscheidende Rolle bei der Rechtfertigung von gegen Deutschland gerichteter Gewalt spielte, werden auch das deutsche Staatswesen mit seiner freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie die nichtmuslimische Mehrheitsgesellschaft als „Feinde des Islams“ bezeichnet.

Die Ablehnung der Demokratie wird neben theologischen Argumenten oft verbunden mit dem Ausdruck des Empfindens, dass Muslime im Allgemeinen, jedoch vor allem Salafisten (siehe auch Salafismus in Deutschland), aufgrund ihres Glaubens Anfeindungen seitens der Gesellschaft und Verfolgungen durch staatliche Organe ausgesetzt seien. So etwa fanden die Demonstrationen gegen öffentliche Auftritte der rechtsextremen Partei pro NRW im Frühjahr 2012 in Nordrhein-Westfalen, bei denen Karikaturen des Propheten Muhammad gezeigt worden waren, ihren programmatischen Niederschlag in Videos und Stellungnahmen. Darin wurden die Muslime in Deutschland – bzw. die Salafisten im Besonderen – als die eigentlichen Opfer der Zusammenstöße mit der Polizei dargestellt. Die an den Auseinandersetzungen beteiligten Salafisten wurden zu einer Vorhut des Widerstands stilisiert, die stellvertretend für die „unterdrückten Muslime“ agiere. Die Zusammenstöße in Nordrhein-Westfalen wurden auch genutzt, um Salafisten bzw. Jihādisten in Deutschland strategische Empfehlungen für das weitere Vorgehen zu geben. Anstatt sich bei Demonstrationen unkontrollierbaren Situationen auszusetzen, sollten sie Mitglieder der pro NRW gezielt töten.

Mit dem Entstehen des sogenannten „Islamischen Staates (IS)“ in Teilen Syriens und des Irak ist die Rechtfertigung von jihādistischer Gewalt gegen Deutschland in eine neue Phase eingetreten. Anfang August 2015 veröffentlichte der IS ein Video in deutscher Sprache, in dem der bekannte Jihādist Mohamed Mahmoud alias Abu Usama al-Gharib (geb. 1985 in Wien) sowie ein weiterer junger Mann mit dem Kampfnamen Abu Umar al-Almani sich an Jihādisten in Deutschland und Österreich richten und zu Anschlägen aufrufen. Wenn man nicht in der Lage sei, in den Islamischen Staat zu emigrieren, sollte der Kampf im Heimatland geführt werden. Jeder einzelne könne „Ungläubige“ (kuffār) schlicht mit einem Messer töten. Zur Legitimation dieses Aufrufs erklären sie, dass der IS Rache üben werde für die Beleidigung des Propheten, für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan sowie für die Unterstützung der Kräfte, die in der Region den IS bekämpfen.

Militärische Interventionen – in direkter oder indirekter Form – in Gebieten, die von Jihādisten als „islamischer Boden“ betrachtet werden, dienen nach wie vor als wichtiger Rechtfertigungsgrund für Anschläge in Deutschland. Ideologisch schließt dies in den Hauptzügen an ein Grundlagendokument jihādistischer Theorie an, nämlich an die Schrift Die Verteidigung der muslimischen Gebiete ist die wichtigste individuelle Pflicht, die bereits 1984 während des Afghanistankrieges von ‘Abdallāh ‘Azzām (st. 1989) verfasst wurde. Er argumentiert darin, dass der jihād zu einer Glaubenspflicht für jeden Muslim werde, sobald Feinde in islamisches Territorium eindringen. Einen bedeutenden Beitrag zur Weiterentwicklung dieser Theorie leistete der saudische Autor Yūsuf al-‘Uyairī (st. 2003), in dessen Sicht der Islam auf religiöser, politischer, ökonomischer und kultureller Ebene bekämpft werde. Deshalb sei der jihād die Pflicht jedes Einzelnen und nicht an den Befehl einer Person gebunden. Damit geht es auch nicht mehr allein um die militärische Bedrohung eines Territoriums, sondern um eine „Gefährdung des Islams“ auf verschiedenen Ebenen, zu deren Abwendung jihād zu führen sei. Deutlich wird also, dass Aspekte des demokratischen Staates wie freie Meinungsäußerung von Jihādisten als Angriffe auf den Islam und als Unterdrückung von Muslimen gewertet werden können. Zuletzt zeigte sich dies besonders dramatisch bei dem Anschlag auf die Redaktion der Satirezeitschrift Charlie Hebdo in Paris im Januar 2015, in der auch Karikaturen des Propheten Muhammad abgebildet worden waren.

Lesetipps:

- Behnam T. Said, Islamischer Staat. IS-Miliz, al-Qaida und die deutschen Brigaden, München 2014.
- Guido Steinberg, Al-Qaidas deutsche Kämpfer. Die Globalisierung des islamistischen Terrorismus, Hamburg 2014.
- Guido Steinberg, Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus, München 2005.

Morphologie des extremistischen Denkens

Dr. Michail Logvinov

Der Vergleich extremistischer Ideologien steht seit Jahrzehnten unter Kritik. Die Extremismusforschung würde Links- und Rechtsextremismus gleichsetzen, so ein verbreiteter Vorwurf. Dabei gerät schnell aus dem Blick, dass der Vergleich eine wissenschaftliche Methode ist und keine Gleichsetzung a priori bedeutet. Das Tertium Comparationis, die Grundlage des Vergleichs, bilden dabei das Verhältnis der Extremismusarten zum konkurrenzdemokratischen Verständnis in demokratischen Verfassungsstaaten sowie die Feinatomie des extremistischen Denkens.

Extremismus als Antipluralismus

Nach Steffen Kailitz stehen nahezu alle Extremismusspielarten mehr oder weniger deutlich in der identitätstheoretischen Demokratietradition: „Alle Extremisten glauben an die Möglichkeit einer homogenen Gesellschaft, in der eine Interessenidentität zwischen den Regierenden und Regierten besteht“. Die soziale und politische Interessenidentität wird dabei durch die Überhöhung eines allumfassenden Merkmals aufgebaut, so dass Abweichungen in solchen Gesellschaftsmodellen nicht vorgesehen sind und als Gefahr für den Erhalt der Homogenität stigmatisiert und/oder bekämpft werden. Im Rechtsextremismus bildet das Merkmal „Ethnie“ bzw. „Rasse“ die Grundlage der homogenen Identität. Im Linksextremismus ist es die soziale Homogenität/Gleichheit bzw. „Klasse“. Im Islamismus und Salafismus stellt der „wahre“ Islam das Mittel zur Herstellung sozial-politischer Identität dar. Somit zeichnen sich alle Extremismusarten durch ihren – mehr oder weniger aggressiven – Antipluralismus und die fundamentale Verwerfung des konkurrenzdemokratischen Gesellschaftsmodells bzw. demokratischen Verfassungsstaats aus.

Anatomie des extremistischen Denkens

Darüber hinaus lassen sich einige Strukturmerkmale erkennen, die für die extremistischen Einstellungen in allen Phänomenen charakteristisch sind.

Uwe Backes benennt folgende Kriterien einer positiven Extremismusdefinition:

1. offensive und defensive Absolutheitsansprüche,
2. den vor Kritik immunisierenden Dogmatismus,
3. Utopismus bzw. kategorischer Utopieverzicht,
4. rigorose Unterscheidung in Gut und Böse und daraus resultierend Freund-Feind-Stereotype sowie
5. Verschwörungsdenken.

Armin Pfahl-Traughber entwickelte weitere Strukturmerkmale extremistischer Ideologien. Er unterscheidet neben den bereits erwähnten Kategorien noch weitere:

1. exklusiver Erkenntnisanspruch und daraus resultierend das Interpretationsmonopol der „Auserwählten“, die ihre Herrschaftsansprüche und soziale Sonderstellung rechtfertigen (sollen);
2. essentialistisches Deutungsmonopol, welches aus dem Anspruch hervorgeht, das wahre Wesen der Dinge und den eigentlichen Kern hinter der Empirie erkannt zu haben;

3. holistische Steuerungsabsichten als Ergebnis des Deutungsmonopol: Wer die wahre Natur wie Logik der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten erkannt hat, kann ganzheitliche Aussagen über die Beschaffenheit der Gesellschaft treffen und für sich beanspruchen, diese zu führen;
4. deterministisches Geschichtsbild als Ausdruck der Annahme, dass der Geschichte ein Sinn und ein zu erreichendes, feststehendes Ziel innewohnt.

Trotz offensichtlicher Unterschiede zwischen den modernen Extremismen lassen sich somit Ähnlichkeiten feststellen, welche nicht primär auf der inhaltlichen, sondern auf der strukturellen Ebene liegen.

Lesetipps:

- Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989.
- Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004.
- Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft – Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 9-32.

Männlichkeitsvorstellungen bei Salafisten

Dr. Mariella Ourghi

Salafisten propagieren eine Geschlechterordnung, die aus vorgeblich von Natur aus bestehenden Unterschieden zwischen Mann und Frau resultiert und in deren entsprechenden Rollen in der Gesellschaft ihren Ausdruck findet. Betrachtet man die Ikonographie, die visuelle Inszenierung und textuelle Erläuterungen in Videos, sozialen Medien oder anderen Dokumenten, so fällt ins Auge, dass Salafisten Männlichkeit mit spezifischen Komponenten versehen. Legitimatischer angebundener werden diese Entwürfe an ausgewählte Koranstellen, Überlieferungen oder idealisierte Personen aus der islamischen Geschichte.

Gewalt ablehnende Salafisten und Jihādisten teilen in ihren Konstruktionen von Maskulinität eine Reihe von Elementen. Bei Jihādisten kommt die Rolle des gewalttätigen Kämpfers hinzu, die in der Regel in den Selbstinszenierungen großen Raum einnimmt (siehe auch Die Legitimation des Jihad im Islam).

Der Genderaspekt bei Salafisten und Salafistinnen ist ein Bereich, dessen genauere Erforschung bislang erst am Anfang steht, doch lassen sich die Männlichkeitsentwürfe bislang in folgenden Kategorien formulieren:

- Religiöse Gelehrsamkeit
- Ehre und homosoziale Gemeinschaftlichkeit
- Aspekte jihādistischer Männlichkeitsentwürfe

Religiöse Gelehrsamkeit

Salafisten und insbesondere prominente Prediger, wie etwa Pierre Vogel oder Abdul Adhim Kamouss in Deutschland (siehe auch Salafismus in Deutschland), präsentieren sich in der Rolle eines gelehrten Mannes, der aufkläre über den „wahren“ Islam, der die Basistexte, also Koran und Hadīth, ausgiebig studiert habe (was in der Regel weitgehend autodidaktisch geschah) und alle Fragen unter Berufung auf diese Quellen beantworten könne. Zur Untermauerung dieser Selbstdarstellung werden Koranverse und Hadīthe bei sämtlichen Fragestellungen zitiert und religiöse Begrifflichkeiten erläutert. Religiöses Wissen und vor allem der Anspruch, Deutungshoheit zu besitzen, werden als symbolisches Kapital eingesetzt, um innergemeinschaftlich soziale Anerkennung zu erlangen und zugleich in seiner spezifischen Ausformung auch eine Abgrenzung nach außen vorzunehmen. Dabei treffen Salafisten unter Berufung auf ihre Quellenkenntnis Aussagen über die „von Gott gewollten Geschlechterrollen“, die als gleichwertig, aber unterschiedlich präsentiert werden.

Ehre und homosoziale Gemeinschaftlichkeit

Die Definition der männlichen Ehre geht einher mit der Postulierung einer traditionellen männlichen Beschützerrolle, die männliche Dominanz gegenüber den Frauen und deren Kontrolle auf verschiedenen Verhaltensebenen, insbesondere in Bezug auf weibliche Sexualität und ökonomische Unabhängigkeit, beinhaltet. Vor allem westliche Salafisten formulieren diese dominante Rolle als einen vermeintlichen Vorteil für Frauen: Die wirtschaftliche Verantwortung für die weiblichen Mitglieder der Familie wird hervorgehoben und deren Anspruch auf Versorgung und die Abwesenheit ökonomischer Eigenständigkeit als Privileg für die Frauen gedeutet. Diese Inhalte des männlichen Ehrbegriffes implizieren bei Salafisten weitere Ausdifferenzierungen auf der Verhaltensebene, insbesondere Geschlechtersegregation, das Tätigkeitsfeld im Alltag und die Einhaltung einer Kleiderordnung, die zwar auch Männer betrifft, Frauen jedoch weitaus rigider.

Die Geschlechtersegregation sowie ökonomisch und gesellschaftlich klar zugeschriebene Rollenverteilungen führen damit auch zu einer homosozialen Gemeinschaftlichkeit, die unter Männern Solidarität stiftet und sie mit symbolischen Ressourcen im Sinne religiös-moralischer Orientierungen und Wertesystemen versorgt.

Aspekte jihādistischer Männlichkeitsentwürfe

a) Gewalt und Kriegerum

Jihādisten teilen mit nicht gewalttätigen Salafisten die zuvor erwähnten Aspekte von Maskulinitätskonfiguration, doch stellen sie vor allem in bildlichen Inszenierungen das Kriegerum explizit in den Vordergrund. Unter den Jihādisten aus dem deutschsprachigen Raum ist in dieser Rolle besonders Denis Cuspert alias Abu Talha al-Almani (geb. 1975) eine prominente Figur (siehe auch von „Deso Dogg“ zu „Abu Talha al-Almani“: Die dschihadistische Karriere von Denis Cuspert). Er agiert(e) (sein Tod gilt als ungewiss) als Kämpfer und Propagandist für den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS). Jihādisten präsentieren sich häufig bewusst in militärischer Uniformierung, um die Legitimation des Einsatzes von Gewalt und zugleich auch die Rolle eines männlichen Beschützers zu demonstrieren. Solche Selbstdarstellungen postulieren Stärke und Überlegenheit und richten sich zwar in ihrer Botschaft auch an salafistische Frauen, vor allem aber an andere Männer. Aus soziologischer Sicht erfüllen die Überlegenheitsansprüche und die Erniedrigung von Ungläubigen, wie sie etwa in IS-Videos von Hinrichtungen besonders drastisch zum Ausdruck kommen, einen bestimmten Sinn. Für marginalisierte Männer kann Gewalt zu einer Ressource werden. In Situationen ökonomischer, sozialer sowie kultureller Benachteiligung können Erniedrigung und Tötung des Gegners dazu dienen, sich seiner eigenen Männlichkeit zu versichern. In Ermangelung anderer Ressourcen wie finanzieller Unabhängigkeit oder Zugang zu Arbeit und des damit verbundenen sozialen Status kann die Demonstration physischer Stärke durch Gewalt zu einer Ressource werden, um die eigene Maskulinität unter Beweis zu stellen.

b) Fürsorge und Zärtlichkeit

Erst seit 2014 begegnen wir einem neuen Aspekt der Inszenierung jihādistischer Männlichkeit, der vor allem bei aus dem Westen stammenden Kämpfern zu beobachten ist. Sie präsentieren sich in Videos etwa bei der Verteilung von Süßigkeiten an Kinder, womit eine liebevolle Fürsorge zum Ausdruck gebracht wird. Noch häufiger zeigen sich Kämpfer auf Fotos mit Katzen, die sie lieblosen und umhegen. Das Symbol der Katze als islamisch gerechtfertigter Ausdruck männlicher Zärtlichkeit erklärt sich über den Propheten Muhammad und seinen Gefährten Abū Huraira (wörtl. „Vater des Kätzchens“), die als Katzenliebhaber bekannt gewesen sein sollen. Dass gerade in westlichen Staaten sozialisierte Kämpfer diese Katzenfotos posten, erscheint nicht zufällig, sondern steht eher in Verbindung mit aktuellen vorherrschenden Männlichkeitsentwürfen im Westen. Ein Teil davon ist, dass Frauen heute zumeist auch zärtliche und liebevolle Aufmerksamkeit als wichtigen Aspekt für eine erfüllte Beziehung erachten und von Männern einfordern. Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass Eheschließungen unter Jihādisten/innen, wie sie seit Kurzem im IS zu beobachten sind, aufgrund von Sozialisation und Sprache oftmals innerhalb des eigenen Kontexts verbleiben. Europäische Jihādisten heiraten meist europäische Jihādistinnen, häufig sogar aus demselben Herkunftsland. Die Selbstinszenierung mit Katzen richtet sich deshalb an Frauen als potentielle Heiratskandidatinnen, um neben einer wehrhaften Maskulinität auch das Bild eines zärtlichen Liebhabers zu zeichnen.

Salafistische Männlichkeitskonfigurationen stellen also zum einen Formen von Protestmaskulinität dar, besonders eindrücklich bei Jihādisten durch Gewalt. Zum anderen müssen salafistische Männlichkeitskonstruktionen auch immer in Beziehung zu vorherrschenden Genderentwürfen gesehen werden, von denen sie Teile integrieren oder umdeuten.

Schiitischer Islamismus in Iran?

Dr. Christian Funke

Die Islamische Republik Iran ist der erste Staat, der von einer islamistischen Bewegung gegründet wurde und von ihren Parteigängern dominiert wird. Im Gegensatz zum sunnitischen Islamismus, der zumeist gegen den Staat agiert, haben islamistische Akteure und Ideen mit der Polity und der Policy des Staates eine enge Symbiose gebildet. Ihr Erfolg zeitigte weitreichende Folgen für das Selbstverständnis und Handeln einer ehemals utopischen Bewegung, die sich nun entlang konkreter politischer und ökonomischer Realitäten bewegen muss. Die Revolutionäre von einst haben sich dabei in mehrere Flügel gespalten, die um die Interpretation und Ausgestaltung der Revolution kämpfen.

Ursprünge von schiitischem und sunnitischem Islamismus

Auch wenn sich schiitischer und sunnitischer Islamismus unterscheiden, teilen sie doch eine gemeinsame Genealogie. Sie speisen sich aus dem Paradoxon, dass die als vollkommen betrachtete islamische Gemeinschaft (umma) vis-à-vis „dem Westen“ – ab dem 18. Jahrhundert insbesondere England und ab Mitte des 20. Jahrhunderts vor allem die Vereinigten Staaten – politisch, technologisch, militärisch und wissenschaftlich ins Hintertreffen geraten war. Vielfach war die Antwort auf diesen auch am alltäglichen Erfahrungs- und Erlebnishorizont sichtbaren Niedergang die Übernahme westlicher Ideen und Konzepte, die die betroffenen Gesellschaften nachhaltig transformierten, aber auch traumatisierten und Abwehrreaktionen hervorriefen. Islamistische Bewegungen sind eine Form solchen Widerstandes. Auch wenn sich der Islamismus als Rückbesinnung auf eine ideale islamische Zeit geriert, zeichnet er sich doch vor allem durch die Übernahme westlicher Vorstellungen aus. Als Beispiel kann die „klassenlose Gesellschaft“ des Urvaters des schiitischen Islamismus in Iran Navvab Safavi (1923–1955) gelten. Safavi gründete die Fedaiyan-e Islam („Anhänger des Islams“), die für Morde an politischen Gegnern, etwa Amtsträgern der Monarchie, und Intellektuellen, wie den Islamkritiker Ahmad Kasravi, verantwortlich zeichnete. Safavi forderte die Abkehr von nicht-islamischen Praktiken und die Errichtung eines egalitären, moralisch intakten „islamischen Staates“ und idealisierte dabei die Rolle der Unterschichten. Auch die Vordenker der „Islamischen Revolution“ Al-e Ahmad (1923–1969) und Ali Schariati (1933–1977) nahmen nativistisches und kommunistisches Gedankengut in ihre intellektuellen Entwürfe auf und vermischten sie mit der Idealvorstellung eines klassenkämpferischen, anti-westlichen und anti-imperialistischen Islams. So kann neben dem Diktum Seuferts, dass der Islamismus die Forderung den Islam „als gestaltende Kraft in politischer Sphäre, der Ökonomie, (der Kultur) und im Recht zur Gestaltung zu bringen“ zum Kern hat, gesagt werden, dass diese Forderung nur aus der Konfrontation mit der Moderne selbst entspringen konnte.

Legitime und illegitime Herrschaft

Während also im schiitischen Islamismus Konzepte des frühen 20. Jahrhunderts und die Begegnung und Beschäftigung mit der „Moderne“ und „dem Westen“ eine wichtige Rolle spielen, kommen auch Besonderheiten der schiitischen Theologie zum Tragen. Die Frage nach der Nachfolge Mohammads markiert einen der Zentralkonflikte zwischen schiitischem und sunnitischem Islam. Der heutige Hauptstrom der Schia („Zwölferschia“) postuliert den Übergang der Herrschaft Mohammads auf die „zwölf Imame“, die nicht nur politisch herrschen, sondern auch über besonderes Wissen verfügen und unfehlbar sind. Im Gegensatz zur sunnitischen Kalifatstheorie ist die Imamatslehre stark sakralisiert und weist eschatologische Charakteristika auf. So ist der Tradition zufolge der zwölfte Imam entrückt worden und soll als Messias-Gestalt („Mahdi“) am Ende der Zeiten zurückkehren. Im Laufe der Zeit setzte sich eine quietistische Grundposition gegenüber Formen der politischen Autorität durch, die zwar nur die Herrschaft des Mahdis selbst als legitim anerkennt, die Monarchie jedoch billigend

toleriert, da Ordnung der Anarchie vorzuziehen sei. Somit war jedoch nicht die „Islamizität“ des Königs dessen wichtigste Eigenschaft, noch konnte es die Aufgabe der Muslime sein, einen „islamischen Staat“ zu errichten. Es war erst Ajatollah Chomeini (1902–1989), der in seiner „Statthalterschaft der Rechtsgelehrten“ (velayat-e faqih) diese quietistische Doktrin verwarf und erstmals die Forderung erhob, die schiitischen Rechtsgelehrten selbst sollten anstelle des Mahdis herrschen. Diese Doktrin ist das theologische Herz des von Rechtsgelehrten dominierten Staatswesens der Islamischen Republik. Sie wird von der Mehrheit schiitischer Rechtsgelehrter zwar nicht geteilt, jedoch, hier wieder der quietistischen Grundhaltung folgend, auch nicht offen angefochten.

Der Hesbollahi – Träger des Islamismus in Iran

Hauptträger der klassenkämpferischen Ideologie und der Doktrin der „Statthalterschaft der Rechtsgelehrten“ sind neben systemnahen Rechtsgelehrten, den islamischen Stiftungen und Räten die sog. Hesbollahis, die „Parteigänger Gottes“. Als Merkmale der Hesbollahis beschreibt Walter Posch sechs Eckpunkte. Erstens ist die Treue zum Obersten Rechtsgelehrten, derzeit Ajatollah Ali Chamenei, und zu seiner Person so ausgeprägt, dass sie die Beschränkung seiner Amtsgewalt ablehnen und einen „religiös verbrämten, antidemokratischen Führerkult“ (Posch) pflegen. Ideologisch lehnen sich die Hesbollahis sowohl an Safavi als auch an Chomeini an. Die Befolgung des koranischen Grundsatzes „das Rechte gebieten und das Verwerfliche verbieten“ (amr be ma'ruf va nahi az monker) steht im Zentrum ihres Handelns und erstreckt sich vor allem auf die Durchsetzung von Kleidungsvorschriften und die anti-kulturimperialistisch gerahmte Einschüchterung der „säkularisierten Schichten“. Neben dem Gedenken an die Märtyrer des Iran-Irak-Krieges bildet der Einsatz für die „unterdrückten Muslime“, insbesondere in Palästina, ein weiteres Aktivitätszentrum der Hesbollahis. Als letzten Punkt zählt Posch sodann die Gewaltbereitschaft – vor allem gegen „innere Feinde“ – und die prinzipielle Ablehnung des Staates Israels auf.

Fazit und Ausblick

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Konzept „das Rechte gebieten, das Schlechte verbieten“ den Dreh- und Angelpunkt schiitischen Islamismus in Iran bildet und im Wesentlichen nach Innen gerichtet ist. Auch wenn die ideologische Komponente des schiitischen Islamismus nicht unterbewertet werden darf, ist die Anwendung dieses Konzeptes vor allem auch ein Instrument der Sicherung von Macht und ökonomischen Ressourcen. Es ist zugleich den Maßstäben der Realpolitik unterworfen, da staatliche Akteure einerseits bestrebt sind, ihre Anhänger an sich zu binden, dabei jedoch nicht riskieren können, sich von anderen Schichten der Bevölkerung zu entfremden. Somit ist die Bändigung von radikaleren Islamisten und die Frage ihrer Einbindung in die staatlichen Strukturen Bestandteil eines andauernden dialektischen Prozesses zwischen den politischen Flügeln. Während die Hesbollahis zuweilen enorme Freiheiten besitzen und ihre geistigen und politischen Führer und Mentoren in staatlichen Strukturen verankert sind, gilt dies nicht immer umgekehrt für moderate Islamisten. Ziel der Hesbollahis ist die Ausschaltung von Moderaten und Reformern und die Umwandlung der Islamischen Republik in einen „islamischen Staat“, der die fragilen und umkämpften demokratischen Elemente der Islamischen Republik zugunsten eines Führerstaates austauscht.

Lesetipps:

- Ervand Abrahamian, *Khomeinism. Essays on the Islamic Republic*, Berkeley, Los Angeles und London 1993.
- Walter Posch, *Ahmadinedschad und die Prinzipalisten: Irans politische Rechte und die Perspektiven für einen neuen Elitenkompromiss*, SWP-Studie, 35 (2011).

Strukturelles

Organisationen, Parteien, Bewegungen

Das Spektrum von islamistischen Gruppierungen reicht von legalistischen Islamisten wie der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) bis hin zu dschihadistischen Terrororganisationen wie dem sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) und Al-Qaida. Teilweise kann eher von einer Strömung oder Bewegung gesprochen werden, wie es etwa bei der Salafismus-Bewegung in Deutschland der Fall ist, teilweise sind sie hingegen in festen Partei-Strukturen organisiert wie etwa die HAMAS und Hisbollah im Nahen Osten.

Im Folgenden soll dieses breite Spektrum beleuchtet werden. Der Fokus liegt dabei auf Gruppierungen, die Einfluss auf die Bundesrepublik Deutschland haben, sei es durch hier aktive Anhänger oder über Wege der Rekrutierung von kampfbereiten Dschihadisten aus Deutschland. Ein Anspruch auf Vollständigkeit besteht dabei nicht, zu weitläufig und dynamisch sind die Entwicklungen in diesem Bereich.

Zentrale Fragen, die in den Porträts der einzelnen Gruppierungen und Strömungen beleuchtet werden, sind folgende: Wie sind diese jeweils entstanden? Auf welchen Glaubensgrundsätzen beruht ihr Agieren? Welche Ziele verfolgen sie und mit welchen Mitteln verfolgen sie diese? Und welche Bedeutung ist ihnen national und international beizumessen?

Al-Qaida – Vom regionalen zum globalen Dihad

Dr. Peter Wichmann

Al-Qaida wurde 1988/89 durch die Idee von Abdullah Yusuf Azzam ins Leben gerufen, der durch eine „stabile Basis“ (al-Qaeda al-Sulbah) eine islamische Avantgarde bilden wollte, um einen langewährenden bewaffneten Dihad zu entzünden. Diese Vorhut der Muslime sollte die Speerspitze des bewaffneten Dihad sein, um eine Bewegung zu initiieren, welche die vollständige Kraft der Umma (weltweite Gemeinschaft der Muslime) entfalten sollte.

Genese der Al-Qaida

Dieses avantgardistische Selbstverständnis und advokatorische Denken ist im Lichte der erfolgreichen Bekämpfung der sowjetischen Besatzung in Afghanistan zu betrachten, die Ende der 1980er Jahre durch die Mudschahhedin mittels Kleinkriegführung (Guerilla) vollendet wurde. Durch dieses Erfolgserlebnis wollten Azzam und Osama bin Laden für die kampferfahrenen Mudschahhedin eine „stabile Basis“ schaffen, um sie in weitere Konflikte des bewaffneten Dihad koordiniert einsetzen zu können. Die ersten Anhänger der Al-Qaida rekrutierten sich einerseits aus der djihadistischen Gruppe Tanzim al-Dihad, die aus der Muslimbruderschaft hervorging und 1981 den ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat tötete. Ihr Vorsitzender zu dieser Zeit war Aiman al-Zawahiri, der ein enger Weggefährte bin Ladens war und die heutige Symbolfigur Al-Qaidas darstellt. Er gehörte wie Azzam zur Muslimbruderschaft. Andererseits rekrutierten sich die Dihadisten aus dem 1984 von Azzam und bin Laden gegründeten Rekrutierungsbüro für die Mudschahhedin (Maktab al-Khidamat al-Mujahidin; MAKM), mit welchem eine organisatorische Koordinierungszentrale und operative Basis geschaffen wurde, die der später gegründeten Al-Qaida von großem Nutzen war. In der Folgezeit leisteten die Anhänger Al-Qaidas einen Treueeid auf bin Laden, der seinerseits die nötigen finanziellen Mittel für den Aufbau von Ausbildungslagern und Gästehäusern zur Verfügung stellte und eine Kommandostruktur mit einem Konsultativrat zur Planung von terroristischen Operationen aufbaute. Aus dieser Struktur entwickelte sich in den 1990er Jahren allmählich eine terroristische Organisation, die bedeutend grenzüberschreitender wurde als es die vorherigen Erscheinungsformen des Terrorismus je waren. Hinzu kommt das übergeordnete Ziel vieler islamischer Fundamentalisten, eine islamische Herrschaftsordnung zu verwirklichen, die letztlich einen universellen Machtanspruch verfolgt.

Die Transformationsfähigkeit Al-Qaidas und ihr Weg zu 9/11

Die Entwicklung Al-Qaidas lässt sich in drei verschiedene Transformationsphasen unterteilen, die organisatorische, operative sowie ideologische und strategische Änderungen hervorbrachten, mit welchen eine stetige Wandlungsfähigkeit Al-Qaidas ermöglicht wurde, die ihr letztlich das Überleben sicherte. Der erste Transformationsprozess Al-Qaidas ereignete sich nach der Rückkehr bin Ladens nach Saudi-Arabien Anfang der 1990er Jahre, als der saudische König anlässlich des zweiten Golfkrieges 1990/91 (Operation Desert Storm) US-amerikanische Stützpunkte in Saudi-Arabien zuließ und das Angebot bin Ladens, seine Dihadisten für den Kampf gegen den Irak zur Verfügung zu stellen, ablehnte. Auf der einen Seite stand für Al-Qaida nunmehr das saudische Königshaus im Visier und auf der anderen Seite dessen Verbündeter, die USA, wenngleich zu diesem Zeitpunkt bereits eine ausgeprägte Feindschaft gegenüber dem Staat Israel bestand und die „Befreiung Palästinas“ bis heute einen hohen Stellenwert im Denken der Dihadisten Al-Qaidas und anderer Organisationen besitzt. Durch eine Bekämpfung von US-amerikanischen Einrichtungen sollte die USA dazu bewegt werden, sich aus dem Nahen und Mittleren Osten vollständig zurückzuziehen.

Dieser Strategiewechsel legte das Fundament für die spätere weitere Transnationalisierung des bewaffneten Djihaad, weil es fortan galt, US-Amerikaner weltweit anzugreifen und sich in bewaffnete Konflikte einzumischen. Nach der Ausweisung bin Ladens aus Saudi-Arabien verlagerte er seine terroristische Infrastruktur nach Sudan, wo er Ausbildungslager für etwa ein- bis zweitausend Djihaadisten errichtete und zugleich wirtschaftlichen Tätigkeiten nachging, die er bis nach Albanien ausweiten konnte, wo er u.a. eine Bank und „karitative“ Vereinigungen gründete, die ihm die Finanzierung der Al-Qaida ermöglichten. Von dort aus gelang es ihm, in Baku, Sarajevo und in Zagreb Büros zur Unterstützung des bewaffneten Djihaad einzurichten. Al-Qaida beteiligte sich aktiv am Krieg zwischen Serbien und Bosnien und unterstützte die bosnischen Muslime mithilfe der Third World Relief Agency aus Wien. In dieser Zeit gründete bin Laden zudem den Rat der Islamischen Armee, um mit anderen Djihaadisten zu kooperieren, u.a. mit denjenigen aus dem Kaukasus und aus Südostasien. In dieser Zeit entwickelte sich Al-Qaida immer mehr zum Prototyp des transnationalen Terrorismus und nutzte seine Aktivitäten in Albanien und in Bosnien als Einfallstor ins restliche Europa.

In den 1990er Jahren löste der Terrorismus die Kleinkriegführung nach und nach ab, um mittels spektakulären und einschüchternden Anschlägen mit symbolischem Stellenwert einerseits ein hohes Maß an medialer Aufmerksamkeit zu erzeugen und um andererseits die islamischen Massen für den bewaffneten Djihaad zu mobilisieren. 1996 folgte durch bin Laden eine offizielle Kriegserklärung an die USA, mit der er zugleich die jungen Muslime in der Welt aufforderte, den bewaffneten Djihaad gegen die USA zu richten. Zwischenzeitlich erfolgte 1993 der erste Anschlag auf das World Trade Center in New York. Haupttäter war Ramzi Yusuf, welcher zum Umfeld von Omar Abdel Rahman gehörte. Für die Planung war sein Onkel Khalid Scheich Mohammed mitverantwortlich, der später an der Planung von 9/11 beteiligt war.

Im Zeitraum zwischen 1996 und 1998 durchlief Al-Qaida einen zweiten Transformationsprozess, der auf operativer und organisatorischer Ebene Veränderungen hervorrief und den Weg zu den Anschlägen von 9/11 ebnete. Zum einen musste Al-Qaida den Sudan verlassen, weil der internationale Druck auf die Machtelite des Sudans zunahm. Die von bin Laden seit den 1980er Jahren aufgebauten Kontakte, durch welche er transnationale Bewegungs- und Operationsräume etablierte, verhalfen ihm dabei, einen neuen Unterschlupf zu finden. So fand er in den Taliban Afghanistans treue Verbündete, die ihm freie Hand ließen, seine terroristische Infrastruktur nach Afghanistan zu verlegen und eine neue operative Ausgangsbasis zu schaffen. Zum anderen war Al-Qaida fortan weiterhin bemüht, seine Kooperationsbereitschaft mit anderen djihadistischen Gruppierungen auszubauen, um die gemeinsame Sache vom bewaffneten Djihaad voranzutreiben. So formierte sich 1998 mit der Islamischen Kampffront gegen Juden und Kreuzritter eine Art Bündnisverbund mit etwa fünfzehn djihadistischen Organisationen sowie zahlreichen Einzelpersonen.

Durch dieses Kooperationsbemühen erhielt der transnationale Terrorismus einen höheren Wirkungsgrad, da der grenzüberschreitende Bewegungs- und Operationsraum und das Netzwerk bin Ladens weiter ausgebaut werden konnten. Letztlich diente diese Entwicklung einer höheren operativen Reichweite. Nach dem simultanen Anschlag auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania (1998) sowie auf den US-Flugzeugträger USS Cole im Hafen vor Aden (2000) folgte mit der simultanen Anschlagsserie vom 11. September 2001 in den USA der Höhepunkt und Kulminationspunkt dieser zweiten Transformationsphase. Hierdurch gelang es Al-Qaida, die gesamte Weltöffentlichkeit auf ihre Anliegen zu lenken und militärische Gegenreaktionen zu provozieren sowie weitere Sympathisanten für den bewaffneten Djihaad zu mobilisieren.

Die dritte Transformation Al-Qaidas und ihre drei konzentrischen Kreise

9/11 markierte in der Folgezeit jedoch auch den Beginn einer Zäsur für Al-Qaida selbst, denn durch die militärische Intervention gegen die Taliban-Herrschaft in Afghanistan sowie gegen Ausbildungslager Al-Qaidas war sie gezwungen, ihre Infrastruktur abermals zu verlegen. Bin Laden, al-Zawahiri und viele

weitere Dihadisten gelang es, in das Grenzgebiet Pakistans zu fliehen. Indes forderten verschiedene Dihadisten in dieser Zeit, darunter der djihadistische Stratege Abu Musab al-Suri, in Schriften eine organisatorische und strategische Erneuerung der „alten Al-Qaida“, u.a. die Bildung von konspirativen Zellen, um sich dem Druck durch das militärische Engagement des Westens anpassen zu können.

In dieser Zeit begann die dritte Transformation Al-Qaidas, die sich durch eine organisatorische Aufteilung in drei konzentrische Kreise charakterisieren lässt. Der erste Kreis der „neuen Al-Qaida“ umfasst die übrig gebliebene „Führungselite“ mit ihren Symbolfiguren, die Al-Qaida-Mutterorganisation, deren zentrale Aufgabe es seither ist, über ihre Medienplattform As-Sahab (Die Datenwolke) propagandistische Ansprachen zu verbreiten, um weltweit neue Dihadisten anzuwerben. Daneben bemühte sich vor allem bin Laden um weitere Kooperationspartner, mit denen er schriftlichen Kontakt pflegte. Hierzu zählen u.a. die afghanischen und pakistanischen Taliban, das Haqqani-Netzwerk, die Islamische Jihad Union, die Armee des Islam in Gaza und einige andere Organisationen, wie es die beschlagnahmten Dokumente nach der Tötung bin Ladens im pakistanischen Abbotabad belegen. Al-Qaida wurde zum Label eines immer globaler werdenden bewaffneten Dihad und zur Inspirationsquelle für viele weitere Dihadisten. In den folgenden Jahren gründeten sich drei regionale Ableger, die Al-Qaida-Tochterorganisationen, welche den zweiten konzentrischen Kreis bilden. Die militärische Invasion der USA im Irak wurde von bin Laden als „günstige Gelegenheit“ betrachtet, um den bewaffneten Dihad gegen die USA in einem Kernland des Islam zu führen.

Im Oktober 2004 etablierte sich eine Al-Qaida im Irak (AQI) mit Musab al-Zarqawi an der Spitze, der mit äußerst brutalen Anschlägen und Enthauptungen die Weltöffentlichkeit schockierte und einen Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten anzettelte. Sogar bei bin Laden und al-Zawahiri stießen so manche Gräueltaten al-Zarqawis auf Ablehnung. Den USA gelang es durch ihre neue Strategie der Counterinsurgency (zu Deutsch: Aufstandsbekämpfung) seit 2007, die AQI zu schwächen und al-Zarqawi zu töten. Ein deutscher Unterstützer war Redouane El Habhab, der Gelder für die AQI sammelte und im Januar 2008 zu fünf Jahren und neun Monaten Haft verurteilt wurde. Im Zusammenhang mit der Person al-Zarqawi sind Anschlagsvorbereitungen der Al-Tawhid-Zelle im Jahr 2002 bemerkenswert, weil er vor seiner Zeit bei der AQI an der Spitze der internationalen Gruppierung Al-Tawhid stand, die in Düsseldorf und in Berlin Anschläge auf verschiedene Gaststätten verüben wollte.

Einige Jahre nach der Schwächung der AQI etablierte sich jedoch der „Islamische Staat“ (IS). Während im Irak das Label wechselte, halten sich die beiden anderen Ableger bis heute konstant am Leben, auch wenn der internationale Fokus auf den IS gerichtet ist. Dies sind die Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP), die sich im Januar 2009 aus der bereits 2003 gegründeten Al-Qaida in Saudi-Arabien und der 2006 gegründeten Al-Qaida im Jemen formierte, sowie die Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM), welche sich im Januar 2007 aus der Salafisten-Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC) herausbildete.

Die AQIM profitierte von der djihadistischen Infrastruktur der GSPC, die ihrerseits 1998 aus der 1992 gegründeten GIA hervorgegangen ist und über ein gewisses terroristisches Know-How verfügte, weil ihre Anhänger durch ihren Kampf gegen die algerische Regierung in den 1990er Jahren entsprechende Erfahrungen sammelten. In Europa war die GSPC in der Organisierten Kriminalität aktiv, durch die sie ihre Anschläge finanzierte. 2003 entführte sie in Algerien 32 Touristen, darunter 16 Deutsche, und hatte Verbindungen zur Meliani-Gruppe, die Ende 2000 einen Anschlag auf den Straßburger Weihnachtsmarkt verüben wollte.

Bei der AQAP handelt es sich um einen Ableger, der mit einer professionellen Propagandaarbeit und mit einer operativen Reichweite bis in die USA auf sich aufmerksam machte. So hatte ihr erster charismatischer Führer Anwar al-Awlaki, der 2011 durch eine Drohnenrakete ums Leben kam, Kontakte zu den Attentätern von 9/11 und zu Nidal Malik Hasan, welcher als US-Militärpsychiater auf dem US-

Stützpunkt Ford Hood ein Blutbad mit dreizehn Todesopfern verursachte (2009). Außerdem wird ihm eine Verbindung zum „Times-Square-Bomber“ Faisal Shahzad nachgesagt. Ob er eine direkte Befehlskompetenz für diese Anschläge hatte, lässt sich nicht belegen, aber als Inspirationsquelle kommt der AQAP zweifelsfrei eine Bedeutung zu. Sie verbreitet über das Internet verschiedene Hochglanzmagazine, in denen der bewaffnete Dihad glorifiziert und verschiedene Attentäter als Märtyrer stilisiert werden. Außerdem finden sich Anweisungen zum Bombenbau. Offenbar führte eine solche Anweisung zu dem versuchten Anschlag auf US-Frachtflugzeuge am 29. Oktober 2010, der durch den AQAP-Anhänger Ibrahim al-Asissi geplant wurde. Ebenso steht der versuchte „Weihnachtsanschlag“ auf eine Passagiermaschine in Detroit im Zusammenhang mit der Mobilisierungsfähigkeit der AQAP, da ihre Führungsperson Fahd al-Quso (wurde 2012 durch eine Drohnenrakete getötet) an der Planung dieses Anschlags beteiligt gewesen war. Durch die militärische Intervention Saudi-Arabiens und seiner Verbündeter seit März 2015 im Jemen beteiligen sich AQAP und IS im Kampf gegen die Huthi-Rebellen.

Neben ihren regionalen Ablegern, die sich das Label Al-Qaida zu Eigen machten, war die Al-Qaida-Mutterorganisation stets um weitere Kooperationspartner bemüht. So erklärte Aiman al-Zawahiri am 9. Februar 2012 beispielsweise den Zusammenschluss der „Al-Shabab“ in Somalia als Al-Qaida zugehörig. Die „al-Nusra“ in Syrien zählt seit ihrer Gründung im Sommer 2011 als verlängerter Arm der Al-Qaida im Kampf gegen den syrischen Machthaber Baschar al-Assad. Ebenso war die Symbolfigur der „Boko Haram“ in Nigeria, Abu Muhammad Abubakar bin Muhammad Shekau, mit der AQIM verbunden und im Frühjahr 2015 erklärte er dem IS seine Treue.

Die Bundesrepublik Deutschland als Rekrutierungs- und Operationsraum

Der dritte konzentrische Kreis der „neuen“ Al-Qaida umfasst verschiedene terroristische Zellen, die vor allem im Westen operieren und oftmals eine nachweisliche direkte oder indirekte Verbindung zur Al-Qaida besitzen. Oftmals sind diese Personen durch salafistische Netzwerke rekrutiert und durch Al-Qaida inspiriert worden, sich dem bewaffneten Dihad anzuschließen. Zu den indirekten Verbindungen zählen die Anhänger der Kooperationspartner Al-Qaidas wie die der IJU, beispielsweise die Mitglieder der Sauerland-Zelle, und der IBU, z.B. die Bonner Brüder Yassin und Monir Chouka, der Bonner Bekkay Harrach, Bünyamin Erdoğan sowie der deutschstämmige Eric Breininger. Zwischenzeitlich sind bis auf Monir Chouka alle vier ums Leben gekommen.

Ein weiteres Fallbeispiel für die Inspirationskraft der neuen Al-Qaida war beispielsweise das versuchte Attentat von drei Anhängern der eigentlich regional orientierten Ansar al-Islam (AAI, „Helfer des Islam“) aus dem Nordirak auf den damaligen irakischen Ministerpräsidenten bei seinem Besuch in Berlin. Zwischen der AAI und Al-Qaida besteht zwar keine direkte Verbindung, aber eine gewisse ideologische Nähe, da ihr Anführer Mullah Krekar bin Laden verehrt, wenngleich die AAI regionale Ziele im Nordirak verfolgt. Einer der drei Planer des Attentats war Rafik Mohamad Yousef, der nach seiner vorzeitigen Haftentlassung Anfang 2013 am 17. September 2015 eine Polizeibeamtin in Berlin mit einem Messer schwer verletzte.

In der Bundesrepublik Deutschland gab es bereits mit der ersten „Hamburger-Zelle“ um Mohammed Atta, Said Bahaji u.a. direkte Verbindungen zur Al-Qaida, deren Anhänger in der Hamburger al-Quds-Moschee rekrutiert wurden und die Anschläge vom 11. September 2001 planten und umsetzten. In Hamburg formierte sich jedoch Mitte der 2000er Jahre eine weitere Zelle heraus, deren elf Anhänger sich ab 2009 in Pakistan zunächst für kurze Zeit der IBU anschlossen, anschließend jedoch der Al-Qaida. Ihr Anführer Naamen Meziche war seinerseits bereits zuvor in einem Al-Qaida-Camp und hatte Kontakte zur ersten Hamburger-Zelle. Für diese Gruppe, der auch Ahmed Sidiqi und Rami Makanesi angehörten, war Al-Qaida offenbar Inspirationsquelle für ihren Entschluss, in den bewaffneten Dihad zu ziehen. Die Medienplattform Globale Islamische Medienfront (GIMF) hat an der zunehmenden Radikalisierung und Rekrutierung von Dihadisten aus dem deutschsprachigen Raum entscheidenden Anteil, weil sie bis zur ihrer Auflösung 2008 eine intensive Propagandaarbeit über das Internet

betrieben hat. Ihr Gründer Mohamad Mahmoud hat inzwischen eine exponierte Position beim IS. Für die GIMF operierte u.a. auch Rene Marc Sepac, der von Aleem Nasir rekrutiert wurde, welcher wiederum mit Sermet Ilgen und Ömer Özdemir 2006 die Nähe zur Al-Qaida suchte und für diese logistisch tätig wurde. Hierfür sind sie wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zwischenzeitlich verurteilt worden. Ein weiteres Fallbeispiel der direkten Handschrift Al-Qaidas in Deutschland waren die Anschlagsvorbereitungen der Düsseldorfer Al-Qaida-Zelle. Im November 2014 wurden die Mitglieder dieser Zelle um Abdeladim El-Kebir, Jamil S., Amid C. und Halil S. u.a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu Haftstrafen verurteilt. El-Kebir erhielt von Younis al-Mauretani, einem Weggefährten bin Ladens, der 2011 durch eine Drohnenrakete ums Leben kam, den Auftrag, in Deutschland einen Anschlag zu verüben, wo sie bereits an dem Bau einer Bombe arbeiteten, wodurch es zum Zugriff der deutschen Sicherheitsbehörden kam. Die bei der versuchten Ergreifung bin Ladens in Abbotabad sichergestellten Dokumente lieferten für diese organisatorische Anbindung die nötigen Beweise.

Lesetipps:

- Council on Foreign Relations, Al-Qaeda in the Arabian Peninsula (AQAP), 19. Juni 2015.
- Camille Tawil, Brothers in Arms, The Story of al-Qai`da and the Arab Jihadists, London 2010.
- The 9/11 Commission Report. Final Report of the National Commission on Terrorists Attacks upon the United States, Washington D.C., August 2004.
- Peter Wichmann, Al-Qaida und der globale Djihad. Eine vergleichende Betrachtung des transnationalen Terrorismus, Wiesbaden 2014.

Boko Haram

Dr. Michail Logvinov

Selbstbezeichnung „Boko Haram“ bzw. „Islamischer Staat in Westafrika“

Während die militärischen Geländegewinne des Schreckenskalifats „Islamischer Staat“ (IS) im Irak und Syrien breite mediale Aufmerksamkeit finden, erregte ein im Spätsommer 2014 ausgerufenes Kalifat der nigerianischen Boko Haram (je nach Übersetzung „Westliche Bildung/Erziehung/Zivilisation ist Sünde/verboten“)⁴, die sich Ende April 2015 in „Islamischer Staat in Westafrika“ bzw. „Westafrikanische Provinz“ (Wilayat Gharb Ifriqiyah) umbenannt haben soll, weit weniger Aufmerksamkeit. Nur kurze Zeit stand die dschihadistische Miliz mit einer weiteren Selbstbezeichnung (ab September 2010) Jamā'at Ahl al-Sunnah li Da'wah wa-l-Jihād (zu Deutsch: „Gemeinschaft der Sunniten für den Ruf zum Islam und den Dschihad“) in den internationalen Schlagzeilen. Dabei verübte die Organisation zwischen 2000 und 2013 etwa 750 Selbstmordanschläge – deutlich mehr als Al-Qaida im Irak bzw. IS(IS); auch die Zahl der Toten in Nigeria übersteigt jene in Syrien und im Irak.

Radikalisierung der Boko Haram-Anhängerschaft

Es lassen sich drei chronologische Entwicklungsphasen des Netzwerkes unterscheiden: 1) eine militante: durch die Kanama-Abspaltung (2003-2004/5), auf die hier nicht eingegangen werden kann; 2) eine dawa-aktivistische: durch die „Yusufiyya“ (bis Juli 2009); und 3) eine dschihadistische: durch Boko Haram (ab Ende 2009/Anfang 2010).

Der Aufstieg der dschihadistischen Miliz, der seit ihrer Erklärung zum Dschihad im Spätsommer 2009 unterschiedlichen Angaben zufolge zwischen 7000 und 15000 Menschen zum Opfer fielen, lässt sich ohne gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den nigerianischen Sicherheitsbehörden und den Anhängern von Mohammad Yusuf im Jahr 2009 nicht nachvollziehen. Boko Haram war bis zu diesem Zeitpunkt eine der zahlreichen nigerianischen islamistischen bzw. politisch-salafistischen Organisationen, die sich antiwestlich gab, die politische Elite herausforderte, indem sie das Versagen der Regierung bzw. den Einfluss der Politik auf die Lebensumstände der muslimischen Bevölkerung zum Thema machte und daraus resultierend die Einführung eines schariabasierten Regierungssystems forderte. Die Lage änderte sich jedoch schlagartig, nachdem die nigerianischen Sicherheitskräfte zwischen 800 und 1000 Personen, darunter Hunderte Boko Haram-Anhänger und -Sympathisanten in den Bundesstaaten Borno, Yobe, Kano und Bauchi im Juli und August 2009 töteten, den Anführer der Gruppe Yusuf außergerichtlich hinrichteten und die Moschee der Gemeinschaft zerstörten. Videoaufnahmen deuten darauf hin, dass viele mutmaßliche Anhänger wie der Anführer der Organisation nicht in Gefechten ums Leben kamen, sondern gezielten Tötungen zum Opfer fielen.⁵

⁴ Boko Haram selbst führte in einer 2009 veröffentlichten Dschihadklärung aus: „... Boko Haram does not in any way mean 'Western Education is A sin' as the infidel media continue to portray us. Boko Haram actually means 'Western Civilisation is forbidden'. The difference is that while the first gives the impression that we are opposed to formal education coming from the West, that is Europe, which is not true, the second affirms our believe in the supremacy of Islamic culture (not Education), for culture is broader, it includes education but not determined by Western Education. In this case we are talking of Western Ways of life which include: constitutional provision as it relates to, for instance the rights and privileges of Women, the idea of homosexuality, lesbianism, sanctions in cases of terrible crimes like drug trafficking, rape of infants, multi-party democracy in an overwhelmingly Islamic country like Nigeria, blue films, prostitution, drinking beer and alcohol and many others that are opposed to Islamic civilisation“ (Rechtschreibung im Original). Vgl. „Boko Haram ressurects, declares total Jihad“, Vanguard, 14.08.2009, <http://www.vanguardngr.com/2009/08/boko-haram-ressurects-declares-total-jihad/> (15.01.2015).

⁵ Vgl. „Video shows Nigeria 'executions'“, Al Jazeera, 09.02.2010.

<http://www.aljazeera.com/news/africa/2010/02/2010298114949112.html> (15.12.2014).

Mittelfristig erwies sich das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte als Pyrrhussieg. Denn am 9. August 2009 erklärte die Gruppe dem Staat Nigeria den Dschihad und begann 2010 nach einer vergleichsweise kurzen Umstrukturierungsphase im Untergrund, systematische Anschläge gegen Polizei, Militär, Beamte und Politiker zu verüben. Aber auch kritische Muslime und Christen sind seitdem Opfer der Angriffe.

Von „nigerianischen Taliban“ zu Boko Haram

Die 2002 entstandene fundamentalistische Gruppe muslimischer Jugendlicher um den charismatischen Prediger Mohammed Yusuf, die sich in einer Moschee in Maiduguri versammelte und aus der die heutige Boko Haram hervorging, ließ eine Gewaltexplosion solchen Ausmaßes nicht selbstverständlich vermuten. Als populärer Prediger vertrat Yusuf zwar einen unter Islamisten weit verbreiteten Standpunkt, dem zufolge jene Aspekte der – auch während der Kolonialzeiten oktroyierten – westlichen Bildung und Zivilisation, die im Widerspruch zum Koran stünden, zu verbieten seien (daher auch der Name). Die „nigerianischen Taliban“, wie Boko Haram Anfang der 2000er Jahre pauschal genannt wurde, lehnten die staatliche Autorität ab und erhofften sich von der strikten Befolgung des „reinen“ Islam und der prophetischen Tradition unter anderem eine Besserung sozialer Umstände. Die ablehnende Haltung gegenüber dem Staat war jedoch noch nicht kompromisslos.

Organisationsstrukturen

Die zunehmende Brutalisierung der Gewalt gegen Zivilisten führte zur Bildung einer neuen Gruppe im Boko Haram-Umfeld, die unter dem Namen „Ansaru“ (Ansar al-Muslimin fi Biladis-Sudan, zu Deutsch: Die Helfer der Muslime in Schwarzafrika) bekannt wurde. In einer Anfang 2012 veröffentlichten Erklärung positionierte sich ihre Führung gegen Tötungen von „unschuldigen“ Muslimen und Sicherheitskräften. Gewalt sei demnach nur zur Selbstverteidigung zulässig. Darüber hinaus hieß es im auf Arabisch erschienenen Video, Ansaru würde Bürger und Interessen der „fremden Feinde“ angreifen. Die Kritik an Boko Haram richtete sich somit primär gegen die takfiristische Ausrichtung ihrer Ideologie, d.h. die Erklärung auch von andersdenkenden Muslimen zu „Ungläubigen“ (siehe auch takfir). Im Februar 2015 wiederholte Ansaru ihre Kritik erneut. Trotz dieser Konflikte lassen sich Schnittmengen identifizieren, die auf eine netzwerkartige Kooperation zwischen Ansaru und Boko Haram schließen lassen. Das Netzwerk soll laut Terrorismusexperten um drei Kerngruppen strukturiert sein. Die Kämpfer um Shekau führen einen dschihadistischen Aufstandskrieg im Nordosten des Landes. Khalid Barnawi setzt auf die von AQIM (Al-Qaida im Maghreb) ausgebildeten Dschihadisten und baut seit 2013 Al-Qaida-Zellen im Nordwesten auf, um aufwendigere Anschläge zu verüben, und geht überdies seinen kriminellen Aktivitäten (Entführungen etc.) nach. Mamman Nur, der über paramilitärische Expertise verfügt, Kontakte zu AQIM sowie Al-Shabab pflegt und von externen Experten in Planung, Logistik sowie Finanzen unterstützt wird, soll professionelle Zellen für Boko Haram aufbauen.

Strategien und Gewaltaktivismus

Obwohl sich Boko Haram als „islamische Revolution“ bezeichnet, deren Einfluss sich nicht auf den Norden Nigerias beschränkt, ist der muslimische Nordosten ihr Kerngebiet. Dies spiegelt sich auch auf der strategischen Ebene wider: Dort findet primär die Strategie des Kalifats- und des Autoritätssaufbaus Anwendung, während im Nordwesten und im Süden die Destabilisierung des politischen Systems bzw. Racheaktionen oder provokative Maßnahmen zur Verschlechterung der Lage der Muslime im Vordergrund stehen.

Boko Haram und der IS

Im November 2014 erschien zum ersten Mal ein Video mit dem schwarzen Banner des Propheten als Logo von Boko Haram. Auch Akteure mit Verbindungen zu IS-Kämpfern unterstützten diese mediale

Kampagne von Boko Haram. Am Ende brachte das Video Zitate von Yusuf, in denen er ein islamisches Kalifat als Hauptziel der Organisation benannte. In einem weiteren Propagandavideo erschien Shekau in einer Moschee, trug die Tracht eines Imams und rief ein Kalifat in (Nord-)Nigeria aus. Es wurden unter anderem Szenen aus Mosul eingeblendet, wo al-Baghdadi die Gründung des „Islamischen Staates“ ankündigte. Der Streifen zeigte auch Szenen aus dem Leben unter der Scharia, wie es auch beim IS üblich ist. IS soll Boko Haram laut Kennern finanziell unterstützen. Anfang 2015 beriet der Schura-Rat der Organisation über die Frage der Treuebekundung gegenüber dem „Kalifen der Muslime“ Abu Bakr al-Baghdadi. Anfang März 2015 hat Shekau dem „Islamischen Staat“ seine Treue geschworen.

Lesetipps:

- ICG (Hrsg.), *Curbing Violence in Nigeria (II): The Boko Haram*, Brüssel 2014.
- Amnesty International (Hrsg.), „Our job is to shoot, slaughter and kill“. *Boko Haram's reign of terror in North East Nigeria*, London 2014.
- Moritz Hütte/Guido Steinberg/Annette Weber, *Boko Haram: Gefahr für Nigeria und seine nördlichen Nachbarn*, in: Guido Steinberg/Annette Weber (Hrsg.), *Jihadismus in Afrika. Lokale Ursachen, regionale Ausbreitung, internationale Verbindungen*, SWP-Studie, Berlin 2015.
- Marc-Antoine Perouse de Montclos (Hrsg.), *Boko Haram: Islamism, politics, security and the state in Nigeria*, Leiden 2014.

Der Kalifatsstaat – eine verstaubte Geschichte?

Klaus Hummel

Es wirkt wie eine Episode aus der Wochen-Show des ZDF, wenn Furkan Ibn Abdallah in einer Vortragsreihe auf YouTube oder auf einer Kundgebung in Berlin über Religion und Politik spricht. Das mag an seinem jugendlichen Erscheinungsbild oder einem schief sitzenden grünen Kopftuch liegen, welches mit den Vorstellungen, die man sich gemeinhin über einen islamischen Hodscha, Imam oder Gelehrten macht, so gar nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Gerade weil man derartige „Cyber-Scheichs“ aus dem salafistischen Spektrum bestens kennt, lohnt sich der Blick auf den Prediger, der sich als Vertreter des Kalifatsstaates gibt. Es bewahrt davor, ein allzu eindimensionales Bild des zeitgenössischen Islamismus in Deutschland zu zeichnen und seine Geschichte auszublenden.

Das Kalifat von Köln

Vor etwa zwei Jahrzehnten hatte Deutschland seinen ersten selbst ernannten Kalifen, den „Kalifen von Köln“. Dieser war ein Türke namens Cemaleddin Kaplan, der Anfang der 1980er Jahre – in der Türkei hatte sich gerade das Militär an die Macht geputscht – nach Deutschland kam. Damit entsprach er einem Wunsch Necmettin Erbakans, dem Gründer der türkisch-islamistischen Gruppe Milli Görüş, deren „nationale Sicht“ Kaplan zunächst teilte. Doch bald schon trennten sich die Wege der beiden, denn der politische Kompromiss und die Parteienwirtschaft waren für den Mann in Deutschland nicht mit dem Islam zu vereinbaren, weshalb ihm auch der parlamentarische Weg zur Gründung eines islamischen Staates als Irrweg erschien. So entstand zunächst eine Basisbewegung von religiösen Autodidakten, die sich 1983 von der Milli Görüş-Bewegung absetzte. In gut fundamentalistischer Manier ging es Kaplan darum, der wahrgenommenen Zersplitterung der Muslime durch eine Rückbesinnung auf die Fundamente Koran und Sunna entgegenzuwirken. De facto passierte genau das, was vermieden werden sollte und immer passiert, wenn eine einzige Wahrheit beansprucht wird.

Radikalisierung der Gruppe

In den 1990er Jahren radikalisierte sich der Kaplanverband, wurde durch die Ausrufung des Kalifats zum „Kalifatsstaat“ (Hilafet Devleti) und rief sogar zum Dschihad gegen die Türkei auf. Ein zentraler Grund war ein ideologischer Schwenk. Dieser führte weg vom einstmalig als vorbildlich erachteten schiitischen Revolutionsmodell, welches Cemaleddin auch den Titel „Khomeini von Köln“ eingebracht hatte und ging einher mit der Entmachtung des pro-iranischen Flügels. Derartige Kurskorrekturen müssen durchgesetzt und kontrolliert werden – kein Wunder also, dass die Bewegung immer mehr zur elitären Kaderpartei wurde, deren Gallionsfigur sich im Jahr 1994 auch als Kalif huldigen ließ. Die Folge – der Austritt aller jener Gemeindeglieder, die in der Ausrufung eines Kalifats eine Anmaßung sahen – beförderte einen Prozess zunehmender Abkapselung. Selbstreferentielles Gruppendenken, in dem frühere Weggefährten zu Gegnern wurden, machte sich breit.

Das vermeintliche Ende des Kalifatsstaates

Die Radikalisierung des Kaplanverbandes erreichte ihren Höhepunkt unter dem zweiten Kalifen, Metin Kaplan. Ganz nach dynastischem Prinzip trat er als Sohn von Cemaleddin im Jahr 1995 die Nachfolge im Kalifenamt an. Doch gerade so, als ginge es um die Wiederaufführung der islamischen Geschichte um die erste Jahrtausendwende, ließ ein Herausforderer nicht lange auf sich warten. Bereits im Jahr 1996 ernannte sich mit Ibrahim Sofu ein gelernter Arzt aus Berlin zum Gegenkalifen, wofür er prompt mit einer Todesfatwa von Metin Kaplan belegt wurde. Als es ein Jahr später zur Ermordung Sofus kam, war das Motiv schnell ausgemacht und obwohl der Täter bis heute unbekannt ist, wurde der Kalif 1999

wegen Mordaufruf zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Seine Überstellung an die Türkei im Jahr 2004 bedeutete weiteres Ungemach, da ihm dort die Beteiligung an einem Anschlag auf das Atatürk-Mausoleum im Jahr 1998 zur Last gelegt wurde, dessen Hintergründe letztlich ebenso im Dunklen liegen wie die Ermordung des Gegenkalifen.

Gefangenensolidarität

Es lohnt sich, die Verurteilung Kaplans zu lebenslanger erschwerter Haft in der Türkei aus dem Jahr 2005 im Lichte einer gegenwärtigen Initiative zur muslimischen Gefangenensolidarität zu sehen. Einer ihrer maßgeblichen Protagonisten ist Bernhard Falk, Mitglied einer Zweierbande mit dem hochtrabenden Namen Antiiperialistische Zellen. Sie war in den 1990er Jahren für mehrere Brandanschläge verantwortlich und wählte sich nach dem Ende der Roten Armee Fraktion (RAF) als letzte Vertreterin antiimperialistischer Fundamentalopposition. Dem Prozess gegen den damals zum Islam konvertierten Falk vor mehr als fünfzehn Jahren wohnten auch Vertreter des Kalifatsstaates bei. Und bis heute eint Falk und den eingangs erwähnten YouTube-Prediger in Kaplantradition, Furkan Ibn Abdallah, die Parteinahme und Unterstützung für den inhaftierten Ex-Kalifen Metin Kaplan. Es ist bezeichnend, dass Aktivisten wie Bernhard Falk, einem Trend der Zeit folgend, als Salafisten kategorisiert werden. Mit nicht minder guten Gründen ließe er sich auch als muslimisch gewendeter Anti-Imperialist oder Kaplan-Unterstützer sehen.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Aus heutiger Sicht gibt es mehrere Gründe, den Fall Kalifatsstaat nicht ad acta zu legen. Denn Jugendliche, die mit auffälliger islamischer Kleidung und provokanten Praktiken die Öffentlichkeit suchen, sind kein Privileg des Salafismus. „Stigmaaktivisten“, die Aufsehen erregen wollen, um sich dann verfolgt zu wähnen, gab es schon in den 1990er Jahren. Was es auch schon gab, waren Diskussionen, in denen der Islam der Eltern in Frage gestellt wurde, um sich im Generationenkonflikt zu emanzipieren oder die Überzeugung, zu einer wirkmächtigen Elite zu gehören – ein Umstand, der bereits damals manche zum Dschihad nach Bosnien oder Afghanistan brachte. Es ist ein Phänomen, das der Kulturanthropologe und beste Kenner des Kaplanverbands, Werner Schiffauer, in einem immer noch aktuellen Artikel des Wochenmagazins DIE ZEIT vor fast 15 Jahren auf die Formel brachte „ich bin etwas Besonderes“. Darin rahmt er das Anliegen der zweiten Generation von Türken in Deutschland als einen Kampf um Anerkennung. Wenn es ein solcher war, dann fand er mit dem Betätigungsverbot nur ein vorläufiges Ende.

Geister der Vergangenheit

Vieles spricht dafür, dass mit dem Verbot der Bewegung und ihrer Zweigstellen in den Jahren 2001 und 2002 das Problem nicht beseitigt war. Im Gegenteil: Werner Schiffauer mutmaßte schon vor einem Jahrzehnt, dass dadurch die gerade am Nullpunkt befindliche Gemeinde revitalisiert worden sei und ihre Untergrundstrukturen Zulauf hätten. Einzelfälle wie der im Jahr 2012 wegen Unterstützung der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) verurteilte Schwiegersohn von Metin Kaplan sprechen für diese These. Nicht zuletzt deswegen, weil bereits sein Vater ein enger Vertrauter der Familie Kaplan gewesen sein soll. Dass sich dennoch über die möglichen Um- und Neustrukturierungen nur spekulieren lässt, ist ein Dilemma. Es gibt kaum belastbares Wissen oder substantielle Forschung zu den Langzeitfolgen von Verbotsverfügungen. Und so bleibt zum einen, sich mit den Einschätzungen von Szenekennern wie Ahmet Senyurt oder Guido Steinberg zufrieden zu geben, die in Untergrundstrukturen des Kalifatsstaats einen „Rekrutierungspool“ gerade für Menschen in Deutschland mit türkischem Zuwanderungshintergrund sehen (Guido Steinberg). Eine andere Möglichkeit besteht darin, alles unter einen vermeintlich neuen Salafismus zu subsumieren und die Geschichte ruhen zu lassen.

Lesetipps:

- Werner Schiffauer, Die Gottesmänner - Türkische Islamisten in Deutschland, Frankfurt a.M. 2000.
- Werner Schiffauer, Ich bin etwas Besonderes, DIE ZEIT vom 4. Oktober 2001 (Ausg. 41).
- Furkan Bin Abdullah, Die Akte Kalifatsstaat.
- Guido W. Steinberg, German Jihad. On the Internationalization of Islamist Terrorism, New York 2013.

Der „Islamische Staat“ (IS)

Dr. Behnam T. Said

Wohl alle Kriegsparteien im syrischen und auch im irakischen Konflikt (staatlich oder nicht-staatlich) haben sich in den vergangenen Jahren Verbrechen unterschiedlichen Ausmaßes zu Schulde kommen lassen. Doch für gewöhnlich streiten Verantwortliche diese Verbrechen zumeist ab. Anders bei der Miliz „Islamischer Staat“ (IS): Diese hat nicht nur zahllose Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, sondern dokumentiert und verbreitet sie als Teil einer strategischen Imagekampagne, wie sie ihre Gräueltaten auch rechtfertigt. Denn die Anhänger und Mitglieder des IS wännen sich im absoluten Recht und sehen sich als die „wahren Gläubigen“, die vermeintlich für das Wort Gottes und dessen Implementierung auf Erden eintreten. Es bewahrheitet sich hier, was der Wissenschaftstheoretiker Karl Popper mit den Worten „Der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten, erzeugt stets die Hölle“ beschrieb.

Die Geschichte der Organisation des IS

Die Geschichte des IS beginnt nicht im Irak, sondern im jordanischen Zarqa, der wichtigsten Industriestadt des Landes. Dort wuchs Ahmad Fadhil Nazzal al-Khalayla auf, der später unter dem nom de guerre Abu Mus´ ab al-Zarqawi als Anführer von al-Qaida im Irak (AQI) bekannt werden sollte und dessen Lebensweg nicht wenigen der heutigen IS-Anhänger ähnelt. Al-Zarqawi machte als Teenager nicht durch seine Frömmigkeit, sondern durch seine kriminellen Eskapaden von sich Reden. Erst mit Anfang zwanzig vollzog sich ein radikaler Wandel in der Persönlichkeit des al-Zarqawi, der sich nun immer mehr für die Religion zu interessieren begann. Allerdings lag ihm nichts an deren Geboten zur Barmherzigkeit, sondern sie diente ihm lediglich als neue Legitimation zur Ausübung von Gewalt. Nur wenige Monate nachdem al-Zarqawi „wiedererweckt“ wurde, reiste er 1989 nach Afghanistan, wo gerade der Aufstand gegen die sowjetischen Truppen endete und der Bürgerkrieg im Land begann. Al-Zarqawi knüpfte in Afghanistan Kontakt zu anderen Jihadisten und reiste 1993 nach Jordanien zurück, wo er alsbald aufgrund terroristischer Anschlagpläne verhaftet wurde. Hier vertiefte er sich in ideologische Studien, versuchte, Mitgefangene zu rekrutieren und machte neue Bekanntschaften. 1999 wurde er freigelassen und verließ seine Heimat erneut in Richtung Afghanistan, wo er in Kontakt mit Usama Bin Laden und dessen Organisation „al-Qaida“ kam. Da der Milliardärssohn Bin Laden und der Kleinkriminelle al-Zarqawi grundverschiedene Typen waren, gründete al-Zarqawi ein eigenes Trainingslager im Westen Afghanistans – weit weg von der al-Qaida-Führung. Dieses Lager sollte den Nukleus seines späteren Netzwerkes darstellen. Nach dem Fall des Taliban-Regimes Ende 2001 rettete al-Zarqawi sich über Iran nach Nord-Irak, von wo aus er zahlreiche Reisen in die Region, etwa nach Syrien und in den Libanon, unternahm. Von hier aus baute er den Vorläufer der Organisation auf, die 2004 als AQI in Erscheinung trat.

Der Aufstand gegen die US-Invasion im Irak

Die Invasion des Iraks durch die USA im März 2003 hatte den Startschuss zu einer weiteren internationalen jihadistischen Mobilisierung gegeben. Lokale Gruppen führten den Aufstand, ausländische Freiwillige schlossen sich ihnen an. AQI war zunächst eine Gruppe von mehreren. Sie finanzierte sich aus Einzelspenden und aus kriminellen Aktivitäten. Bereits früh übte die al-Qaida-Führung um Bin Laden Kritik an dem brutalen Vorgehen von al-Zarqawis Männern, die insbesondere Schiiten, aber auch sonst jeden, der mit der irakischen Übergangsregierung kooperierte, als legitimes Ziel betrachteten und attackierten. Der Mann, der dies maßgeblich zu verantworten hatte, al-Zarqawi, wurde 2006 bei einem Luftangriff der amerikanischen Luftwaffe getötet. Unter Führung von AQI entstand nun der Dachverband des Mujahidin-Rats, aus dem kurz danach die Gruppe „Islamischer

Staat im Irak“ (ISI) hervorging. Dieser wurde zunächst von Abu Omar al-Baghdadi geleitet, der dann 2010 von Ibrahim Awwad Ibrahim Ali al-Badri alias Abu Bakr al-Baghdadi beerbt wurde. Unter seiner Führung konnte die Organisation ihre, zuvor leicht abgenommene, Stärke wiedererlangen und ausbauen. Dies unter anderem auch, weil die USA ihre Truppen aus dem Irak zurückzogen und die Sicherheitsverantwortung nun bei der irakischen Regierung und deren Sicherheitskräften lag.

Innerhalb von ISI dienten längst nicht mehr nur überzeugte Jihadisten, sondern auch langgediente Mitarbeiter aus Saddam Hussains Sicherheitsapparat. Sie bauten das Nachrichtendienstwesen der Terrororganisation auf und prägten dessen militärisches Vorgehen.

Der Syrien-Konflikt: ISI erfindet sich neu

Als 2011 der Aufstand eines Teils der syrischen Bevölkerung gegen das Regime von Bashar al-Asad ausbrach, witterte ISI im Nachbarland Irak eine große Chance und entsandte Emissäre nach Syrien. Bereits in den Jahren zuvor hatten die Jihadisten enge Netzwerke zwischen Syrien und Irak geknüpft, die vornehmlich dazu dienten, ausländische Kämpfer über Syrien nach Irak zu schleusen.

Als syrischer Ableger von ISI wurde im Januar 2012 Jabhat al-Nusra („Unterstützungsfront“; JaN) gegründet. Der Anführer der Gruppe, Abu Muhammad al-Jaulani, entfernte sich jedoch zunehmend von seinem nominellen Befehlshaber Abu Bakr al-Baghdadi und orientierte sich stattdessen am Führer von Kern al-Qaida, Aiman al-Zawahiri. Im April 2013 eskalierte der schwelende Konflikt in diesem Beziehungsdreieck, nachdem Abu Bakr al-Baghdadi öffentlich JaN als Teil des ISI bezeichnet hatte und zudem die territoriale Erweiterung des ISI durch einen Namenszusatz bekannt gegeben hatte: So nannte sich seine Organisation von nun an „Islamischer Staat in Irak und Syrien“ (ISIS). Damit war die Spannung zwischen der Mutterorganisation und dem syrischen Ableger in eine offene Konfrontation übergegangen, die dann gegen Ende des Jahres 2014 mit zunehmender Vehemenz ausgetragen wurde. 2014 stellte für ISIS dann das „erfolgreichste“ Jahr seiner Geschichte dar: In Syrien gelang es ISIS die syrischen Rebellengruppen (u.a. JaN) im Osten und Nordosten zurückzudrängen und auch im Irak – dem Kernland von ISIS – konnte die Organisation bedeutende Gewinne verbuchen. Die Eroberung der Stadt Mosul im Norden Iraks krönte den Feldzug der Jihadisten im Juni 2014. Anschließend rief al-Baghdadi ein „Kalifat“ aus, erklärte sich zum „Kalifen Ibrahim“ und nannte ISIS nun in „Islamischer Staat“ (IS) – ohne territoriale Beschränkung – um. „Kalif Ibrahim“ umriss seine Version des grenzüberschreitenden Kalifats mit den Worten, dass Syrien nicht den Syrern und Irak nicht den Irakern, sondern allen Muslimen gehöre, die zudem nun alle die Pflicht hätten, das „Kalifat“ zu unterstützen. Alle anderen jihadistischen Gruppen, so der Sprecher des IS Abu Muhammad al-Adnani in einer Erklärung, hätten sich dem „Kalifat“ unterzuordnen oder würden ihre Legitimität verlieren.

Ausblick

Bei allem religiösen Wahn ist es auch strategische Berechnung, die das Handeln des IS bestimmt. Dies gilt unter anderem für die mediale Kampagne, die unter anderem dazu dient, feindliche Kräfte zu demoralisieren, aber auch für das militärische Vorgehen. Fanatismus und die enthusiastische Aussicht auf einen radikalen Wandel sind der Treibstoff für die Mobilisierung der ideologischen Anhänger, der den aus Machtkalkül bestehenden Motor am Laufen hält. Das Moment der Macht zieht dann wiederum weitere Unterstützer an, die nicht oder nicht ausschließlich durch revolutionären Eifer getrieben sind, sondern für die weltliche Motive im Vordergrund stehen (z.B. Aussicht auf Beute, Machtausübung etc.).

Die IS-Führung möchte ihren Geltungsraum maximal ausdehnen. Zwar musste sie seit Herbst 2014 diverse Gebietsverluste hinnehmen – teilweise lediglich temporär – doch allzu früh wurde dies zuweilen als Wendepunkt im Kampf gegen die Miliz fehlinterpretiert. Denn trotz der Bemühungen der verschiedenen IS-Gegner in Syrien und Irak hat der IS seine offensive Handlungsfähigkeit immer wieder

unter Beweis gestellt, etwa im Mai 2015 mit den Eroberungen von Ramadi im Irak und Palmyra/Tadmur in Syrien.

Und auch wenn der IS in den letzten Monaten durch sehr unterschiedliche Akteure - von der US-geführten Koalition und der irakischen Armee über schiitische und kurdische Milizen bis hin zu Russland, dem Asad-Regime und der Hizbullah - zunehmend in die Enge getrieben werden konnte, so sind sich Experten dennoch darüber einig, dass sowohl die Ideologie des IS als auch die Organisation nicht ausschließlich militärisch zu besiegen sein werden, sondern dass es darüber hinaus umfassender politischer und sozialer Anstrengungen bedarf. Denn der IS ist mehr als eine „Terrororganisation“. Der IS ist so stark, weil er eine Mischform aus Bürgerkriegsmiliz, Terrororganisation und Massenbewegung im Sinne des US-amerikanischen Philosophen Eric Hoffer ist. Es sind eben nicht nur die militärischen Fähigkeiten allein, die den IS stark machen. Seine Kraft schöpft er überdies, wie alle Massenbewegungen, aus tatsächlich oder auch vermeintlich bestehenden gesellschaftlichen und politischen Missständen, einer radikalen Heilsbotschaft für seine Anhänger kombiniert mit der Aussicht auf spektakulären Wandel und den Glauben an eine neue und bessere Zukunft – so absurd sich dies angesichts der Verbrechen des IS auch anhören mag. „Denn“, wie Eric Hoffer notierte, „es besteht oft eine ungeheuerliche Inkongruenz zwischen den Hoffnungen, wie nobel und zart sie auch sein mögen, und den Taten, die ihnen folgen.“⁶

Lesetipps:

- Behnam T. Said, Islamischer Staat. IS-Miliz, al-Qaida und die deutschen Brigaden, München 2014.
- Christoph Reuter, Die schwarze Macht. Der »Islamische Staat« und die Strategen des Terrors, München 2015.
- Eric Hoffer, The true believer. Thoughts on the nature of mass movements, New York 2010 (Reprint des Originals von 1951).
- Guido Steinberg, Kalifat des Schreckens. IS und die Bedrohung durch den islamistischen Terror, München 2015.
- Jessica Stern / J. M. Berger, ISIS. The State of Terror, New York 2015.
- Michael Weiss/Hassan Hassan, ISIS. Inside the Army of Terror, New York 2015.
- Rainer Hermann, Endstation Islamischer Staat? Staatsversagen und Religionskrieg in der arabischen Welt, München 2015.
- Wilfried Buchta, Terror vor Europas Toren: Der Islamische Staat, Iraks Zerfall und Amerikas Ohnmacht, Frankfurt a.M./New York 2015.

⁶ Eric Hoffer, The true believer. Thoughts on the nature of mass movements, New York 2010 (Reprint des Originals von 1951), S. 11.

Die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG)

Dr. Marwan Abou-Taam

Die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) beschreibt sich selbst als eine islamische Religionsgemeinschaft, die das religiöse Leben der Muslime umfassend organisieren möchte. Dabei solle die Grundlage ihres Islamverständnisses auf den Lehren von Koran und Sunna basieren. Im Bundesverfassungsschutzbericht 2014 wird die religiöse Orientierung bestätigt. Darüber hinaus wird konstatiert, dass eine Abnahme des Extremismusbezugs der IGMG festzustellen sei. Dies wird zurückgeführt auf die anhaltenden Bemühungen des IGMG-Vorsitzenden Kemal Ergün, die Organisation aus der Einflussnahme der Millî Görüş-Bewegung in der Türkei loszulösen und der IGMG ein eigenständiges Deutschland-spezifisches Profil zu geben.

Die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş ist heute die einflussreichste islamische Organisation in Deutschland und eine der wichtigsten islamistischen Bewegungen, die innerhalb der türkischen Diaspora in Europa agiert. Den Angaben der IGMG kann entnommen werden, dass sie 514 Moscheegemeinden in Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Frankreich, der Schweiz, Österreich, Italien, England, Dänemark, Schweden und Norwegen unterhält, die etwa 87.000 Mitglieder umfassen. Die Zahl der Mitglieder in Deutschland liegt bei etwa 33.000. Die IGMG schätzt, dass etwa 300.000 Menschen in Europa wöchentlich ihre Gottesdienste besuchen.

IGMG zwischen Ideologie und Realpolitik

Die ideologische Orientierung der ersten Stunde und die politische Agenda der IGMG in Deutschland sind auf Necmettin Erbakan (1926-2011) zurückzuführen – einer der führenden türkischen, islamistischen Intellektuellen und einflussreichsten türkischen Politiker in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

In der Türkei war die Millî Görüş (dt. „Nationale Sicht“) die erste wirkliche islamistische Bewegung; sie entstand 1967 mit einer anti-säkularen und anti-westlichen politischen Vision, denn Erbakan machte die westlichen Einflüsse verantwortlich für die Probleme der Türkei. Ihm zufolge sollte der Islam als ganzheitliche Ideologie dem entgegen. Nur ein islamischer Staat und die damit implizierte Islamisierung der türkischen Gesellschaft konnten daher die Antwort sein. An dieser Stelle wird die ideologische Nähe der Millî Görüş zur Muslimbruderschaft deutlich. Erbakan war stark beeinflusst vom wichtigsten Ideologen der Muslimbruderschaft, Sayyid Qutb, dessen Weltanschauung auf einer stark und zutiefst ideologisierten Lesart der islamischen Geschichte basiert, die einen reinen Urislam frei von westlichen Einflüssen beschreibt und den Ausweg islamischer Gesellschaften aus der Krise nur durch eine Rückkehr der Gesellschaft zum „wahren Glauben der ersten Generationen“ und deren Befreiung von unislamischen Einflüssen sieht. Erbakan rief damals öffentlich zum Sturz des türkischen säkularen kemalistischen Systems auf. Dabei präferierte er eine Strategie der islamischen Erweckung, die politische Reformen im Sinne einer Islamisierung des Systems begünstigt. Die Millî Görüş hatte somit die Aufgabe, die Türkei in einen islamischen Staat zu transformieren.

Erbakan gründete im Laufe seiner politischen Karriere bis zu seinem Tod verschiedene politische Parteien. Dabei fällt auf, dass öffentliche antiwestliche und sehr oft antisemitische Äußerungen im Laufe der Jahre immer weniger wurden. Auch schienen sich die Erben Erbakans mit dem Laizismus zu versöhnen. Insbesondere die erfolgreiche AKP unter der Führung Erdoğan's gab sich lange reformorientiert. Doch bewertet man die Lage der Türkei heute, so kann man feststellen, dass die Türkei noch nie so tief gespalten war. Laizisten und Vertreter einer auf Basis der Religion formulierten

Politik stehen sich unversöhnlich gegenüber. Säkulare demokratische Prinzipien werden sukzessive abgebaut, die Islamisierung der staatlichen Institutionen schreitet voran.

IGMG-Deutschland: Emanzipation einer Sektion?

Die deutsche Gründung Erbakans war keinesfalls als ein „deutsches Projekt“ gedacht. Vielmehr handelte es sich um eine Diaspora-Sektion, deren Mitglieder emotional sehr stark Türkeiverbunden waren. Das gehorsame Folgen begann jedoch Risse zu haben, als die organisationsinterne Zeitung „Milli Gazete“ vermehrt antisemitische Propaganda zu verbreiten begann. Dies brachte die Bewegung in Deutschland zunehmend unter Druck und führte zu einer verstärkten Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Schließlich distanzierte sich die IGMG öffentlich von Erbakans antisemitischen Äußerungen. Der Generationswechsel in der Führung der IGMG-Deutschland brachte bereits 2004 allmählich eine politische Entfremdung zwischen deutscher und türkischer Sektion von Millî Görüş mit sich. Diese Distanzierung war ein Signal, dem Erbakan vergeblich versucht hat entgegen zu wirken. Er scheiterte jedoch an der Weigerung der deutschen Regionalleiter. Trotz aller Differenziertheit erfolgte bislang kein eindeutiger Bruch mit der Programmatik oder gar mit der Ideologie, vielmehr existieren nach wie vor wichtige ideologische Affinitäten und substantielle Verbindungen zwischen den beiden Bewegungen in Deutschland und in der Türkei.

Innerhalb der IGMG-Deutschland hat sich eine Gruppe junger, gut ausgebildeter Anhänger gebildet, die in Deutschland geboren und oft intellektuell aufgestellt sind. Diese sind sehr ambitioniert. Ihre Beziehung zu Deutschland ist anders definiert als die ihrer Eltern. Sie suchen ihren Platz in der deutschen Gesellschaft. Die führenden Vertreter sind in vielen Städten und Kommunen Teil des öffentlichen Lebens geworden. Allerdings ist diese Entwicklung sehr jung, so dass es noch nicht ersichtlich ist, ob diese neue intellektuelle Elite den Spagat zwischen islamischen Werten und einer säkularen Moderne erfolgreich bewältigen wird. Kritiker vermuten, die IGMG verfolge nach wie vor die langfristige Strategie, die Gesellschaft nach islamischen Vorgaben umzugestalten. Dabei würden die Anhänger die rechtlichen Möglichkeiten des Rechtsstaates ausnutzen und eine Parallelwelt durch religiöse, auf Segregation basierende Bildungsarbeit aufbauen.

Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, stellte in diesem Zusammenhang fest, dass man den Wandel bei IGMG als Organisation des legalistischen Islamismus wahrnehmen und weiter beobachten würde und stellte in Aussicht, dass die IGMG nach Jahren aus der Beobachtung durch seine Behörde herausfallen könnte.

Die Muslimbruderschaft – Ideologie und Struktur

Aladdin Sarhan

Die Entwicklung des Islamismus ist in besonderer Weise verknüpft mit der Muslimbruderschaft (MB). Mit ihrer auf die Islamisierung von Staat und Gesellschaft abzielenden Ideologie war die MB weltweit vorbildgebend für andere im Laufe des 20. Jahrhunderts entstandene islamistische Bewegungen. Zudem gilt die MB als die älteste und weltweit am stärksten vernetzte islamistische Organisation. Von Ägypten ausgehend gelang es der MB in allen Ländern, in denen Muslime leben, auch in Deutschland, Organisationsstrukturen zu schaffen. Ihre Anhänger, die Muslimbrüder, erheben ihre Interpretation des Islam zu einer Ideologie mit Universal- und Absolutheitsanspruch, die den menschengemachten Gesetzen übergeordnet ist und jedes staatliche Handeln dem vermeintlich göttlichen Willen unterwirft.

Die MB ist eine hierarchisch strukturierte Organisation. Sie besteht aus einer beratenden Versammlung (Schura), einer Generalversammlung und einem Exekutivrat. An der Spitze der Organisation steht ein gewählter Repräsentant, „Allgemeiner Führer“ (murshid 'amm) genannt. Seit dem 16. Januar 2010 ist Mohammed Badi der Allgemeine Führer der MB. Nach dem Sturz des islamistischen Präsidenten und Muslimbruders Mohammed Mursi durch das ägyptische Militär am 3. Juli 2013 wurde der gesamte Führungskader der MB verhaftet. Einigen Führungsmitgliedern der MB wurden langjährige Haftstrafen und bislang noch nicht ausgeführte Todesstrafen verhängt.

In Ägypten wird die Anzahl der aktiven Mitglieder der MB auf ca. eine Million geschätzt, in Deutschland auf ca. 1.300 Anhänger. Nach eigenen Angaben ist die Organisation heute in mehr als 70 Ländern vertreten. In Europa existiert seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Netzwerk von Verbänden, Instituten und Schulen, die die Ideologie der MB verbreiten. Die ausländischen Zweige der MB sind zwar ideologisch mit der Mutterorganisation in Ägypten eng verbunden, handeln jedoch in weiten Teilen eigenständig. Darüber hinaus sind zahlreiche islamistische Organisationen aus der MB hervorgegangen, wie beispielsweise die palästinensische Hamas, die tunesische Ennahda, die libysche „Partei für Gerechtigkeit und Aufbau“ sowie die im Sudan regierende „Nationale Kongresspartei“.

Den politischen und historischen Hintergrund der Entstehung der MB bildeten die Erfahrungen des europäischen Vordringens in den Nahen Osten und Nordafrika ab Ende des 19. Jahrhunderts. Muslime erkannten damals, dass die Europäer offenkundig auf allen Gebieten – sei es Wissenschaft, Technik, Militär oder Verwaltung – viel weiter vorangeschritten waren als die eigenen Gesellschaften. Die Ohnmacht der Muslime gegenüber den europäischen Invasoren wurde meistens darauf zurückgeführt, dass die Muslime die Vorschriften des Islam preisgegeben und damit eine der wichtigsten Quellen ihrer Stärke verloren hatten. So wurde eine breit angelegte Debatte angestoßen, die bis heute andauert. Im Mittelpunkt dieser Debatte steht die Frage, wie die Rückständigkeit muslimisch geprägter Gesellschaften überwunden werden kann. „Islam ist die Lösung!“ lautete Hasan al-Bannas Antwort. Nach der Auffassung von Hasan al-Banna (1906-1949), dem Begründer der MB, ist der Islam eine untrennbare Einheit von Politik und Religion. Denn der Islam beinhalte ein allumfassendes System, das sich auf jeden Lebensbereich beziehe und Lösungswege für alle politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Probleme anbiete. Al-Banna sprach erstmals von der „islamischen Ordnung“ (nizam islami). Demzufolge sei der Islam ein völlig auf sich selbst beruhendes, totales System, das auf Koran und Sunna (Prophetentradition) basiere und zu jeder Zeit und an jedem Ort anwendbar sei. Damit wollte al-Banna zum Ausdruck bringen, dass der Islam ein allumfassendes System sei, das keiner europäischen Ideologien und Werte bedürfe. Bei all den feindseligen Gefühlen, die al-Banna den europäischen Kolonialmächten entgegenbrachte, war er jedoch der Überzeugung, dass sich die Muslime dem europäischen Fortschritt auf wissenschaftlichem und technologischem Gebiet nicht verschließen dürften, ja hier sogar einiges nachzuholen hätten, um mit den dynamischen

Entwicklungen in Europa Schritt halten zu können. Deshalb forderte er, die europäischen Errungenschaften wie etwa die Naturwissenschaften und die Technologie bedenkenlos zu übernehmen, solange sie nicht gegen islamische Grundprinzipien verstößen.

In Ägypten erlebte die Mutterorganisation der MB zwar eine sehr wechselvolle Geschichte, die sich auch auf ihre ideologischen Wandlungsprozesse auswirkte. Trotzdem besitzen die ideologischen Grundsätze, die Hasan al-Banna einst festlegte, vor allem sein Paradigma „Islam ist die Lösung!“, bis heute Kontinuität. Als al-Banna im März 1928 mit sechs Arbeitern in der Stadt Ismailiya am Suez-Kanal die „Gemeinschaft der Muslimbrüder“ (Muslimbruderschaft) gründete, legte er mit ihnen den Eid ab, als „Soldaten der Botschaft des Islam zu dienen“. Bis heute muss jedes MB-Mitglied diesen Eid leisten. Als Symbol wählten die Muslimbrüder einen von zwei Schwertern beschützten Koran, unter dem das Anfangswort eines koranischen Jihad-Verses steht. Bis heute ist dies das Symbol der MB. An dem Slogan der MB – „Gott ist unser Ziel, der Gesandte unser Vorbild, der Koran unsere Verfassung, Jihad unser Weg, der Tod auf dem Weg Gottes unser höchstes Trachten“ – hat sich seit ihrer Gründung ebenfalls nichts geändert.

Das Ziel der Etablierung einer auf der eigenen Interpretation des Islam basierenden Staats- und Gesellschaftsordnung verfolgten die Muslimbrüder auch nach al-Bannas Tod – notfalls auch mit gewaltsamen Erhebungen gegen die jeweilige Staatsmacht. So verübten sie Attentate und verfügten über einen geheimen bewaffneten Flügel. Zwischen 1948 und 1950 und ab 1954 war die Organisation in Ägypten verboten. Seit den 1970er Jahren formuliert die MB den Verzicht von Gewalt zur Umsetzung ihrer Ziele. Ausgenommen davon sei jedoch der Widerstand gegen „Besitzer“, worunter die MB vor allem Israel versteht. Der Gewaltverzicht der MB führte zur Entstehung von militanten Abspaltungen und jihadistischen Splittergruppen, die teilweise 1989 in der Terrororganisation al-Qaida aufgingen. Trotz Parteiverbot konnten sich die Muslimbrüder ab den 1980er Jahren bis 2010 als unabhängige Kandidaten an Wahlen beteiligen und waren dementsprechend im ägyptischen Parlament vertreten. Erst nach dem Volksaufstand vom 25. Januar 2011 und dem erzwungenen Rücktritt des ägyptischen Präsidenten Mubarak am 11. Februar 2011 wurden die Muslimbrüder offiziell als politische Kraft anerkannt und durften eine Partei gründen. Die Wahlen im selben Jahr boten der MB die historische Chance, ihre gesellschaftliche und politische Macht im eigenen Land auszubauen. Ihre „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“ gewann etwa 40% der Sitze im Parlament. Zwischen Juni 2012 und Juli 2013 stellte die MB mit Mohammed Mursi auch den Staatspräsidenten. Nach Massenprotesten wurde Mursi am 3. Juli 2013 gestürzt und die Partei für Freiheit und Gerechtigkeit per Gerichtsurteil aufgelöst. Die dadurch ausgelösten Unruhen und Gewaltausschreitungen lieferten den Anlass, die MB per Gerichtsbeschluss am 23. September 2013 zu verbieten. Seit dem 25. Dezember 2013 wird die MB von der ägyptischen Regierung als Terrororganisation eingestuft.

Lesetipps:

- Gudrun Krämer, Gottes Staat als Republik. Reflexionen zeitgenössischer Muslime zu Islam, Menschenrechten und Demokratie, Baden-Baden 1999.
- Richard Paul Mitchell, The Society of the Muslim Brothers, London 1993.
- Annette Ranko, Die Muslimbruderschaft - Porträt einer mächtigen Verbindung, Berlin 2014.

Die Muslimbruderschaft in Deutschland

Aladdin Sarhan

Orientiert am Vorbild ihrer ägyptischen Mutterorganisation versuchen die Muslimbrüder in Deutschland durch soziales und religiöses Engagement sowie durch Dialogangebote Anerkennung in der Gesellschaft zu finden. Diese Versuche zielen jedoch darauf ab, die Ideologie der MB gesellschaftsfähig zu machen und sich hierzulande als anerkannte Interessenvertreter der Muslime zu etablieren.

In den Verfassungsschutzberichten wird die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) als die wichtigste und zentrale Organisation von Anhängern der Muslimbruderschaft in der Bundesrepublik beschrieben. Die IGD hat rund 1.300 Mitglieder, ist im gesamten Bundesgebiet aktiv und koordiniert eigenen Angaben zufolge ihre Aktivitäten mit mehr als 50 Moscheegemeinden. In der deutschen Islamlandschaft spielt die IGD eine nicht zu unterschätzende Rolle. Denn sie ist Gründungsmitglied des Zentralrates der Muslime in Deutschland (ZMD) und war über diesen auch an der Gründung des Koordinierungsrates der Muslime (KRM) beteiligt.

Bereits seit ihrer Gründung steht die IGD unter bestimmender Einflussnahme der MB. Ihre Gründung im Jahre 1960 ging von Said Ramadan aus, dem prominenten Muslimbruder und Schwiegersohn des MB-Begründers Hasan al-Banna. Auch Mahdi Akef, der als „Allgemeiner Führer“ das höchste Amt in der Mutterorganisation in Ägypten von 2004 bis 2010 bekleidete, hatte Mitte der 1980er Jahre das der IGD zugehörige „Islamische Zentrum München“ (IZM) geleitet und dort als Imam gewirkt.

Die IGD zählt zu den ältesten muslimischen Organisationen in Deutschland. Sie wurde am 9. März 1960 zunächst als „Moscheebau-Kommission e.V.“ in München gegründet und benannte sich 1962 in die „Islamische Gemeinschaft in Süddeutschland e.V.“ sowie 1982 in die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) um. Beide Namensänderungen gehen auf die Ausdehnung der Tätigkeiten der IGD über München und den süddeutschen Raum hinaus zurück. Heute hat die IGD ihren Hauptsitz in Köln und ist ein Zusammenschluss islamischer Zentren in München, Frankfurt, Wuppertal, Stuttgart, Trier, Darmstadt, Köln, Erlangen, Marburg und Nürnberg. Damit verfügt die IGD über 10 Büros im Bundesgebiet. Die IGD finanziert sich durch Spenden, Mitgliedsbeiträge und den Verkauf von Publikationen. Die Spendenbereitschaft der Anhänger ist jedoch eher gering, so dass anlässlich von Veranstaltungen ständig zu höherer Spendenbereitschaft aufgerufen wird. Die im Jahre 1994 gegründete „Muslimische Jugend in Deutschland e.V.“ (MJD) gilt aufgrund personeller Verflechtungen als Jugendorganisation der IGD. Sie hat ihren Sitz in Berlin und organisiert sich in bundesweiten „Lokalkreisgruppen“. Der Verein bietet jungen Muslimen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Für Außenstehende ist dabei meist nicht ersichtlich, dass im Schulungs- und Freizeitangebot der MJD auch Gedankengut der MB propagiert wird.

Die IGD ist um eine Verselbstständigung der ihr nachgeordneten „Islamischen“ Zentren bemüht. Damit entstehen Vereinsstrukturen, die von deutschen Sicherheitsbehörden nur schwer kontrollierbar sind und die die tatsächliche Anbindung an die IGD verschleiern. Dieses Vorgehen ermöglicht den neu gegründeten selbstständigen Vereinen, für sich die Gemeinnützigkeit (steuerrechtliche Vorteile) zu beantragen. Die IGD selbst verlor 1999 die Gemeinnützigkeit, eine zunächst gegen diese Entscheidung eingereichte Klage nahm sie später wieder zurück.

Die IGD gilt als wichtiger Akteur im europäischen MB-Netzwerk. Sie ist Gründungsmitglied der „Föderation der Islamischen Organisationen in Europa“ (FIOE) mit Sitz in Brüssel. Bei der FIOE handelt es sich um den Dachverband aller MB-nahen Organisationen in Europa. Eigenen Angaben zufolge

vereinigt die FIOE Organisationen aus 28 Staaten, darunter viele nationale Dachverbände wie die „Union des Organisations Islamiques de France“ (UOIF) und die „Muslim Association of Britain“ (MAB). In enger Verbindung zur FIOE steht der „Europäische Rat für Fatwa und Islamstudien“ (ECFR) mit Sitz in Dublin. Seit seiner Gründung 1997 steht er unter dem Vorsitz Yusuf al-Qaradawis, einem in Katar lebenden islamistischen Gelehrten. In Frankfurt am Main gibt es seit 2004 den „Rat der Imame und Gelehrten in Deutschland e. V.“ (RIG). Ähnlich wie der ECFR auf europäischer Ebene erhebt der RIG den Anspruch, als wissenschaftliche Autorität in Fragen der Koranauslegung für die in Deutschland lebenden Muslime zu fungieren. Der RIG steht sowohl organisatorisch als auch ideologisch der IGD nahe.

Auf Initiative der IGD wurde im Dezember 2012 das „Europäische Institut für Humanwissenschaften“ (EIHW) in Frankfurt am Main gegründet. Die Einrichtung soll Studienabschlüsse in arabischer Sprache und Islamwissenschaft vermitteln. Damit strebt die IGD eine Alternative zum staatlich geförderten Vorhaben an, Imame und muslimische Theologen an deutschen Universitäten auszubilden.

Vorrangiges Ziel der IGD ist es, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen und für sich zu gewinnen. Bei öffentlichen Auftritten werden Bekenntnisse zur MB und verfassungsfeindliche Äußerungen vermieden. Vertreter der Organisation weisen immer wieder darauf hin, dass hier lebende Muslime sich vom islamistischen Terrorismus zu distanzieren und die Gesetze zu beachten haben. Die von der Organisation betriebenen Islamischen Zentren dienen jedoch zum einen als Veranstaltungsorte für politische Agitation, zum anderen erfüllen sie als Begegnungsstätten die Funktion einer Klammer für Anhänger islamistischer Organisationen diverser Länder. Aufgrund der ideologischen Ausrichtung an der MB sind die Aktivitäten der IGD geeignet, unter den in Deutschland lebenden Muslimen eine ablehnende Haltung gegenüber europäischen Werten zu verstärken und Demokratiedistanz zu fördern.

Lesetipps:

- Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015.
- Landesamt für Verfassungsschutz Hessen, Verfassungsschutzbericht 2013, Wiesbaden 2014.
- Stefan Meining, Eine Moschee in Deutschland: Nazis, Geheimdienste und der Aufstieg des politischen Islam im Westen, München 2011.

Die libanesische Hisbollah

Dr. Christian Funke

Die Hisbollah (arab. »Partei Gottes«) ist eine schiitische Organisation, die hauptsächlich im Libanon aktiv ist. Sie teilt sich in eine politische Partei und eine bewaffnete Miliz. Die Politik und das Selbstverständnis der Hisbollah speisen sich aus islamistischen Positionen, einer revolutionär-schiitischen und anti-westlichen Gesinnung sowie dem Wechselspiel mit libanesischer Realpolitik. Seit ihrer Gründung steht zudem der bewaffnete Kampf gegen Israel im Zentrum ihres Handelns.

Hintergrund und Programm

Der Nährboden der Hisbollah keimte ab den 1970er-Jahren an der Schnittstelle dreier Bewegungen auf, nämlich der »Islamischen Revolution« in Iran (siehe auch Schiitischer Islamismus in Iran), der palästinensischen Bewegung und der schiitischen Mobilisation im Libanon. Die Revolution in Iran hatte einen entlang islamistischer und anti-imperialistischer Politiken operierenden Staat geschaffen, der auf den »Export der Revolution« bedacht war und dessen schiitische Bevölkerung seit Jahrhunderten mit den Schiiten des Libanons verbunden war. Somit waren die programmatischen und personellen Voraussetzungen für die spätere enge Kooperation zwischen der Hisbollah und Iran ideal.

Im konfessionellen Kaleidoskop Libanons, das sich vor allem aus Christen, Sunniten und Schiiten zusammensetzt, war es das Hauptziel der Hisbollah, der sozialen und politischen Marginalisierung der Schiiten entgegenzuwirken. Schiitische und klassenkämpferische Narrative vermischten sich dabei mit der Idee des Widerstandes gegen Israel, der zunehmend internationalisiert, islamisiert und militarisiert wurde. Während des libanesischen Bürgerkrieges (1975-1990) konzentrierte die Hisbollah ihre militärischen Aktivitäten auf den Kampf gegen Israel, das den Südlibanon besetzt hielt und 1982 auch Beirut okkupiert hatte. Die Hisbollah richtete dabei auch Selbstmordattentate, die zahlreiche Opfer hervorbrachten, gegen israelische Truppen. Neben solchen Anschlägen griff die Hisbollah auch auf Entführungen israelischer Soldaten zurück und setzte konventionelle Waffen ein. Der Abzug Israels aus der südlibanesischen Sicherheitszone im Jahre 2000 steigerte das Prestige der Hisbollah in hohem Maße.

Im Gegensatz zu ihrer islamistischen Ideologie appellierte der Widerstand nicht nur an die schiitische Bevölkerungsmehrheit, sondern vermochte es ab den 1990er-Jahren, konfessionelle Schranken zu durchbrechen, so dass die Hisbollah heute auch von Sunniten und libanesischen Christen politisch unterstützt wird. Im August 2015 ist die Hisbollah mit 13 Sitzen im libanesischen Parlament und zwei Kabinettsposten der Regierungskoalition vertreten. Die Hisbollah verfügt über effektive und ausgedehnte Wohltätigkeitsnetzwerke, die sowohl Muslimen als auch Christen zur Verfügung stehen und stellenweise sogar staatliche Strukturen ersetzen. Schiitische Rechtsgelehrte, wie Hasan Nasrallah, Generalsekretär der Hisbollah, nehmen in der Führung der Hisbollah eine Schlüsselrolle ein.

Aktivitäten und Anhänger in Deutschland

Das Bundesamt für Verfassungsschutz verzeichnete in den Jahren 2012 bis 2014 etwa 950 deutsche Hisbollah-Aktivisten, die meist verwandtschaftlich mit dem Libanon verbunden sind. Etwa 250 Unterstützer leben allein in Berlin. Die Hauptstadt ist immer wieder auch Bühne des »Welt-Quds-Tages« gewesen. Jener Tag wurde 1979 von Ajatollah Chomeini ins Leben gerufen, um jährlich am letzten Freitag des Fastenmonats Ramadan der »internationalen islamischen Solidarität mit den Palästinensern« und dem »Widerstand gegenüber Israel« Ausdruck zu verleihen.

In Deutschland sind es das Islamische Zentrum Hamburg und Anhänger der Hisbollah, die sowohl als Organisatoren wie auch als Ordner und Demonstranten in Erscheinung treten. In den letzten Jahren wurden jeweils rund eintausend Teilnehmer gezählt, denen sich Kundgebungen irankritischer und proisraelischer Organisationen entgegenstellten. Insgesamt ist das öffentliche Auftreten der Hisbollah in Deutschland jedoch sehr zurückhaltend und stark auf die finanzielle Unterstützung der Hisbollah im Libanon ausgerichtet. Von 1997 bis 2014 fungierte das bundesweit aktive »Waisenkinderprojekt Libanon e. V.« als vereinsrechtlich verfasste Nebenorganisation der Hisbollah in Deutschland. Die Satzung bestimmte die Hilfe für Kriegswaisen als Vereinsziel. Die ermittelnden Sicherheitsbehörden kamen zu der Erkenntnis, dass sog. »Märtyrer-Familien«, also auch Angehörige von Selbstmordattentätern, über die mit der Hisbollah assoziierte »Märtyrer-Stiftung« mit Spendengeldern aus Deutschland unterstützt worden waren. Das Bundesinnenministerium verhängte daraufhin ein Vereinsverbot.

Einschätzung und Ausblick

Kritiker der Hisbollah verweisen auf deren zahlreiche Attentate und das seit 2006 stark gewachsene Arsenal an ballistischen Waffen. Die Ablehnung des Existenzrechts Israels wird gleichermaßen als Kritikpunkt benannt. Die Hisbollah wird von den USA, Kanada und Israel als terroristische Organisation eingestuft, während die EU ihren bewaffneten Arm als Terrorgruppe führt. Die militärische Schlagkraft der Hisbollah ist stärker als die der ineffizienten libanesischen Armee, weswegen die in einer UN-Resolution geforderte Entwaffnung immer wieder abgelehnt wurde. In Teilen des Libanons und islamisch geprägten Staaten erfreut sich die Hisbollah einer hohen Popularität und wird als legitime und erfolgreiche Widerstandsorganisation geachtet.

Im Syrienkonflikt ist die Hisbollah im Grenzgebiet zu Libanon als Verbündete des syrischen Präsidenten Assad aktiv und militärisch erfolgreich. Diese Parteinahme schadete dem nationalen wie auch internationalen Ansehen der Hisbollah, denn sie schürte konfessionelle Spannungen im Libanon und verstärkte den Eindruck, die Hisbollah agiere als verlängerter Arm Teherans. Das Engagement der Hisbollah in Syrien ist vor allem jedoch als eines der eigenen Existenzsicherung zu verstehen, hängt doch die finanzielle und logistische Unterstützung der Hisbollah von dem politischen und territorialen Fortbestand der sog. »Achse des Widerstandes« (Iran-Syrien-Hisbollah) ab.

Lesetipps:

- Augustus Richard Norton, Hezbollah. A Short History. Princeton 2014 (2009).
- Joseph Elie Alagha, The Shifts in Hizbullah's Ideology. Religious Ideology, Political Ideology, and Political Program. Leiden 2006.

HAMAS

Dr. Peter Wichmann

Das Akronym HAMAS („Harakat al-Muqawama al-Islamiya“) bezeichnet die sog. „Bewegung des Islamischen Widerstands“, die anlässlich der Intifada von 1987 im Gaza-Streifen als regionaler Ableger der Muslimbruderschaft durch Scheich Ahmed Yassin und weiteren Muslimbrüdern am 10. Dezember 1987 gegründet wurde. In der arabischen Sprache steht ihr Name auch für Eifer bzw. Glaubenseifer. Seit ihrer Gründung verfolgt sie die doppelte Zielsetzung, sowohl mit hoher Militanz gegen den Staat Israel zu kämpfen als auch ein innerpalästinensisches Gegengewicht zur Fatah-Bewegung bzw. zur PLO (Palästinensische Befreiungsfront) zu etablieren.

Sie ging im Wesentlichen aus der bereits von Yassin 1980 gegründeten Organisation Madschd al-Mudschahedin („Ruhm der Mudschahedin“) hervor. Die HAMAS lehnt das Existenzrecht Israels ab und folgt dem bewaffneten Dschihad, mittels dem sie den Staat Israel zu vernichten versucht. Ihre eliminatorische Israelfeindschaft und ihren Antisemitismus bringt sie in ihrer Charta vom 18. August 1988 unmissverständlich zum Ausdruck, in der es beispielsweise heißt, mit dem bewaffneten Dschihad gegen die „Unterdrücker“ zu kämpfen, um Gottes Banner über jeden Zentimeter Palästinas hissen zu können und die Herrschaft des Islam zu verwirklichen. Jüdische Menschen werden in der Charta an vielen Stellen insgesamt stark abgewertet.

Dieser eliminatorische Antisemitismus stellt ein wesentliches ideologisches Strukturmerkmal der HAMAS dar, wodurch sie in der Traditionslinie vieler anderer djihadistischer Organisationen steht (siehe auch Antisemitismus im Islamismus). Bereits seit ihrer Gründung unterhält sie Schulen, in denen sie Schüler im Geiste des Antisemitismus und des bewaffneten Dschihad erzieht. Hierfür wird sie durch verschiedene arabische Staaten finanziell unterstützt. Die Izzaddin al-Qassam-Brigaden stellen den bewaffneten Arm der HAMAS dar, benannt nach einem Scheich, der laut HAMAS Mitte der 1930er Jahre an der Seite von Muslimbrüdern gegen die britischen Besatzungstruppen sowie gegen die Juden in Palästina gekämpft haben soll und dabei den Märtyrertod gestorben sei. Sowohl Selbstmordattentate und Raketenangriffe als auch Entführungen von israelischen Soldaten gehören zur terroristischen Raffinesse der Qassam-Brigaden.

Neben ihrer Eigenschaft als djihadistische Organisation formierte sich die HAMAS als politische Partei sowie als karitative Organisation. Mittels Spenden an Bedürftige sowie durch ihren eigenen TV-Sender „Al-Aqsa-TV“ versucht sie, die Palästinenser für ihre Sache zu vereinnahmen. So gelang es ihr, bei den Parlamentswahlen im Januar 2006 im palästinensischen Parlament, dem Legislativrat, 76 Sitze zu gewinnen sowie die Macht in Gaza zu ergreifen.

Aus den Qassam-Brigaden rekrutieren sich seither wesentliche Teile der Sicherheitskräfte des Innern in Gaza, mit deren Hilfe die vollständige Kontrolle der HAMAS über Gaza verankert werden konnte. Folge war ein bewaffneter Kampf zwischen der HAMAS auf einer Seite und der Fatah-Bewegung bzw. mit ihrem bewaffneten Arm, den Al-Aqsa-Brigaden, auf der anderen Seite.

Organisatorisch gliedert sich die HAMAS neben ihrem bewaffneten Arm in zwei Entscheidungsgremien. Der Shura-Rat besteht aus 77 Mitgliedern und wählt das Politbüro. Das Politbüro stellt die oberste Entscheidungsinstanz dar und umfasst 15 Mitglieder, dessen Vorsitzender Khaled Meschal ist, der in Katar im Exil lebt. Bei den Neuwahlen zur Führung der HAMAS im April 2012 wurden auch Verantwortliche der Qassam-Brigaden in das Politbüro gewählt.

Durch ihren bewaffneten Arm war die HAMAS im Laufe ihrer Geschichte fortlaufend in der Lage, durch Selbstmordschläge und durch Raketenangriffe den Staat Israel in seinem Sicherheitsanspruch herauszufordern. Als Ende September 2000 die zweite Intifada ausbrach, nutzte die HAMAS die Stimmungslage in der palästinensischen Bevölkerung und verstärkte ihre propagandistischen und gewalttätigen Bemühungen gegen Israel. Ihr Mitbegründer Yassin prägte bis zu seiner Liquidierung im März 2004 das Gesicht der HAMAS wie kein anderer. Er befahl dutzende Selbstmordattentate gegen israelische Soldaten und Zivilisten und lehnte den Friedensprozess von Oslo 1993 kategorisch ab, weil dieser für ihn einen „Ausverkauf palästinensischer Interessen“ darstellte. Sein Nachfolger Abd al-Aziz ar-Rantisi setzte diesen Kurs fort, aber einen Monat später wurde auch er durch das israelische Militär getötet. Neuer HAMAS-Führer ist seither Khaled Meschal.

Seit ihrer Machtergreifung in Gaza ist es ihr gelungen, mehrere israelische Gegenreaktionen zu provozieren, die sie propagandistisch für sich zu nutzen versuchte. Als terroristische Anschläge den Sicherheitsanspruch Israels jahrelang auf die Probe stellten und die HAMAS 2006 für die Entführung des israelischen Soldaten Gilad Shalit verantwortlich war sowie verstärkt auf Raketenangriffe gegen israelisches Gebiet setzte, reagierte Israel Ende 2008 bis Januar 2009 mit der Militäroperation „Cast Lead“, die zu einer vorübergehenden Schwächung der HAMAS führte. Laut israelischem Militär konnte die HAMAS in der Folgezeit jedoch die Anzahl ihrer Raketen verdoppeln und technisch verbessern, die durch eine erweiterte Reichweite vereinzelt bereits in den Großraum von Tel Aviv einschlagen konnten. Durch diese Entwicklung provozierte die HAMAS bereits im November 2012 als auch im Laufe des Jahres 2013 sowie im Sommer 2014 („Operation Protective Edge“) erneute israelische Gegenreaktionen. Mit der letztgenannten Operation gelang es, große Teile der terroristischen Infrastruktur der HAMAS zu zerstören, insbesondere zahlreiche Tunnelsysteme konnten beseitigt werden, über die zuvor aus Ägypten Waffen wie Raketen sowie Sprengstoff nach Gaza geschmuggelt werden konnten.

Trotz ihrer Fokussierung auf ihr regionales Ziel, Israel zu vernichten, sind ihre Anhänger auch außerhalb Palästinas vertreten. Laut Bundesamt für Verfassungsschutz ist die HAMAS auch hierzulande mit etwa 300 Anhängern präsent, die die Bundesrepublik als Ruhe- und Rückzugsraum sowie für Demonstrationen nutzen, ohne dabei offen als HAMAS aufzutreten.⁷ In Deutschland versucht sie über verschiedene Tarnorganisationen Spendengelder zu sammeln. Seit dem Gründungsjahr der HAMAS 1987 verstand sich der bereits 1982 in Deutschland gegründete Verein Islamischer Bund Palästina (IPB) als Vertreterorganisation der HAMAS in Deutschland, dessen Gründung zeitgleich mit derjenigen des Tarnvereins Al-Aqsa e. V. in Aachen verlief, welcher bis 2002 Spendengelder für die HAMAS sammeln konnte, bevor es am 31. Juli 2003 zu einem Vereinsverbot durch den Bundesminister des Innern kam, welches 2004 durch das Bundesverwaltungsgericht bestätigt wurde. Anschließend gründete sie den Verein Yatim Kinderhilfe e. V. in Essen, der ebenfalls verboten wurde. Am 25. April 2015 fand in Berlin – zum vierten Mal in Deutschland – die „13. Konferenz der Palästinenser in Europa“ statt, die durch das Palestinian Return Centre (PRC) aus London, welches der HAMAS nahe steht, sowie durch die Palästinensische Gemeinschaft Deutschland organisiert wurde. Auf den Konferenzen traten in der Vergangenheit Vertreter der HAMAS auf, und einige Teilnehmer zeigten oftmals offen ihre Solidarität mit der HAMAS.

In der Türkei geht ihr Engagement noch einige Schritte weiter. Dort unterhält sie seit einigen Jahren ein Trainingslager, welches von dem HAMAS-Funktionär Saleh Muhammad Suleiman al-Arouri koordiniert wird und in dem bereits Dihadisten ausgebildet wurden. Auffallend ist vor allem die Nähe zwischen der türkischen Regierungspartei AKP und der HAMAS. Auf einem Kongress der AKP Ende 2014 wurde Khaled Meschal vom türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu unter großem Jubel der Anwesenden empfangen. In seiner Rede betonte er vor allem seine tiefe Freundschaft zur Türkei.

⁷ Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015, S. 92 und S. 105-106.

Lesetipps:

- Joseph Croitoru, Hamas. Der Islamische Kampf um Palästina, München 2007.
- The Meir Amit Intelligence and Terrorism Information Center, Senior Hamas Operatives Based in Turkey. Continue Directing Terrorist Networks in Judea and Samaria, 9. Dezember 2014.
- Ebd., Saleh al-Arouri, 20. August 2014.

Hizb ut-Tahrir – Die Vorstellung vom besten Kalifat

Klaus Hummel

Das Kalifat ist in aller Munde. Das dürfte gerade die Anhänger der Partei der Befreiung (Hizb ut-Tahrir, kurz HuT) freuen. Schließlich ist ein weltweites Gottesreich seit Jahrzehnten das zentrale Anliegen der panislamistischen HuT. Doch weit gefehlt. Das Kalifat des so genannten „Islamischen Staates“ (IS) ist nicht das Kalifat der Hizb ut-Tahrir. Ist das ein Grund für Entwarnung? Taugt die HuT, die in ihren öffentlichen Stellungnahmen immer wieder revolutionäre Gewalt ablehnt, als Gegengewicht zum „Islamischen Staat“? Nur dann, wenn man willens ist, mögliche synergetische Effekte auszublenden.

Entstehungshintergrund

Bei der Hizb ut-Tahrir handelt es sich um eine 1953 im jordanisch kontrollierten Ostjerusalem entstandene Abspaltung der Muslimbruderschaft, der Keimzelle unzähliger islamistisch aktiver Gruppen. Unzufrieden mit der mangelnden Unterstützung führender Muslimbrüder propagierte die HuT unter der Führung von Taqi ad-Din al-Nabhani zunächst die namensgebende Befreiung Palästinas, bevor sie in den 1970er Jahren transnationale Züge annahm und die Befreiung aller Muslime in einem weltumspannenden Gottesreich zum Ziel erklärte.

Heute ist die Hizb ut-Tahrir in verschiedenen Weltregionen aktiv. Neben Australien, Zentralasien oder Südostasien auch in Europa, wo in Großbritannien mit einer Verbotsdiskussion ein Schritt erwogen wird, den Deutschland bereits 2003 unternahm. Die zentrale Frage ist dabei, neben der bereits in ihren frühen Gründungsjahren angelegten Israelfeindlichkeit, das Verhältnis zur Gewalt. Während sie sich in öffentlichen Verlautbarungen immer wieder von revolutionärer Gewalt distanziert, gibt es nachvollziehbaren Zweifel an der behaupteten Friedfertigkeit.

Relativierung des islamistischen Terrorismus?

Es war im Jahr 2014 als die Bilder von Gräueltaten des so genannten „Islamischen Staates“ weltweit für Aufsehen und eine umfassende Berichterstattung sorgten. Im australischen Fernsehen sah sich deshalb auch ein prominenter Sprecher der Hizb ut-Tahrir, Wassim Doureih, aufgefordert, die terroristischen Attacken des IS zu verdammen. Diesem Wunsch aber wollte der HuT-Mann nicht nachkommen. Er weigerte sich schlichtweg, den politischen Kontext der IS-Entstehung außen vor zu lassen und allein das mediale Schema der IS-Barbarei zu bedienen. Für ihn schien es unmöglich, über das Thema zu sprechen und dabei die Jahrzehnte zurückreichende Destabilisierung des Irak, insbesondere durch US-geführte Interventionen, außen vor zu lassen. Dieser Topos ist nicht neu und dass sich die HuT in diesem Thema durchaus treu ist, zeigt auch der Gegenstand eines Vortrages, der den Anfang vom Ende der HuT in Deutschland markiert. Bereits in der Alten Mensa der TU Berlin referierte im Oktober 2002 der immer noch aktive, deutsch parlierende HuT-Sprecher Shaker Assem (Dipl. Ing.) zu dem Thema: „Irak: Ein neuer Krieg und die Folgen!“. Stellt man die bis heute spürbare antikoloniale Grundausrichtung der HuT in Rechnung, wäre es falsch, die Antwortverweigerung als Relativierung terroristischer Gewalt oder gar als Beleg für eine stillschweigende Sympathie mit IS zu sehen – dafür gibt es für die HuT auch keinen Grund.

Das bessere Kalifat

Aus ganz unterschiedlichen Gründen tun sich islamistische oder fundamentalistische Gruppen mitunter schwer, sich von terroristischer Gewalt zu distanzieren. Dabei hätten sie oft besonders guten Grund – auch die HuT. Denn wie www.khilafa.com, eine Webseite der Partei, vermeldet, wurde in Bagdad im

vergangenen Jahr Mustafa, ein Mann der HuT, zum „Märtyrer“: Er sei von einem „Mob“, von Anhängern des IS, getötet worden, weil er Wörter der Wahrheit (haqq) gesprochen habe. Und selbstverständlich seien die mordenden „Staats-Männer“ nicht rechtgeleitet und sollten deshalb um die Vergebung ihrer Sünden bitten. Aus der Sicht von HuT ist die Tötung Mustafas durch IS schlimmer als ähnliche Akte, begangen etwa im Auftrag tyrannischer Despoten von Usbekistan bis Syrien, die in der Propaganda zumeist als Hauptfeinde firmieren. Während sie Muslime im Namen des „Säkularismus“ töten, tut IS dies verwerflicher Weise im Namen des Kalifats. Dass der HuT ein vermeintlich islamkonformes Kalifat nach eigenen Vorstellungen vorschwebt, führt uns zum islamistischen Kernbestand von IS, HuT und Co. Denn das einzig islamkonforme Kalifat der HuT wäre eines unter der Herrschaft der HuT.

Belebte Konkurrenz

Wer wissen will, wie sich die HuT gegenüber anderen Muslimen verhalten würde, lernt einiges, wenn er sich die Expansionsbestrebungen der Partei in Hamburg nach der Jahrtausendwende vor Augen hält. In einer Tätigkeitsbilanz rekapituliert die ortsansässige Schura, die verschiedene islamische Gemeinschaften und damit Islamausrichtungen vereint, auf welche Weise die HuT mit feindlichen Übernahmen von Moscheen die innerislamische Konkurrenz zu schwächen versuchte. Mit ihrer Jugendarbeit erreichte sie besonders junge Muslime – oft aus säkularen Elternhäusern oder akademischen Milieus – nur um dann die Schura-Konkurrenz als „Verräter“ abzustempeln, weil sie mit dem System der „Kuffar“ (Ungläubige) kollaborieren würde. Diese Abwertung anderer Muslime ist es, in der sich Gruppen wie HuT oder IS ähneln. Insofern vernebelt die reale Konkurrenz eine ebenso reale Gefahr, die darin besteht, dass sie das Geschäft belebt. Denn wer das real existierende Kalifat von IS mit den Argumenten der HuT ablehnt, schadet den IS-Ambitionen nicht wirklich, sondern schluckt die Vorstellung von einem „wahren Kalifat“, das anderen Kalifatsvorstellungen überlegen ist.

Lesetipps:

- Irina Volf, Hizb ut-Tahrir in the press II: Exploring differences between academic discourses and editorial choices in Europe and Central Asia, in: conflict & communication on line, Vol. 14, No. 1, 2015.
- Schura Hamburg, 10 Jahre SCHURA Hamburg. Eine Bilanz unserer Arbeit: <http://www.schurahamburg.de/>.

Islamische Bewegung Usbekistan (IBU)

Dr. Peter Wichmann

Bei der Islamischen Bewegung Usbekistan (IBU) handelt es sich um eine djihadistische Organisation, die 1998 in Afghanistan gegründet wurde, um von dort Anschläge gegen die Machtelite Usbekistans und den Präsidenten Islam Karimov zu planen, zunächst mit dem Ziel einer islamischen Herrschaftsordnung in Zentralasien. Später orientierte sie sich mehr und mehr am globalen Djihaad.

In ihrer Gründungszeit baute sie zugleich in Tadschikistan einen weiteren Stützpunkt auf. In einer Erklärung der IBU im April 1999 unterstellte sie dem Regime Karimov, Christen und Juden in Usbekistan eine dominierende Stellung im militärischen, politischen und wirtschaftlichen Machtbereich zu ermöglichen. Außerdem würde Karimov den Islam in Usbekistan auf politischem Wege beseitigen, wie es Israel und die USA weltweit anstreben würden. Seit ihrer Gründung unterhält die IBU Ausbildungslager, in denen ihre Anhänger auf terroristische Anschläge und auf Entführungen vorbereitet werden, mit denen sie ihren Machtanspruch zum Ausdruck bringen möchte. Am 16. Februar 1999 vollbrachte sie mit vier Autobomben eine simultane Anschlagsserie vor Regierungsgebäuden und einer Diskothek in der usbekischen Hauptstadt Taschkent.

Trotz ihres ursprünglich regionalen Interesses kooperiert sie seit den 2000er Jahren mit Al-Qaida. Seit ihrer Gründungszeit arbeitet sie auch mit den Taliban zusammen. Ihre Führungsfiguren Tahir Yoldashev und Dschuma Namangani waren bereits in den 1990er Jahren Teil der usbekischen Oppositionsbewegung und konnten in dieser Zeit eine djihadistische Infrastruktur aufbauen, die es ihnen wiederum später ermöglichte, eine Organisation wie die IBU aufzubauen. Namangani operierte zwischenzeitlich in Tadschikistan und beteiligte sich am Bürgerkrieg. In der Folgezeit waren beide bemüht, ihr djihadistisches Netzwerk weiter auszubauen.

Seit dem westlichen Engagement in Afghanistan nach 9/11 verlagerte die Islamische Bewegung Usbekistan (IBU) ihre terroristische Infrastruktur ins benachbarte Pakistan, von wo aus sie sich am Kampf gegen die pakistanischen Machthaber beteiligte. Seit dieser Zeit bemüht sie sich allmählich auch um eine internationalere Anhängerschaft und um eine weltweite Medienpräsenz.

Nach dem Gaza-Krieg zwischen Israel und der HAMAS um die Jahreswende 2008/2009 propagierte Yoldashev einen weltweiten „Djihaad gegen alle Feinde des Islam“, der zuvor seine regionalen Ziele als wichtiger ansah. Durch diese verstärkte Orientierung am globalen Djihaad gelang es der IBU, aus verschiedenen Ländern Anhänger zu rekrutieren, mit denen eine internationalere Medienpräsenz aufgebaut werden konnte. Hierzulande hat sie sich bereits einen Namen machen können, weil sie in ihren Reihen exponierte Anhänger aus der salafistischen Szene Deutschlands rekrutieren konnte, die sich ihrerseits mittels Videobotschaften regelmäßig an die deutschen Muslime gewendet haben, um diese für eine Beteiligung am bewaffneten Djihaad zu motivieren.

Zu den prominentesten deutschen Vertretern gehörten die Brüder Yassin und Monir Chouka (Kampfnamen Abu Ibraheem al-Almani und Abu Adam al-Almani) aus Bonn, die sich 2015 dem IS in Syrien anschließen wollten, jedoch auf iranischem Gebiet gestoppt wurden. Yassin Chouka kam hierbei ums Leben. In den Jahren zuvor waren sie das mediale Aushängeschild der IBU, weil sie Internetvideos produzierten, die sich rasch verbreiteten und teilweise in Gestalt von islamischen Hymnen (Nasheed) in Szene gesetzt wurden, um ein junges Publikum anzusprechen. In deutscher Sprache riefen sie dazu auf, dass sich ihre muslimischen Brüder aus Deutschland dem bewaffneten Djihaad anschließen haben, weil die Muslime überall einer Unterdrückung ausgesetzt seien. Der Märtyrertod wird in ihren Videos glorifiziert und der bewaffnete Djihaad wird als eine Pflicht eines jeden Muslims propagiert.

Insbesondere das Engagement der Bundeswehr wird als Angriff auf die Muslime bezeichnet. So erklärte Yassin Chouka in einer am 2. Juni 2011 veröffentlichten Videobotschaft, dass die Deutschen für die getöteten Menschen in Afghanistan eine führende Verantwortung tragen, weshalb man sich nicht wundern solle, wenn Deutsche Anschlagziel werden (siehe auch Jihādistische Rechtfertigungen von Gewalt gegen Deutschland). Bereits 2009 veröffentlichte die IBU ein Video, worin die Führungsfigur Tahir Yoldashev die deutsche Regierung als „verbrecherisch“ bezeichnet, deren „Söhne im Dienst der Juden“ stünden.

Diese antisemitische Lesart findet sich in zahlreichen Verlautbarungen djihadistischer Schriften, die ein ideologisches Strukturmerkmal des bewaffneten Djihad darstellen (siehe auch Antisemitismus im Islamismus). Verschiedene weitere Videos folgten, die unter provokanten Titeln im Internet Verbreitung fanden. Hierzu zählen u.a. das Video „Böses Vaterland“ (Dezember 2011), worin Anschläge in Deutschland angekündigt werden, sowie „Ja, wir sind Terroristen“ (März 2012), in dem die Taten Arid Ukas verherrlicht werden, und schließlich das Video „Tod der Pro-NRW“ (Mai 2012), in dem sie dazu aufrufen, Mitglieder der rechtsextremen Partei Pro-NRW zu töten. Im März 2013 wurde ein entsprechendes Attentat auf den Parteivorsitzenden durch die deutsche Polizei vereitelt.

Aus der „Salafistenhochburg“ Bonn rekrutierte die IBU auch Bekkay Harrach (Kampfname Abu Talha der Deutsche), der kurz vor der Bundestagswahl 2009 für Schlagzeilen sorgte, als dieser sich mit einer Videoansprache an die Bundesregierung wandte, in der er ein Ultimatum für den Abzug aller deutscher Soldaten aus Afghanistan setzte. Andernfalls würde nach Ablauf des Ultimatums ein Anschlag in Deutschland stattfinden. Harrach wurde aus dem salafistischen Umfeld der wahhabitischen König-Fahd-Akademie in Bonn rekrutiert und starb 2010 bei seinem Versuch, eine US-Militäreinrichtung in Bagram (Afghanistan) zu stürmen. Bereits 2003 soll er im palästinensischen Westjordanland am bewaffneten Djihad gegen das israelische Militär beteiligt gewesen sein. Anschließend versuchte er über den Irak nach Syrien zu reisen, wo er jedoch festgenommen wurde. Aufgrund des Bemühens deutscher Behörden wurde er freigelassen und kam 2004 zunächst nach Deutschland zurück, von wo aus er seine djihadistische Laufbahn weiter fortsetzte.

Ein weiterer IBU-Anhänger aus dem deutschsprachigen Raum war Samir H. aus Aachen (Kampfname Abu Laith), der 2012 im pakistanischen Grenzgebiet ums Leben kam, wo auch der türkeistämmige Deutsche Bünyamin Erdoğan bereits 2010 durch eine Drohnenrakete getötet wurde. Einige weitere Djihadisten aus Deutschland haben sich zwischenzeitlich der IBU angeschlossen und sich ihrerseits mittels Videobotschaften ein Publikum geschaffen. Wie die Reisebemühungen der Chouka-Brüder zeigen, scheint der IS nunmehr eine stärkere Anziehungskraft auf westliche Salafisten auszuüben, die sich am bewaffneten Djihad beteiligen wollen. Auch einige Mitglieder der zweiten Hamburger-Zelle, die sich Mitte der 2000er Jahre um Naamen Meziche formierte – der wiederum Verbindungen zur ersten Hamburger-Zelle und zu Al-Qaida aufwies –, schlossen sich etwa im März 2009 zunächst der IBU an, verließen diese jedoch kurze Zeit später, teilweise wegen Geld- und Sprachproblemen, teilweise wegen einer zu harten terroristischen Ausbildung. Anschließend schlossen sie sich Al-Qaida an.

Lesetipps:

- Guido Steinberg, Al-Qaidas deutsche Kämpfer. Die Globalisierung des islamistischen Terrorismus, Hamburg 2014.
- Peter Wichmann, Al-Qaida und der globale Djihad. Eine vergleichende Betrachtung des transnationalen Terrorismus, Wiesbaden 2014.

Islamische Jihad Union (IJU) und die Sauerland-Gruppe

Dr. Peter Wichmann

Die Islamische Jihad Union (IJU) entstand etwa 2002 im pakistanischen Grenzgebiet als Abspaltung der Islamischen Bewegung Usbekistan (IBU) und nannte sich zunächst Islamic Jihad Group. In Nordwaziristan unterhält sie Ausbildungslager, wo sie ihre Anhänger in Waffenkunde und Sprengstoff ausbildet, damit diese durch terroristische Anschläge den bewaffneten Djiha vorantreiben. Mit der Zeit fokussierten sie ihre Anschläge auf US-amerikanische und israelische Symbole. Am 30. Juli 2004 verübten sie Selbstmordanschläge gegen die israelische und gegen die US-amerikanische Botschaft in der usbekischen Hauptstadt Taschkent. Etwa seit dieser Zeit gehört sie zu den Kooperationspartnern Al-Qaidas, um den globalen Djiha voranzutreiben. Die IJU ist seither darum bemüht, Anhänger aus unterschiedlichen Ländern anzuwerben. So zum Beispiel aus der Bundesrepublik Deutschland, wo sie aus der salafistischen Szene freiwillige Djihadisten anwirbt.

Der türkischstämmige Cüneyt Ciftci war einer der ersten Rekruten der IJU aus Deutschland, der am 3. März 2008 in der afghanischen Provinz einen Selbstmordanschlag auf US-amerikanische und afghanische Truppen verübte, durch den zwei US-amerikanische und zwei afghanische Soldaten ums Leben kamen. In Deutschland erlangte die IJU jedoch bereits im Jahr 2007 Aufmerksamkeit, als vier ihrer Anhänger im sauerländischen Oberschlehdorn festgenommen wurden, die eine Zelle der IJU gebildet und am Bau von Bomben gearbeitet hatten, bevor sie vom Bundeskriminalamt am 4. September 2007 verhaftet wurden.

Der Gerichtsprozess gegen die „Sauerland-Zelle“ der IJU verschaffte der Öffentlichkeit ausführlich Aufschluss darüber, über welchen Weg Fritz Gelowicz, Daniel Martin Schneider, Attila Selek und Adem Yilmaz in Deutschland radikalisiert und für die IJU rekrutiert worden waren, die sie ins pakistanische Grenzgebiet brachte und in einem Ausbildungslager auf terroristische Anschläge in Deutschland vorbereitete. Gegenüber dem Bundeskriminalamt legten die vier vor ihrem Prozess ein ausführliches Geständnis ab. Die Sauerland-Zelle beabsichtigte US-amerikanische Einrichtungen sowie deutsche Flughäfen durch Sprengsätze zu attackieren, um ein Zeichen gegen den Afghanistaneinsatz zu setzen. Hierfür spionierte sie die US-Militärbasis Rammstein aus. Für die Beschaffung von Sprengzählern war der in der Türkei ansässige Mevlüt Kar verantwortlich. Bevor sie hierfür in ein terroristisches Ausbildungslager in Pakistan reisten und in Sachen Sprengstoff und Waffenkunde ausgebildet wurden, radikalisierten sich die Mitglieder der späteren Sauerland-Zelle in der deutschen Salafistenszene auffallend zügig.

Bei dieser Radikalisierung zu entschlossenen Djihadisten spielten fundamentalistische Islam-Seminare in verschiedenen Hochburgen des Salafismus eine entscheidende Rolle. Darunter befand sich das berüchtigte Multikulturhaus e.V. in Neu-Ulm, welches seit seiner Gründung 1996 zum Sammelbecken des salafistischen Djihadismus wurde und dessen Anhänger in den 1990er Jahren vor allem den bewaffneten Djiha in Bosnien und Tschetschenien unterstützten. Dieses Sammelbecken übte nachhaltigen Einfluss auf einige der Mitglieder der späteren Sauerland-Zelle aus. Aus diesem „Multikulturhaus“ entstammte auch Reda Seyyam, der bereits in Bosnien aktiv am Djiha teilnahm und verdächtigt wurde, die Anschläge auf Bali am 12. Oktober 2002 finanziert und unterstützt zu haben. Ebenso trafen sie in Bonn auf salafistische Prediger, die sie in ihrem Entschluss, sich dem bewaffneten Djiha anzuschließen, bestärkten. Hier trafen sie u.a. auf den bekannten Salafisten Mohammed Behnsain (Abu Jamal), dem bei der Rekrutierung von Djihadisten eine Schlüsselrolle nachgesagt wird. Schneider, der vor seiner Zeit bei der IJU durch ein schweres Raubdelikt und Drogendelikte auffällig war, wurde von Hussain al-Malla vom Islam überzeugt und sprach in der Yunus-Emre-Moschee der türkischen Moscheegemeinde DITIB in Neunkirchen das islamische Glaubensbekenntnis. Als er sich

zunehmend radikalisierte, nutze er seinen Wehrdienst bei der Bundeswehr, um eine erste Kampfausbildung zu erhalten. Zum Umfeld von Schneider gehörte auch Eric Breininger (Kampfname Abdullgaffar Almani) aus Neunkirchen, der seinerseits ebenfalls von der IJU rekrutiert wurde und sich ihr in Pakistan anschloss. Vor seiner Tötung Ende April 2010 trat er der Deutschen Taliban-Mudschahhedin (DTM) bei bzw. er war offenbar einer ihrer Mitbegründer, die u.a. von dem in Deutschland geborenen Türken Ahmet Manavbasi (Kampfnamen Abu Ishaq al-Muhajir und Salahuddin Turki) im September 2009 in Nordwaziristan gegründet wurde. Manavbasi wiederum rief zugleich die Medienplattform Elif Media (Elif Medya) ins Leben, welche sowohl Videos der IJU als auch der DTM sowie der türkisch-aserbaidschanischen Djihadistengruppe Taifetül Mansura (Siegreiche Gruppe) verbreitete. Die DTM galt bis zu ihrer Auflösung etwa im April 2010 als deutscher Ableger der IJU.

Am 4. März 2010 wurden die Mitglieder der Sauerland-Gruppe zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Atilla Selek ist inzwischen wieder auf freiem Fuß. Weitere Helfer wie Kadir T. und Burhan Yilmaz, der Bruder von Adem Yilmaz, wurden wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu Bewährungsstrafen verurteilt. Wie der jüngste Fall in Berlin gezeigt hat, geht von entlassenen Häftlingen, die bereits einen Anschlagversuch hinter sich haben und offenbar weiterhin vom bewaffneten Djihad überzeugt sind, eine erhebliche Gefahr aus: Rafik Mohamad Yousef verletzte am 17. September 2015 eine Polizeibeamtin in Berlin schwer, nachdem er nach mehrjähriger Haft auf freiem Fuß kam. 2004 plante er mit weiteren Mitgliedern der Ansar al-Islam (AAI, „Helfer des Islam“) ein Attentat auf den damaligen irakischen Ministerpräsidenten in Berlin. Adem Yilmaz erklärte 2009 vor Gericht, dass er sich durch den bewaffneten Djihad „eine Kugel fangen“ wollte und nach seiner Haftentlassung erneut in den bewaffneten Djihad ziehen möchte. In wenigen Jahren könnte auch er vorzeitig aus der Haft entlassen werden.

Die salafistischen Netzwerke in Deutschland spielen bei der Radikalisierung und Rekrutierung von Terroristen für den bewaffneten Djihad eine entscheidende Rolle. So konsumierte beispielsweise auch Arid Uka (Kampfname Abu Reyyan), der am 2. März 2011 zwei US-amerikanische Soldaten am Frankfurter Flughafen tötete, vor seiner terroristischen Tat salafistisches Propagandamaterial. Zudem besaß er Kontakte zu bekannten Salafisten aus Bonn und Frankfurt am Main.

Lesetipps:

- Rolf Clement/Paul Elmar Jöris, Die Terroristen von nebenan. Gotteskrieger aus Deutschland, München 2010.
- Interview mit Peter Wichmann, in: Stefan Müchler, „Sich eine Kugel fangen“, Campus-Web, Bonn 28. August 2009, online abrufbar: <http://www.campus-web.de/2/1935/8804/>.

Salafismus in Deutschland

Dr. Michail Logvinov

Die (neo-)salafistische Bewegung in Deutschland avancierte in den letzten Jahren zu einem der meist diskutierten und umstrittenen Phänomene. Sowohl politische als auch sicherheitsbehördliche Entscheidungsträger glauben einen Nexus zwischen „dem“ Salafismus und dem islamistischen Terrorismus bzw. Dschihadismus ausgemacht zu haben, weshalb die sich selbst auf dem Weg der „frommen Vorfahren“ (al-salaf al-salih) wählenden Szeneangehörigen als gefährlich und ihre Weltbilder als „geistiger Nährboden des Terrorismus“ gelten. Dabei ist die „Salafiyya-Bewegung“ viel facettenreicher und dynamischer als die anlassbezogene mediale Berichterstattung vermuten lässt.

Obwohl Salafismus und Wahhabismus als Staatsreligion Saudi-Arabiens nicht selten gleichgesetzt werden, lassen sich zugleich historische Unterschiede erkennen, die ob der gegenseitigen Beeinflussung im 20. Jahrhundert nach und nach in den Hintergrund gerieten. Entstand der moderne (Reform-)Salafismus ursprünglich als religiöse Erneuerungsbewegung mit dem Zweck, eine zivilisatorische Antwort auf den gesellschaftlichen Rückstand zu geben und die Vereinbarkeit von Islam und Moderne zu ermöglichen („Nahda“-Renaissance), entwickelte sich das salafistische Erneuerungsprojekt im Zuge der westlichen Kolonialisierung und unter dem Einfluss des Wahhabismus mehr und mehr in Richtung intoleranter und zuweilen gewaltlegitimierender (politischer) Ideologie (siehe auch Wahhabiyya). Mohammad Abu Rumman, Politikwissenschaftler am Center for Strategic Studies an der University of Jordan, unterteilt demgegenüber salafistische Strömungen im 20. Jahrhundert in eine reformistische oder rationale und eine nationalistische, antikoloniale Variante, welche ihren Einfluss mit dem Auftreten der Muslimbrüder und dem Aufkommen der dschihadistischen Gruppen verlor.

Der Verfasser definiert den Salafismus als eine (neo-)fundamentalistische Strömung im sunnitischen Islam mit ihrer spezifischen Art des Zugriffs auf die kanonischen Texte und variablen Strategien zur Durchsetzung der jeweiligen Ziele.

Verortung des Salafismus in der sunnitischen Rechtslehre

Der Salafismus lässt sich entlang dreier Dimensionen beschreiben, die diese Bewegung charakterisieren: die Glaubenslehre ('aqida), die Methode der Rechtsfindung (usul al-fiqh) und die Glaubenspraxis (manhaj). Hinsichtlich der ersten zwei Merkmale sind sich alle salafistischen Strömungen relativ ähnlich: Sie betonen strikt die Einheit und Einzigkeit Gottes (tauhid), der allein anbetungswürdig ist, und lehnen rigoros den Polytheismus (shirk) bspw. in Form des Heiligenkults sowie religiöse Neuerungen (bid'a) als Abweichungen von den paradigmatischen Quellen (Koran und Sunna) ab. Somit scheint der Salafismus – vor allem in seiner modernen Form – die von Muhammad ibn Idris asch-Schāfi'ī (767-820) vorangetriebene Zurückdrängung des persönlichen Elements und Einschränkung der rationalen Methoden in der Rechtsfindung an die Spitze getrieben zu haben. Ließen andere Rechtsschulen bspw. die persönliche Meinung (Mitteilung) und/oder das öffentliche Interesse (hanafitische und malikitische Tradition) als Wurzeln des Rechts zu, berief sich Schāfi'ī und die nach ihm benannte Rechtsschule ausschließlich auf vier „objektive“ Kriterien: 1) den Koran, 2) die Sunna, 3) den consensus doctorum (ijmā') und 4) den Analogieschluss. Bereits Ahmad ibn Hanbal (780-855), der Begründer des Hanbalismus, erklärte den Analogieschluss (qiyās) jedoch für unzulässig. Wie ersichtlich, sind auf dem Weg der Zurückdrängung der rationalen Methoden bei der Rechtsfindung praktisch keine Grenzen gesetzt. Und so dauerte es nicht lange, bis Da'ud ibn Chalaf (gest. 884) den Konsens nur für legitim erachtete, sofern er sich auf die Autorität der Prophetengenossen stützte. Andernfalls erkannte er nur den Wortsinn der kanonischen Texte an.

Später geriet die fünfte Rechtsschule der Zahiriten in Vergessenheit – bis sie ihre wahhabitische und neo-salafistische Wiedergeburt erlebte und zur „Schule des Propheten“ avancierte. Im Salafismus verschwimmt zugleich die Grenze zwischen Rechts- und Glaubenslehre. Lediglich der islamische Kanon, der Koran und die Sunna des Propheten, sowie das Vorbild der islamischen Frühgemeinde hat in diesem System Geltung. Statt Rechtsschulen zählt individuelle Auslegung der unverfälschten Überlieferungen. Theologische Wurzeln des Salafismus liegen in einer Auseinandersetzung mit (rationalistischen) Strömungen des Islam im 9. Jahrhundert, bei der es vordergründig um die Theorie der Erschaffenheit des Koran ging.

Salafismusarten in Deutschland

Im Hinblick auf die Glaubenspraxis des Salafismus lassen sich unterschiedliche Spielarten identifizieren. Herkömmlich werden in Anlehnung an Quintan Wiktorowicz drei salafistische Strömungen unterschieden:

- puristische Salafisten
- politische Salafisten
- dschihadistische Salafisten.

Puristische Salafisten gelten als apolitisch und ziehen die Reinigung des Glaubens wie islamischer Riten und Erziehung (tasfiyya sowie tarbiyya) als authentische Methode (manhaj) der al-salaf al-salih vor. Dabei stellen sie die politischen Verhältnisse des jeweiligen Landes nicht direkt in Frage und agieren nach dem bekannten Diktum von Nasir al-Din al-Albani: Die beste Politik sei, jegliche Politik aufzugeben. Die zweite Strömung, die der **politischen Salafisten**, setzt auf politische – parlamentarische wie außerparlamentarische – Methoden, während die **dschihadistischen Salafisten** bei der Ablehnung dessen, was neben Allah verehrt wird (kufr bit taghut), eine militante Lösung rechtfertigen. Dschihad-Salafisten sind aber von Dschihadisten zu unterscheiden (Einstellungs-Verhaltens-Ebene). Trotz Kritik argumentieren viele Wissenschaftler in etwa ähnlich, obgleich einige von Quietisten statt Puristen sprechen und auf Schnittmengen zwischen den drei Spielarten hinweisen. Wissenschaftler aus dem arabischen Raum sprechen von einer traditionellen bzw. konservativen oder (in Nordafrika) akademischen Schule des Salafismus, welche sich akademischen (Hadithwissenschaft), pädagogischen sowie missionarischen Zielen verschreibt und in deutlichen Worten von politischen Aktivitäten distanziert, sowie vom aktionistischen und dschihadistischen Salafismus (vgl. Mohammad Abu Rumman). Die aktionistischen Salafisten hielten es demgegenüber für notwendig, das Gebot des Gehorsams gegenüber dem Herrscher zu verwerfen und sich politisch, mit friedlichen Mitteln bis hin zur Teilnahme an Wahlen zu betätigen. Die Dschihadisten verwerfen ihrerseits das Verbot der Auflehnung „mit Wort und Schwert“.

Der Vergleich dieser beiden Klassifikationsschemata zeigt den arabischen Ursprung der etwas missglückten Dreiteilung des deutschen und europäischen Salafismus in puristische, politische und dschihadistische Strömungen. Hierzulande gibt es bspw. keinen politischen Salafismus. Die strategische Allianz deutscher Prediger mit ägyptischen Vertretern dieser Strömung während des „arabischen Frühlings“ rief im deutschen Milieu keine nennenswerte Reaktion hervor. Politische Parteien und Vereinigungen bzw. Verbände der Salafisten in der Bundesrepublik sind noch nicht bekannt. Als „Puristen“ können zugleich alle Salafisten gelten. Eine traditionelle Strömung, deren primäre Motivation ein Verlangen nach Gelehrsamkeit wäre, ist in einer relevanten Größe ebenfalls nicht auszumachen. Ist es aussagekräftig genug, die Spezifika „des“ deutschen Salafismus analog zur arabischen Welt hinsichtlich der Frage der Legitimität (un-)islamischer Herrscher zu bestimmen?

In einer der ersten Abhandlungen über den Salafismus in Deutschland problematisierte Klaus Hummel die Dreiteilung, indem er darauf hinwies, dass sie die „Feinanatomie“ des Salafismus erschwert und

zudem Gefahr läuft, dschihadistische Ideologie und dschihadistisches Gewalthandeln analytisch nicht zu unterscheiden. Zum ersten Mal sprach er vom salafistischen Mainstream als sozialer Mitmachbewegung in Deutschland, die sich unterschiedlicher Methoden bedient und seit dem Jahr 2002 ausbreitet. In dieser ersten, arabisch geprägten Phase salafistischer Expansion in Deutschland begannen Prediger arabischer Abstammung wie Hassan Dabbagh alias Abul Hussein und Mohamed Benhsain alias Abu Jamal ihre deutschlandweite Missionsarbeit im Internet (salaf.de, al-tamhid.net, fataawa.de) und auf Islamseminaren, wo größtenteils puristische Glaubensinhalte vermittelt wurden.

Seit Mitte der 2000er Jahre dauert die einheimisch-autochthone („deutsche“) Phase an, die verstärkt von in Deutschland geborenen bzw. aufgewachsenen Predigern mit Arabischkenntnissen und dem kulturellen Hintergrundwissen geprägt ist. Einer der prominentesten Vertreter der einheimischen Predigergeneration, Pierre Vogel, gründete in Kooperation mit Ibrahim Abou-Nagie die Gruppe „Die Wahre Religion“ (DWR, www.diewahrereligion.de), die zahlreiche da’wa-Videos im Internet und auf DVDs verbreitete. Die Thematik der Vorträge ist im Gegensatz zu radikaleren Internetauftritten auf das nicht muslimische Publikum zugeschnitten und kreist unter anderem um die Fragen nach dem Sinn des Lebens, des Vergleichs des Islam mit dem Christentum sowie der Konversion. Die rettende Rolle des Islam im Leben eines jeden Menschen steht im Vordergrund.

Ein Konflikt zwischen Vogel und Abou-Nagie im Jahr 2008, der erst im April 2011 beigelegt wurde, zeigte, dass Letzterer eine radikalere Sicht auf die Frage des takfir (die Praxis des Ungläubigerklärens) vertrat. Auf die Diffamierung „aller Präsidenten“, die nicht mit dem Koran regieren, als „kuffar“ (Ungläubige) reagierte Vogel mit Unverständnis und dem Hinweis, dass damit „die halbe Umma“ zu Ungläubigen erklärt werden kann. Der Streit drehte sich zugleich um die Legitimierung des bewaffneten Dschihad. Nina Wiedl klassifiziert Abou-Nagie und andere Prediger, die den revolutionären Dschihad gegen islamische Herrscher legitimieren, ohne dazu aufzurufen, als „radikale Salafisten“. Claudia Dantschke sprach mit Blick auf die Gruppe von „politisch-dschihadistischem Salafismus“ und später vom „politisch-missionarischen, Gewalt legitimierenden Salafismus“⁸. Auch eine Unterscheidung nach dem Kriterium „legalistisch“/„nicht-legalistisch“ ist denkbar.

Die darauf folgende Allianz Vogels mit dem Absolventen der Islamischen Universität von Medina, Muhamed Ciftci alias Abu Anas, im Rahmen des Da’wa-Projekts „Einladung zum Paradies“ (EPZ) ließ den Ersteren zum „Star“ der Szene werden. Zugleich zog der Aufstieg des salafistischen Populisten mit einem Hang zur Provokation („Marketing“) die Aufmerksamkeit der Behörden nach sich, da ihre größtenteils religiöse Argumentation im Sinne eines „negativen radikalen Flankeneffekts“ mit Extremismus gleichgesetzt wurde (Nina Wiedl). Die einsetzende Repression bewirkte indes zweierlei. Erstens wussten die „Stigma-Aktivistinnen“ (Klaus Hummel) den Verfolgungsdruck für ihre Anliegen zu nutzen und stimmten das Klagelied über die Verfolgung des Islam in Deutschland an. Zweitens trug das Vorgehen der Behörden zur Erosion der entstandenen Milieugrenzen bei, so dass eine Wiedervereinigung von Vogel und Abou-Nagie, dem Gesicht der umstrittenen, aber nicht unerfolgreichen „Lies!“-Kampagne, wieder möglich geworden ist. Ciftci ging demgegenüber auf Distanz zu Vogel, nachdem er im Mai 2011 ein Totengebet für Usama bin Laden angekündigt hatte.

Im Gegensatz zum salafistischen Mainstream ist der puristische Salafismus in Deutschland weniger sichtbar und wurde bspw. mit einem Netzwerk der Absolventen der Islamschule „Dar al-Hadith“ im Jemen (Dammadsch) in Verbindung gebracht. Die deutschen Puristen haben sich vor allem der Kritik am Mainstream-Aktivismus verpflichtet.

Eine andere Art des Aktivismus betreiben die deutschsprachigen Dschihad-Salafisten bzw. „Pop-Dschihadisten“ (Claudia Dantschke), die im Gegensatz zu „Radikalen“ oder Gewalt legitimierenden

⁸ Vgl. Claudia Dantschke: „Lasst Euch nicht radikalieren!“ – Salafismus in Deutschland, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.): Salafismus in Deutschland, Bielefeld 2014, S. 171-186.

Salafisten den Dschihad gegen „unislamische“ Herrscher und den Westen nicht nur legitimieren, sondern auch dazu aufrufen. Der grob vereinfachte Dschihaddiskurs des bekanntesten Ideologen Abu Mohammad al-Maqdisi spielte für die „prominenten“ Vertreter dieser Strömung, Mohamed Mahmoud alias Abu Usama al-Gharib (der „Fremde“) und Denis Cuspert alias Abu Talha al-Almani, eine größere Rolle als theologische Feinheiten. Dem wegen einer Drohung gegen Österreich und Deutschland abgeurteilten Gründer des deutschsprachigen Ablegers der „Globalen Islamischen Medienfront“ (GIMF), Mahmoud, gelang es nach seiner Haft in Österreich erneut, zu einem der Anführer des „Schreibtischdschihadismus“ aufzusteigen – im 2011 in Solingen gegründeten Netzwerk „Millatu Ibrahim“. Fielen Mahmoud und Cuspert zunächst vor allem durch ihren Verbalradikalismus und ihre propagandistische Überhöhung des militanten Kampfes „auf dem Weg Allahs“ auf, geriet der Verein nach gewaltsamen Auseinandersetzungen im Mai 2012 in Solingen und Bonn in die Schlagzeilen. Auf das Vereinsverbot vom Juni 2012 folgte die Flucht beider Protagonisten nach Ägypten und anschließend – über Libyen – nach Syrien, wo sie ihre Propagandaarbeit fortsetzten und sich von Schreibtischmudschaheddin zu IS-Dschihadisten mit Tötungserfahrung entwickelten. Dass al-Maqdisi den IS scharf kritisierte und sich von der Organisation distanzierte, spielte unterdessen keine Rolle mehr.

Die Beschaffenheit des islamistischen Milieus in Deutschland, seine wechselnden Allianzen und situationsbedingten – gewaltlosen oder gewalttätigen – Aktivismen legen es nahe, die Kategorie des Salafismus nicht über Gebühr zu strapazieren. Das Befürworten von Missionierung, Predigt und Gewaltanwendung etwa ist keine ausschließliche Domäne „des“ Salafismus. Daher ist es notwendig, das radikal-islamische Milieu genauer zu studieren und verhaltensorientierte Ansätze zu implementieren, um Gefahrenanalysen zu betreiben, ohne Radikalisierungsprozesse im salafistischen Mainstream zu befördern (siehe auch Radikalisierungsprozesse).

Lesetipps:

- Mohammad Abu Rumman: Ich bin Salafist, Bonn 2016.
- Werner Ende, Udo Steinbach (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, München 2005.
- Klaus Hummel/Michail Logvinov (Hrsg.): Gefährliche Nähe. Salafismus und Dschihadismus in Deutschland, Stuttgart 2014.
- Behnam T. Said/Hazim Fouad (Hrsg.): Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2014.
- Thorsten Gerald Schneiders (Hg.): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld 2014.
- Nina Wiedl: The Making of a German Salafiyya, Aarhus 2012.

Tablighi Jama'at – Das Modell vom islamistischen „Durchlauferhitzer“

Klaus Hummel

Die südindische Missionierungsbewegung Tablighi Jama'at wird oft mit den Zeugen Jehovas verglichen. Warum? Ethnozentrische Gründen liegen nahe, weil sich deren Aktivismus so leichter in eine europäische Vorstellungswelt einordnen lässt. Und tatsächlich sind es vor allem religiöse Laien, die an den Türen von Muslimen klingeln, um diese von einem islamkonformen Leben zu überzeugen. Darüber hinaus bemühen sich auch Jihadisten um eine Parallelziehung, wenn auch mit anderer Intention. Nach ihrer Auffassung drücken sich die Tablighis mit ihrer Missionierungstätigkeit um eine zentrale Glaubenspflicht - den militanten Dschihad. Eine genau gegenteilige Sorge machten sich die Sicherheitsbehörden Mitte der 2000er Jahre in Deutschland. Damals hatte die Tablighi Jama'at noch beste Chancen, als Radikalisierungspool und Durchlauferhitzer des globalen Jihad in die Lehrbücher über militanten Islam einzugehen.

Bis zum Jahr 2000 war es noch leicht möglich, ein Studium der Islamwissenschaft zu absolvieren ohne von der 1926 entstandenen südindischen „Missionierungsbewegung“ (Tablighi Jama'at, kurz TJ) gehört zu haben. Das dürfte sich längst geändert haben. Immerhin handelt es sich bei der TJ mit ihren auf 12 bis 15 Millionen geschätzten Anhängern um die vermutlich größte muslimische Bewegung weltweit. Ihr globaler Aktivismus brachte die frommen Männer auch nach Deutschland und im Jahr 2005 wurden in Hamburg sogar tausend Teilnehmer einer Kongregation gezählt, die ein Jahr später noch mal fast so viele Menschen nach Berlin zog. Nun verhält es sich so, dass muslimische Aktivitäten seit den Anschlägen vom 11. September 2001 insgesamt kritisch beäugt werden. Doch die exotisch gekleideten Männer – Frauen sind seltener und wenn, dann nur in islamkonformer Begleitung auf Predigertour – mit ihren weißen, wallenden Gewändern, hätten wohl in jedem Fall Aufsehen erregt. Umso mehr, weil die Bewegung wegen ihres geistigen Zentrums Deoband, zu dem der TJ-Gründer Muhammad Ilyas (1885-1944) enge Kontakte etablierte, als gefährlich galt.

Tablighi Jama'at als Durchlauferhitzer?

Wer einmal in der Nacht im indischen Deoband, nahe der Metropole Neu Delhi, ankommt, sieht sich in einer anderen Zeit. Vom Bahnhof empfiehlt sich die Fahrt mit einer Rikscha, die den Reisenden durch die engen, mit Kandelabern erleuchteten Gassen der Stadt bis zur islamischen Universität Dar al-Ulum (Haus der islamischen Wissenschaften) bringt. Dieser friedliche Eindruck kontrastiert mit der internationalen Berichterstattung. Immer wieder wurde hervorgehoben, dass von der Deoband-Schule auch die afghanischen Taliban beeinflusst seien. Von daher erstaunt es nicht, dass die TJ bei der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus schnell Thema wurde. Und tatsächlich gab es bei einer Reihe von Anschlägen und Anschlagversuchen in den USA und in Großbritannien TJ-Bezüge. Besonders nach dem 7. Juli 2005, als in London islamistisch-terroristische Anschläge verübt wurden. Von Selbstmordattentätern war die Rede, die zuvor das Hauptquartier der TJ in Großbritannien, einer Moschee in Dewsbury, frequentiert hätten. Selbst ein deutscher Innenpolitiker meinte deshalb in der TJ einen „Durchlauferhitzer“ ausgemacht zu haben. Und so war der Verfassungsschutz bemüht, Organisationsstrukturen zu identifizieren. Schnell war die Rede von einer Zentrale, einem islamischen Verein in Friedrichsdorf bei Frankfurt am Main sowie von lokalen, regionalen und überregionalen Netzwerken.

Missbrauchsthese: eine notwendige Korrektur

Das Interesse an der TJ war sicherheitspolitisch bedingt und flaute auch schnell wieder ab. Dennoch sind die Nachwehen bis heute spürbar. Das gilt besonders für die These, dass die TJ den islamistischen Terrorismus fördere. Noch im Jahr 2011 war sie Anlass für das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig sich eingehender mit dieser Frage zu beschäftigen. Grund war die geplante Ausweisung eines Anhängers der TJ, nachdem dieser durch das Verwaltungsgericht in München bereits ein Riegel vorgeschoben worden war. Die in Leipzig bestätigte Begründung aus Bayern, weshalb man ihn nicht ausweisen ließ, lautete, die Lehre der Tablighi Jama'at sei „auf Gewaltlosigkeit ausgerichtet und ein Missbrauch ihrer Strukturen bedeute nicht, dass sie den Terrorismus unterstütze.“ Es ist bemerkenswert, dass es eines Richterspruches bedarf, um auf einen Unterschied hinzuweisen, der meist zu wenig Berücksichtigung findet: Zwischen der Gefahr, die angeblich von einer religiösen Gemeinschaft oder Bewegung ausgeht und der Gefahr, dass eine religiöse Gemeinschaft „missbraucht“ wird. Letzteres lässt sich auch in die Worte von Dietrich Reetz kleiden, dem in Deutschland wohl profundesten Kenner der TJ. Er spricht in Bezug auf TJ-Strukturen von der Möglichkeit jihadistischer „Trittbrettfahrerei“ und moniert zugleich das mangelnde Verständnis für eine Bewegung, der sich anzuschließen es so viele Gründe gäbe wie Anhänger.

Gefährliche Nähe

Die These vom Durchlauferhitzer hat sich bis heute gehalten. Das lässt sich derzeit gut an der Salafibewegung studieren, die in gewisser Weise das Erbe der TJ angetreten hat. Denn während von der TJ seit mehr als fünf Jahren kaum mehr die Rede ist, mehren sich die journalistisch und akademisch gekleideten Kommentare, die im Salafismus den Nährboden oder Durchlauferhitzer des Jihadismus ausgemacht haben wollen (siehe auch Salafismus in Deutschland). Dabei mangelt es im Hinblick auf die Salafibewegung ähnlich wie bei der TJ an fundierten Untersuchungen darüber, welche bewegungstypischen Besonderheiten, Mechanismen und Dynamiken diese Bewegungen möglicherweise anfällig machen für jihadistische Mobilisierung oder nutznießende Auflagerung. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, auf den algerischen Schriftsteller Boualem Sensal („Allahs Narren“) zu verweisen, der in islamistischen Gruppen kein isoliertes Phänomen sehen will. Er spricht von einem „Nebelgewölk“ des Islamismus, in dem es schwer sei, Strukturen oder das Zusammenspiel der zahlreichen islamistischen Organisationen zu erkennen. Bedenkt man, dass temporäres Mitmachen, fließende Übergänge oder multiple Identitäten organisatorische oder ideologische Eindeutigkeiten unwahrscheinlich machen, könnte Informalität ein guter Ausgangspunkt sein, um die „gefährliche Nähe“ zwischen verschiedenen islamischen aktiven Gruppen besser zu verstehen – aber auch, um „Mitgliedschaften“ in der Jihadibewegung vorzubeugen.

Lesetipps:

- Dietrich Reetz, Islamische Missionsbewegungen in Europa, auf der Konferenz „Islam in Europa“, Wien 2007: <https://www.zmo.de/Dietrich/Islamische%20Mission%20in%20Europa.pdf> (aufgerufen am 10. September 2015).
- Klaus Hummel, Das informelle islamische Milieu: Blackbox der Radikalisierungsforschung, in: Hummel/Logvinov, Gefährliche Nähe. Salafismus und Jihadismus in Deutschland, Stuttgart 2014.

„Die Wahre Religion“ und „Einladung zum Paradies“

Dr. Peter Wichmann

Der Name „Die Wahre Religion“ entstand 2005 als Internetplattform, aus der sich zugleich eine Gruppe von Salafisten formierte (siehe auch Salafismus in Deutschland), die über Medienarbeit das Ziel verfolgt, die „reine Botschaft“ des Islam zu verbreiten.

Ihrem Selbstverständnis zufolge ist es ihre zentrale Aufgabe, im Sinne des Islam zu missionieren (dawa: wörtlich übersetzt Einladung), um die Menschen bzw. die „Ungläubigen“ zum Islam zu führen und das „Bild der Muslime sowie des Islams in Deutschland zu verbessern“. Einer ihrer prominentesten Vertreter ist der Bonner Pierre Vogel (Abu Hamza), der mit öffentlichen Kundgebungen, u.a. mit einem geplanten öffentlichen Totengebete für Osama bin Laden, seit Jahren die Aufmerksamkeit der medialen Öffentlichkeit erweckt. Er unterhält zahlreiche Kontakte in die salafistische Szene im Rheinland und darüber hinaus. Beispielsweise war Arid Uka (Abu Reyyan), der am 2. März 2011 am Frankfurter Flughafen zwei US-amerikanische Soldaten tötete, mit Vogel über Facebook verbunden.

Vogel war zwischenzeitlich das Aushängeschild der Gruppe „Einladung zum Paradies“ (EZP), die ihrerseits 2006 gegründet wurde und bis zu ihrer Selbstaflösung 2011 ähnlich wie die DWR eine mediale Missionierungsarbeit betrieb sowie fundamentalistische Islamseminare und öffentliche Vorträge veranstaltete. Muhamed Seyfudin Ciftci (Abu Anas) war die Führungsfigur der Gruppe EZP, der zugleich eine Islamschule in Braunschweig unterhielt. Nach seinem Rücktritt wurde Sven Lau (Abu Adam) Vorsitzender, der seinerseits ein enger Weggefährte Vogels ist und sich nach der Selbstaflösung der EZP der Gruppe DWR anschloss. Im Herbst 2014 erzeugte er mit der „Scharia-Polizei“ öffentliche Aufmerksamkeit, als er und andere Salafisten durch verschiedene Innenstädte patrouillierten, wo sie junge Menschen ansprachen, um diese für den Islam zu gewinnen (siehe auch Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im deutschsprachigen Salafismus). Was den bewaffneten Dihad betrifft, so geben sich die Vertreter der DWR in öffentlichen Äußerungen zurückhaltend bis ausweichend.

Aus der Köln-Bonner Salafistenszene gingen auch Gewalttäter hervor, die beispielsweise bei Kundgebungen in Bonn und in Solingen im Frühjahr 2012 eine Konfrontationsstrategie gegenüber der Staatsgewalt verfolgten, durch welche Polizeibeamte schwer verletzt und erhebliche Sachschäden an Polizeifahrzeugen verursacht wurden. Bei der Kundgebung in Bonn waren bekannte Personen aus dem salafistischen Spektrum sowie Vertreter des Rates der Muslime der Stadt Bonn anwesend. Zu den Vertretern des Integrationsrates der Stadt Bonn gehörte Moussa Achaki von der Partei Bündnis für Integration und Gerechtigkeit (BIG), der an der Seite des Bonner Salafisten Ibrahim Belkaid (Abu Abdallah) auftrat. Abdallah bringt seine antisemitische Gesinnung in Videoansprachen mit Äußerungen wie „verfluchte Juden“ unverhohlen zum Ausdruck (siehe auch Antisemitismus im Islamismus) und in seiner Rede auf der Kundgebung warnte er vor einem drohenden „Übel“ in Deutschland sowie für Deutsche im Ausland. Kurze Zeit später griffen Salafisten die Staatsgewalt an. Ebenso anwesend war der Dihadist Reda Seyam sowie der ehemalige Linksterrorist Bernhard Falk (Muntasir bi-llah). Letztgenannter war in den 1990er Jahren Mitglied der linksterroristischen Gruppierung Antiiperialistische Zellen (AIZ) und konvertierte anschließend zum Islam. Seit seiner vorzeitigen Haftentlassung betreibt er Gefangenenhilfe für inhaftierte Islamisten und verbreitet über das Internet islamistische Ansprachen. Außerdem war auch Denis Cuspert an den gewalttätigen Angriffen auf die Polizei beteiligt, bei dem durch polizeiliche Durchsuchungen im Juni 2012 eine Sprengstoffweste sichergestellt werden konnte. Inzwischen hat er sich dem „Islamischen Staat“ (IS) angeschlossen und nennt sich Abu Talha al-Almani (zuvor Abu Maleeq, siehe auch Von „Deso Dogg“ zu „Abu Talha al-Almani“: Die dschihadistische Karriere von Denis Cuspert).

Auf ihrer Homepage (www.diewahrereligion.de), die zugleich mit verschiedenen Blogs verlinkt ist, verbreitet die Gruppe zahlreiche Videos zu islamischen Grundfragen von verschiedenen Predigern sowie Ansprachen von Pierre Vogel, die sich oftmals auf aktuelle Entwicklungen beziehen und die Muslime in Deutschland ansprechen sollen. Ihre Videos verbreitet die Gruppe zudem auf populären Internetportalen. Vogel bedient sich hierbei einer Verschwörungsrhetorik, wonach die Medien den Islam und die islamischen Prediger in Deutschland „entstellen“ würden. Eine solche Rhetorik ist kennzeichnend für die salafistische Bewegung, insbesondere hat Verschwörungsdenken einen hohen argumentativen Stellenwert in djihadistischen Kreisen. Es wird hierbei suggeriert, als wären der (wahre) Islam und die Muslime in Deutschland einer ununterbrochenen Verfolgung ausgesetzt. Auffallend ist zudem die sehr einfache Sprache, um Grundfragen des Lebens aus islamischer Sicht zu „erklären“. Unter Rückgriff auf den Koran erklärt ein anderer Prediger, dass Andersgläubige bzw. „Ungläubige“ als „Vieh“ zu betrachten sind, weil sie ausschließlich konsumorientiert seien. Ihre Homepage stellt darüber hinaus verschiedene Dokumente zur Verfügung, die von Gebetsanweisungen über Antworten auf islamische Grundfragen bis hin zu den islamischen Quellen reichen. Auffallend sind ihre christophoben Texte, in denen die Bibel als Wort Gottes in Frage gestellt und zugleich abgewertet wird.

Neben ihrer medialen Missionierungsarbeit veranstaltet die DWR verschiedene fundamentalistisch orientierte Islamseminare, in denen vor allem junge Muslime, insbesondere Konvertiten, ein „tieferes“ Verständnis über den Islam vermittelt bekommen sollen, um ein Leben nach den Vorgaben des Islam praktizieren zu können. In der Vergangenheit stellten salafistische Islamseminare dieser Art einen wichtigen Baustein für die Radikalisierung und Rekrutierung für den bewaffneten Dihad dar. So zum Beispiel bei den Mitgliedern der Sauerland-Gruppe, die durch solche Seminare radikalisiert wurden. Letztlich fanden sie durch Personen aus dem Umfeld salafistischer Seminare den Weg in den bewaffneten Dihad. Wenige Monate nach ihrer Teilnahme von Islamseminaren erhielten sie Zugang zu einem terroristischen Ausbildungslager der Islamischen Jihad Union (IJU) in Pakistan.

Eine breite öffentliche Aufmerksamkeit erzielte die DWR durch ihre Konranverteilungsaktion „Lies!“ in den Fußgängerzonen deutscher Innenstädte, an der sich seit 2011 bekannte Salafisten wie Reda Seyam beteiligen und die durch den Kölner mit palästinensischer Herkunft Ibrahim Abou-Nagie organisiert wird. Abou-Nagie wurde quasi zum Gesicht der Aktion „Lies!“ und ist Mitbegründer der DWR. Er gewann vor allem an Bekanntheit durch seine Äußerung vor Koranschülern, als er davon sprach, dass Ungläubige wie Christen in die Hölle kämen, sofern sie nicht zum Islam konvertieren. Ein weiterer Vertreter der Aktion „Lies!“ war Sabri Ben Abda, der durch verschiedene provokative Auftritte gegenüber Journalisten öffentliche Aufmerksamkeit erhielt und in einem Video Journalisten unverhohlen mit der Veröffentlichung ihrer vollständigen Adressdaten drohte. Abou-Nagie stand zudem in Kontakt zur inzwischen verbotenen Organisation Millatu Ibrahim (Gemeinschaft Abrahams). Er trat an der Seite von Mohamad Mahmoud auf einer Veranstaltung auf, der seinerseits gegenüber einem TV-Magazin Osama bin Laden als Helden bezeichnete, die djihadistische Medienplattform Globale Islamische Medienfront (GIMF) gründete sowie als Kopf der Millatu Ibrahim galt. Inzwischen hat er unter dem Namen Abu Usama eine exponierte Stellung beim IS. Zum Umfeld der DWR gehörte auch die Frankfurter Organisation DawaFFM, die neben den Gruppierungen An-Nussrah und Islamische Audios im März 2013 durch den Bundesminister des Innern verboten wurde. Aus dem salafistischen Umfeld der DWR rekrutierten sich in den letzten Jahren vermehrt Dihadisten für den IS in Syrien.

Lesetipp:

- Bundesamt für Verfassungsschutz und Landesbehörden für Verfassungsschutz (Hrsg.), Salafistische Bestrebungen in Deutschland, Köln 2012.

(De-)Radikalisierung

Motive, Radikalisierungsprozesse, Jugendbewegung, Präventionsarbeit

In den folgenden Texten geht es in erster Linie um Radikalisierungsprozesse von Islamisten in Deutschland. Die Motive einer Radikalisierung können politischer, religiöser, soziologischer oder auch psychologischer Art sein, meist vermischen sich mehrere Formen, die Forschung hierzu ist in vollem Gange. Die derzeit am schnellsten wachsende Strömung in Deutschland mit mittlerweile etwa 8600 Anhängern ist der Salafismus. Mehr als 800 Personen sind dem Verfassungsschutz zufolge bisher in das Gebiet des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) ausgereist, die Zahl der Rückkehrer steigt ebenfalls an.

Wie kommt es, dass jemand aus Deutschland nach Syrien reist, um sich dort dem IS anzuschließen? Warum ist der Salafismus gerade für Jugendliche und junge Erwachsene so interessant und attraktiv? Welche Mittel werden gezielt zur Rekrutierung in der deutschen Öffentlichkeit und in deutschsprachigen Medien eingesetzt?

Ebenso sollen hier Präventionsansätze vorgestellt werden: Welche Ansätze werden in Deutschland verfolgt, um Radikalisierung vorzubeugen? Wie genau arbeiten hier die verschiedenen Akteure wie etwa Schulen, Sicherheitsbehörden, Beratungsstellen und Moscheegemeinden? Welche weiteren Ansätze sind denkbar und empfehlenswert? Wie wird außerdem mit Rückkehrern aus dem selbst ernannten Kalifat des IS umgegangen?

Fragen dieser Art beschäftigen zur Zeit den deutschen Staat und die Zivilgesellschaft besonders intensiv – und so auch uns hier.

Am 27. April 2016 führte das Team Religions-, Integrations- und Familienpolitik der Hauptabteilung Politik und Beratung in Berlin ein Expertengespräch zum Thema „Islamismus in Deutschland: Präventions- und Deradikalisierungsstrategien“ durch. Zu Gast war auch der ehemalige Islamist Irfan Peci, der über seine eigene Radikalisierung und Deradikalisierung sprach. Der Bericht und ein Interview mit Peci sind online verfügbar.

Islamismusprävention aus Sicht der Sicherheitsbehörden

Hazim Fouad

Wie in vielen sicherheitspolitischen Phänomenen reichen auch im Bereich Islamismus rein repressive Mittel nicht aus, um dem Phänomen Herr zu werden. Es bedarf daher auch hier präventiver Maßnahmen. Begreift man die wachsende Attraktivität islamistischer Einstellungen in Deutschland als gesamtgesellschaftliches Problem, so wird schnell deutlich, dass diese Präventionsarbeit in diesem Bereich nicht allein durch die Sicherheitsbehörden bewerkstelligt werden kann. Der folgende Aufsatz soll beleuchten, in welchen Teilen der Islamismusprävention die Sicherheitsbehörden aktiv sind und an welcher Stelle andere Akteure aus Behörden und Zivilgesellschaft gefragt sind.

Islamismusprävention verfolgt das Ziel, Radikalisierungsprozesse zu verhindern, aufzuhalten oder rückgängig zu machen. Radikalisierung muss nicht zwingend zu Gewaltbereitschaft führen und verläuft selten mit einem klar definierten Start- und Endpunkt. Fragen der (sozialen und/oder ökonomischen) Ausgrenzung, Diskriminierung und vor allem der Identitätsfindung spielen neben der Ideologie eine maßgebliche Rolle in diesem Prozess. Unter Radikalisierung wird der soziale und psychologische Prozess der zunehmenden Hinwendung von Personen oder Gruppen zu einer politisch oder religiös extremistischen, also den demokratischen Prinzipien widerlaufende Denk- und Handlungsweise verstanden (siehe auch Radikalisierungsprozesse).

Im Kontext extremistischer Radikalisierung wird zwischen primärer, sekundärer und tertiärer Prävention unterschieden.

Primäre Präventionsarbeit umfasst Maßnahmen, wie z.B. demokratiefördernde und interkulturelle Projekte/Workshops, die zu einer eigenständigen Urteilsbildung beitragen und über extremistische Ideologien aufklären. Dabei steht keine bestimmte Zielgruppe im Fokus. Dementsprechend breit ist das Feld von Initiativen im Bereich der Jugend- und Kulturarbeit angesiedelt. Sie sollen unmittelbar Kompetenzen stärken und fördern wie etwa die Fähigkeit, Konflikte und komplexe Probleme rational und emotional zu bewältigen.

Sekundäre auch selektive Prävention genannt, richtet sich an Personen, die bereits bestimmte Risikofaktoren einer Radikalisierung aufweisen (z.B. gesellschaftliche Entfremdungserscheinungen sowie ein Interesse an Personen und Literatur, die extremistische Einstellungen und Haltungen vertreten). Darüber hinaus kann zwischen direkter und indirekter sekundärer Prävention unterschieden werden. Bei direkten Maßnahmen wird mit den Betroffenen zusammengearbeitet, die indirekte Prävention richtet sich hingegen an sogenannte Multiplikatoren (Lehrer, Sozialarbeiter, Verwandte), die dann die direkte Prävention durchführen. Der Verein ufuq.de bietet beispielsweise entsprechende Multiplikatorenfortbildungen und Workshops an Schulen an.

Somit ist auch die Angehörigenberatung eine Art der indirekten Sekundärprävention. Unterstützung können Angehörige bspw. über die Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge erhalten, die Hilfesuchende an entsprechende Experten weitervermittelt.

Die tertiäre oder auch indizierte Prävention umfasst Maßnahmen, die sich an bereits radikalisierte Einzelpersonen richten. Daher wird in diesem Fall häufig von Deradikalisierungsmaßnahmen gesprochen. Dazu gehören direkte Ansprachen und Maßnahmen, die den Ausstieg aus der entsprechenden Szene unterstützen sollen, wie die Hilfe bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, dem Umgang mit Behörden, der Vermittlung von Ausbildungsmöglichkeiten und bei Bedarf die Unterstützung bei einem Wohnortwechsel.

Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder sind vor allem in den ersten beiden Bereichen der Prävention aktiv. So gibt es in fast allen Bundesländern Fortbildungsveranstaltungen im Bereich Islamismus für Mitarbeiter der Polizei, des Justizvollzugs, der Bundeswehr und kommunaler Behörden, aber auch für Lehrer und Sozialpädagogen. Daneben bringen sie ihre Expertise auch in die länderbezogenen Präventionsnetzwerke ein, wie sie z.B. in Hamburg oder Hessen existieren, wo sie allerdings ein Akteur unter vielen sind. Denn Maßnahmen, welche die Ressorts für Soziales, Bildung oder Justiz betreffen, sind in erster Linie durch die dortige Zuständigkeit zu klären. Ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes kann Gefängniswärter über Salafismus, verfassungsfeindliche Symbole und mögliche Anzeichen einer Radikalisierung aufklären, doch die alltägliche Arbeit mit extremistischen oder Extremismus gefährdeten Gefangenen obliegt dann den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Haftanstalten. Auch muslimische Gefängnisseelsorge kann nur durch entsprechend religiös und pädagogisch geschultes Personal, etwa Imamen, geleistet werden.

Ähnlich gestaltet es sich im Feld Schule: Schulleitungen und Lehrpersonal können Hintergrundinformationen über Formen des Extremismus und Radikalisierungsprozesse auch durch die Sicherheitsbehörden erhalten. Wenn es allerdings darum geht, den Lehrerinnen und Lehrern pädagogische Handlungsanweisungen an die Hand zu geben, sind Akteure gefragt, welche über die nötige Qualifikation und Expertise hierüber verfügen, so wie z.B. in Bremen die Beratungsstelle kitab. Noch sensibler ist die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern bzw. Jugendlichen direkt. Hier besteht die große Gefahr eine bestimmte Zielgruppe zu kriminalisieren und dadurch genau das Gegenteil von dem, was zunächst intendiert war, zu erreichen, nämlich die Aufklärung über die Gefahren des Extremismus. Wenn ein Jugendlicher nach der Schule nach Hause kommt und berichtet, die Polizei sei da gewesen und habe etwas über „den Islam“ – und nicht über Islamismus – erzählt, dann ist vermutlich etwas schiefgelaufen. Werden doch damit unter Umständen Befürchtungen von Muslimen – gleich ob sie nun besonders religiös sind oder nicht – bestätigt: Dass nämlich der Islam immer mit Problemen, Gewalt oder Terrorismus in Verbindung gebracht würde und damit eine Sache für die Polizei sei. Eine gelungene Präventionsarbeit an Schulen setzt interkulturell kompetente und für religiöse und migrationsspezifische Besonderheiten sensible Personen voraus, die zudem mit entsprechenden migrantischen und muslimischen Akteuren vor Ort vernetzt sind. Pädagogisches Geschick sowie ein Gespür für die Lebenswelten und Bedürfnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind hier der Schlüssel zum Erfolg (siehe auch Salafismus als Jugendbewegung).

Ähnliches gilt für Beratungsangebote. Diese sollten möglichst niedrigschwellig angelegt sein und ihre Berater müssen als unabhängige Vertrauenspersonen anerkannt werden. Staatliche Anlaufstellen, insbesondere im Bereich der Sicherheitsbehörden, sind hierfür weniger gut geeignet, da viele Angehörige Vorbehalte haben, Jugendliche beim Staat „anzuschwärzen“. Vielmehr ist auf Akteure der Zivilgesellschaft zurückzugreifen, welche zum einen über die notwendige Erfahrung in dem Themengebiet sozialer Arbeit verfügen und gleichzeitig mit allen relevanten Akteuren auf lokaler Ebene vernetzt sind.

Diese Vernetzung kann und sollte auch die Sicherheitsbehörden umfassen. Das bedeutet keinesfalls, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen ihnen vollumfänglich über alle Fälle berichten. Denn das wäre in doppelter Hinsicht kontraproduktiv. Zum einen wäre damit das Vertrauensverhältnis zu den Rat suchenden Personen schnell nachhaltig beschädigt, zum anderen wären die meisten aus der Beratungsarbeit stammenden Informationen aus sicherheitsbehördlicher Sicht irrelevant. Es bedarf vielmehr eines durch die lokale Politik klar definierten gesetzlichen Rahmens, wann welche sicherheitsrelevanten Informationen übermittelt werden. Eine klare Aufgabenteilung, die eine sinnvolle Schnittmenge enthält, in der Kooperation stattfinden kann, verspricht den meisten Erfolg. Wenn eine nach außen gezeigte plötzliche Religiosität eines/r Jugendlichen zu innerfamiliären Konflikten führt, ist dies zunächst kein Fall für die Sicherheitsbehörden. Fallen jedoch Erkenntnisse darüber an, dass der/die Jugendliche den Gedanken hegt, nach Syrien oder in den Irak auszureisen, ist ein regelmäßiger

Informationsaustausch zwischen Beratungsstelle und Sicherheitsbehörde unerlässlich, um diese Ausreise möglichst zu verhindern.

Lesetipps:

- André Taubert/Hazim Fouad, Salafismusprävention zwischen Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Trägern, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Salafismus in Deutschland, Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld 2014, S. 403-413.
- Claudia Dantschke, „Da habe ich etwas gesehen, was mir einen Sinn gibt.“ Was macht Salafismus attraktiv und wie kann man diesem entgegenwirken?, in: Behnam T. Said/Hazim Fouad (Hrsg.), Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, Freiburg 2014, S. 474-502.
- Götz Nordbruch, Überblick zu Präventionsprogrammen im Kontext »islamischer Extremismus« im europäischen Ausland, Deutsches Jugendinstitut, 2013:
http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/1072_16376_Praeventionsprogramme_im_Kontext_islamischer_Extremismus_im_europaeischen_Ausland.pdf.

Motive von Ausreisenden nach Syrien

Dr. Michail Logvinov

Trotz der verhältnismäßig hohen Zahl an deutschen Dschihadwilligen – Mitte 2015 war von mehr als 700 Personen verschiedenen Alters die Rede – war lange Zeit über die Motive der Syrienausreisenden nur wenig bekannt. In den Jahren 2014/15 erschienen erste sicherheitsbehördliche Auswertungen, die auf breiter empirischer Datenbasis der Frage nachgingen, was den genannten Personenkreis zum Auswandern in „die Gebiete des Dschihad“ bewegte.

Eine durch das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt und das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus vorgenommene Auswertung führt aus: „Für mehr als die Hälfte aller Ausgereisten (196 Personen) wird eine islamistisch-jihadistische Ausreisemotivation konstatiert, 70 Personen sollen (auch) aus „humanitären“ Gründen in Richtung Syrien gereist sein. Bei Personen, die in Syrien oder im Libanon geboren sind, liegt der Anteil derer, die aus „humanitären“ Gründen in Richtung Syrien ausgereist sind, deutlich höher. 42 Ausgereiste (11%) haben die Absicht geäußert, selbst an Kampfhandlungen („Jihad“) teilnehmen zu wollen. Für 43 Ausgereiste (11%) wird dies verneint. Bei den übrigen Ausgereisten liegen den Sicherheitsbehörden hierzu keine Erkenntnisse vor.“⁹

Es wurden einige Motive identifiziert, die auch in der Radikalisierungsforschung Erwähnung finden. Daniela Pisoiu nennt bspw. die idealistische Motivation – aus humanitären Gründen oder durch einen politischen Utopismus motiviert – sowie die materialistische Motivation einiger Kämpfer, welche durch einen gemeinsamen „Lifestyle“ und weniger durch Politik bzw. Religion motiviert seien. Sie identifiziert zudem einen neuen Dschihadistentyp – den „Jihadi hipster“.¹⁰

Bezugsgruppen und Motivationen

Am besten lassen sich mögliche Ausreisemotive unter Anwendung der Bezugsgruppentheorie ausleuchten. Denn eindimensionale Darstellungen hinken: Es spielen nämlich ganze Motivbündel eine Rolle – „humanitäre“ Einsätze sind bei der dschihadistischen Motivation genauso möglich wie die Verzahnung der subkulturellen Begründung mit politischer sowie religiöser Interpretation (siehe auch Radikalisierungsprozesse). Der Syrienkonflikt bietet für all die motivationalen Bestandteile einen fruchtbaren Boden.

Die Motivlagen und Überzeugungen der Ausreisenden weisen somit viele Ebenen auf. Mit Blick auf positive Bezugsgruppen – die „angegriffene Umma“ – kommen solche Motive zum Tragen, wie etwa der Wunsch, den angegriffenen Glaubensbrüdern zum Sieg und bspw. dem IS zur „Unabhängigkeit“ zu verhelfen und ihn zu verteidigen. Materielle Gratifikationen für sich und die eigene Familie sind angesichts bescheidener „Löhne“ eher zweitrangig, aber nicht ganz von der Hand zu weisen. Auch persönliche Motive wie Eitelkeit, „Ehre und Ruhm“ sind von Bedeutung. Das Ausleben der bis dahin unterdrückten bzw. tabuisierten Sexualität – sei es durch eine islamische Heirat mit einer Muslima, sei es mit einer versklavten Jesidin oder Christin – stellt ebenfalls eine der Verheißungen des Dschihad dar. Auch für junge Musliminnen erscheint die Aussicht, Frau eines „heldenhaften Verteidigers der Umma“

⁹ „Analyse der den deutschen Sicherheitsbehörden vorliegenden Informationen über die Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien ausgereist sind“, unter: http://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/14-12-11_12/anlage-analyse.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (1.12.2014).

¹⁰ Daniela Pisoiu: Subculture: The third wave of European jihad, unter: <http://journals.sfu.ca/jd/index.php/jd/article/view/15/15> (Frühling 2015).

zu werden, nicht unattraktiv. Nicht minder relevant ist auch die Möglichkeit, den „wahren Islam“ zu leben und ein „guter Muslim“ zu sein. Da der IS im Gegensatz zu den Taliban nicht nur Kämpfer, sondern auch Lehrer, Ärzte und Ingenieure braucht, ist die Einsatzpalette für Syrienausreisende erheblich breiter.

Hinsichtlich der negativen Bezugsgruppe stellen Rache, Hass, politisch, religiös und/oder ideologisch konnotierte Ziele weitere Motivationen dar. Ressentiments als Folge der Interaktionen zwischen den angehenden Dschihadisten und der negativen Zielgruppe sind ebenfalls nicht zu unterschätzen.

Obwohl die Religion für die eigentlichen Anführer des IS eher zweitrangig sein dürfte, kommt dem religiösen Vokabular als Mobilisierungswerkzeug eine schwer zu überschätzende Bedeutung zu. Dabei vereint der dschihadistische Diskurs Kosmologie, Geschichte und Eschatologie. Dschihadisten wännen sich in einem Endkampf zwischen Gut und Böse respektive Glauben und Unglauben, der laut einem überlieferten Ausspruch des Propheten im „Schara“ stattfinden soll. Mohammed prophezeite folgenden Ablauf: Den in Al-Amaq oder Dabiq eintreffenden „Römern“ würde ein Heer aus Medina, „bestehend aus den besten Leuten der Erde“, die Stirn bieten. Ein glorreiches, weder geflüchtetes noch getötetes, Drittel der islamischen Armee würde den Krieg für sich entscheiden und Konstantinopel erobern. Im anschließenden Endkampf würde nach einem Gebetsruf der Kämpfer 'Isa ibn Maryam (Jesus, Sohn der Maria) herabsteigen und ihr Gebet anführen. Durch die Hand Jesu würde Allah seinen Widersacher schließlich töten.

Antimodernismus und Antiwesternismus werden somit als religiöser Kampf dramatisiert, wodurch neue Elemente hinzukommen: persönliche Belohnung im Jenseits, Vehikel einer gesellschaftlichen Mobilisierung, moralisches Überlegenheitsgefühl, Rechtfertigung für Gewaltanwendung und eine allumfassende Weltanschauung (vgl. den Begriff der Monoperzeptose). Last, but not least: Platz in der vordersten Reihe eines kosmischen Spektakels.

Rückkehrer und Gefahrenlage

Stellen die Syrienrückkehrer vor diesem Hintergrund eine Gefahr für die deutsche Sicherheit dar? Angesichts der Gewaltaufrufe gegen die Bundesrepublik durch den IS ist die Gefahr nicht zu unterschätzen. Sie geht jedoch nicht zwingend von „den“ Syrienrückkehrern aus. Weitere Differenzierungen sind angebracht. Die Mehrheit von ihnen hatte nämlich (ursprünglich) nicht vor, gegen den Westen zu kämpfen. Ihr Ziel war, sich für den IS bzw. für die „bedrohte Umma“ einzusetzen. Der Westen ist dennoch im Fadenkreuz. Sollte sich das Feindbild Deutschland im dschihadistischen Diskurs fest etablieren, ist eine Spiegelung des Konflikts im Bundesgebiet wahrscheinlich. Der mögliche Einfluss der überzeugten „Veteranen“ auf die Dschihadbegeisterten stellt eine weitere Gefahrenquelle für die deutsche Sicherheit dar. Nichtsdestotrotz ist zu bedenken: Während bereits die Frage konkreter Gewaltanwendung in „besetzten Gebieten“ in der Regel Dschihadisten von ihrem salafistischen Umfeld separiert, werden die ideologischen Differenzen noch größer, wenn es sich um die Anschläge in Europa handelt (1). Das Umfeld der Sauerland-Gruppe wie die Terrorzelle selbst sind dafür ein aussagekräftiges Beispiel.

Die Syrienausreisenden haben also in der Regel nicht im Sinn, einen Krieg gegen den Westen vom Zaun zu brechen. Sie sind weniger „Terroristen“ als „Freiheitskämpfer“, zumindest von ihrer Warte aus. Der Umgang mit Rückkehrern verlangt daher viel Fingerspitzengefühl. Denn auf der einen Seite besteht eine Gefahr der Anschlagplanung und/oder Beeinflussung bzw. Inspiration der hiesigen Szenen durch Rückkehrer. Auf der anderen Seite ist die Gefahr einer radikalisierenden Wirkung der strafrechtlichen Verfolgung ebenfalls vorhanden. Inhaftierten und/oder stigmatisierten Syrienrückkehrern sind daher Alternativen zur Radikalisierung anzubieten (siehe auch Radikalisierungsprozesse und der Umgang mit Rückkehrern aus Syrien).

Lesetipp:

- Thomas Hegghammer, Should I Stay or Should I Go? Explaining Variation in Western Jihadists' Choice between Domestic and Foreign Fighting, American Political Science Review, Vol.107/ 01, Februar 2013, S. 1-15.

Radikalisierungsprozesse

Dr. Michail Logvinov

Radikalisierungsprozesse – verstanden als Veränderung auf der Einstellungs- und Verhaltensebene, die zur Rechtfertigung und Ausübung politisch motivierter Gewalt führen –, sind nach wie vor wenig erforscht. In vielen Fällen sind die Bestrebungen einiger Experten unübersehbar, schlechte Ereignisse mit schlechten Ursachen zu erklären – ein Trend, der bereits zu RAF-Zeiten von Soziologen wie Susanne Karstedt-Henke scharf kritisiert wurde. Jene personellen Risikofaktoren, welche als „schlechte Ursachen“ zu Radikalisierungsindikatoren erklärt werden, sind so unspezifisch, dass sie gleichzeitig für Kriminalität, dissoziales Verhalten, Drogenabhängigkeit und psychische Störungen ursächlich sein können. Um soziale Dynamiken erfassen zu können, bietet sich ein multikausales Modell des „eingebetteten Individuums“ an: Im Mittelpunkt steht dabei eine Person mit einem für sie zugänglichen sozialen Erfahrungshorizont und Kapital (Mikroebene), das vor dem Hintergrund seiner Zugehörigkeit zu kollektiven Sinnlieferanten (Metaebene) die sich ihm nicht unmittelbar erschließenden makrostrukturellen, politischen, sozialen und weltanschaulichen Problemlagen interpretiert und in Handlungsmaximen übersetzt.

Wider die Pathologisierung – Die Mikroebene der Radikalisierung

Die in der Terrorismusforschung oft zu Radikalisierungsindikatoren erklärten soziobiographischen und persönlichkeitspsychologischen Gegebenheiten als Ressource für politisches Handeln sind lediglich beeinflussbare Ermöglichungsfaktoren. Sie sind wie Sprengstoff, welcher nicht scharf ist, solange es keinen Zünder gibt. Da jedoch soziobiographische Belastungen Bindungen an die Instanzen der informellen Sozialkontrolle schwächen können, besteht ein Risiko der Annäherung an delinquente gleichaltrige Gruppen als Sozialisationsinstanzen. Vor allem im Jugendalter, in dem nach Erik Erikson die Überidentifikation mit Cliquen und Intoleranz die notwendige Abwehr gegen ein Gefühl der Identitätsdiffusion darstellen, ist die Eingliederung in eine delinquente Umgebung und die Übernahme ihrer Werte am wahrscheinlichsten. Die Sozialökologie (Kontakte in der Schule, am Ausbildungsplatz, im Wohnviertel, in Haft usw.) und mediales Verhalten beeinflussen dabei die Annäherung an delinquente Peers. Im späten Jugendalter gilt eher das Prinzip „gleich und gleich gesellt sich gern“.

Um bei der „explosiven“ Metapher zu bleiben: Eine Zündschnur ist potentiell bei jedem Jugendlichen, Heranwachsenden und jungen Erwachsenen vorhanden. Nur ist sie bei Personen mit problematischen strukturellen Rahmenbedingungen kürzer als bei Jugendlichen mit starker Bindung an die Familie und/oder Schule sowie Beruf und starker Orientierung an konventionellen Werten. Spezifisch ist dabei die Situation junger Menschen aus Familien mit Migrationshintergrund, die sich während ihrer jugendlichen Rebellion nicht nur gegen den „Mainstream“, sondern auch gegen den vermehrt autoritären Erziehungsstil der Eltern auflehnen.

Lern- und Verstärkungsprozesse – Die Mesoebene der Radikalisierung

Selbst wenn es bspw. um Diskriminierungserfahrungen muslimischer Jugendlicher geht, werden solche normalerweise unspezifisch als Ungerechtigkeit empfunden. Unter anderem sind Empörung, Selbstwertprobleme und Wut die Folgen, die durchaus in abweichendem Verhalten münden können. Es bezieht sich jedoch (unmittelbar) auf das verursachende Objekt. Etwas anders gestaltet sich die Motivlage, wenn das diffuse „das-ist-doch-nicht-in-Ordnung-Gefühl“ weltanschaulich und ideologisch gerahmt wird. An dieser Schnittstelle spielt eine ideologisierte Gruppe die entscheidende Rolle. Individuelle und sozial-politische Erfahrungen bekommen durch ideologisierte Denkfiguren eine neue Konturierung. Deutungsrahmen (Frames) solcher Milieus kanalisieren das (diffuse)

Problembewusstsein der betroffenen Personen in eine spezifische Richtung, indem sie durch Haftbarmachung die Schuldigen ausmachen. Die „Zündung“ der möglichen soziobiographischen Belastungen oder Problemlagen erfolgt durch Ideologisierung und durch feindselige Beschreibung wie Delegitimierung des Systems bzw. der Gesellschaft. Das Gefühl der Benachteiligung oder „Verfolgung“ wird durch den Deutungsrahmen potenziert oder erst erzeugt. Situative Interaktionen verwandeln sich im ideologisierten Frame in ein strukturelles Dilemma: „Die Gesellschaft bzw. das System behandelt dich so, weil du so bist“ – bspw. ein Verfechter des „wahren“ Islam oder einfach „Moslem“ – „und deine Lage stellt eine direkte Folge des Umgangs des Systems bzw. der Gesellschaft mit dir dar, weil du so bist.“ Ähnlich gestalten sich Narrative über Angriffe „des“ Westens auf die islamische Umma. Somit inszenieren sich ideologisierte Gruppen als „objektive Feinde“ des Systems, der Gesellschaft oder – international – des Westens.

Ideologisierte Interpretationsregime stellen „Werkzeuge“ zur mentalen Kartierung der (Um-)Welt zur Verfügung. Es lassen sich im Allgemeinen vier Ebenen ideologischer Deutungsrahmen unterscheiden:

1. die ontologische Dimension stellt ein Bild des „So-Seins“ einschließlich der Problemdiagnose und angestrebten -lösung her (diagnostischer, prognostischer und motivationaler Frame) und sorgt dafür, dass die Bedeutungsvielfalt weltanschaulicher Kategorien bzw. Begriffe mit einem der ideologischen Richtung entsprechenden Sinn besetzt werden;
2. die gnoseologische Ebene steuert und zementiert szenetypische Wahrnehmungs- wie Erklärungsmuster sowie ideologische Denkfiguren;
3. die ätiologische Komponente vermittelt die jeweils szenetypischen Werte und damit verbundene Emotionen für Objekte der In- und Outgruppen (Loyalität durch positive Emotionalisierung und Abneigung gegenüber „Fremdgruppen“, vgl. al-Walā' wa-l-barā'), während
4. der praxeologische Bestandteil Handlungsmaximen enthält.

Daher ist die Macht der ideologisierten Narrative von herausragender Bedeutung. Nicht minder relevant sind Interaktionen zwischen den ideologisierten Milieus sowie den ideologisierten Gruppen und dem Staat, die das Zugehörigkeitsgefühl fördern und die Feindbildpalette bestätigen bzw. neu konturieren.

„Islamische Nation“ gegen „den“ Westen – Die Makroebene der Radikalisierung

Die multiethnische bzw. -nationale Beschaffenheit der radikalisierten islamistischen Gewaltgruppen legt nahe, dass soziale und symbolische Bindungen an Gleichgesinnte der muslimischen Gemeinschaft (als imaginierte Solidargemeinschaft) an die Stelle der nationalen Identifikation treten. Dschihadisten und transnationale Terroristen wännen sich als Avantgarde und Speerspitze der „islamischen Nation“, deren Ziele auf der Vorstellung einer (globalen) Konfrontation mit dem Westen basieren. Dabei ist der Bezugspunkt der radikal-islamistischen Milieus nicht ausschließlich eine Glaubensvorstellung, sondern auch das Substrat der Religion. Ihr „Ziel ist die Verteidigung der eigenen Glaubensgemeinschaft gegen einen äußeren Feind und zugleich deren grundlegende religiöse und soziale Erneuerung (unter Rückbezug auf die religiöse Tradition), wobei jeweils der eine oder andere Schwerpunkt stärker betont werden kann.“¹¹ Die muslimische Umma scheint zwischen der sozialen Gemeinschaft der Volksgruppe (ethnisch-nationalistische) und den „ausgebeuteten Massen“ (sozialrevolutionäre Komponente) angesiedelt zu sein.¹² Aus diesem Grund nehmen „Kriege des Westens gegen den Islam“ einen

¹¹ Stefan Maltheaner, Terroristische Bewegungen und ihre Bezugsgruppen. Anvisierte Sympathisanten und tatsächliche Unterstützer, in: Peter Waldmann (Hrsg.): Determinanten des Terrorismus, Weilerswist 2005, S. 85-138, hier S. 106.

¹² Ebd., S. 128.

prominenten Platz in der dschihadistischen Argumentation ein. Zugleich entwickeln sie eine beachtliche Mobilisierungswirkung.

Radikalisierungsprozesse und der Umgang mit Rückkehrern aus Syrien – Der IS und die Anziehungskraft einer Ideologie

Dr. Marwan Abou-Taam

Im Juni 2014 kam es zur Ausrufung eines "Islamischen Staats" auf den von der Terrormiliz IS in Irak und Syrien kontrollierten Gebieten. Abu Bakr Al-Baghdadi ernannte sich selbst zum alleinigen Kalifen aller Muslime weltweit. Das von Al-Baghdadi deklarierte Ziel des Kalifats ist die globale Expansion und die Unterwerfung der gesamten Staatengemeinschaft unter den Rechtsnormen eines vermeintlichen wahren Islam salafistischer Auslegung. Al-Baghdadi forderte in seiner Antrittspredigt von allen wahren Muslimen weltweit die Anerkennung seines Kalifats und je nach Möglichkeit, das wiederbelebte Kalifat tatkräftig durch die Auswanderung in die vom IS kontrollierten Gebiete zu unterstützen. Diesem Aufruf wurde und wird Folge geleistet.

Die geschätzte Zahl der weltweit nach Syrien und den Irak ausgewanderten „ausländischen Kämpfer“ liegt zwischen 25000 und 75000 Personen. Viele dieser Kämpfer kommen aus westeuropäischen Ländern mit einer großen muslimischen Gemeinde und hatten vor ihrer jeweiligen Ausreise regen Kontakt zur jeweiligen salafistischen Szene. Aus Deutschland haben sich bislang 760 Personen im Alter zwischen 13 bis 63 Jahren auf den Weg nach Syrien gemacht, wobei die Gruppe derjenigen zwischen 16-25 bei weitem überwiegt. Hormonell aufgeladen, revolutionär, auf der Suche nach Gerechtigkeit und Zusammenhalt wollen sie ein islamisches Gemeinwesen, basierend auf den Vorgaben der Scharia, ausbauen. Die meisten Kämpfer aus Europa sind sunnitische Muslime der dritten Generation und zunehmend junge Konvertiten ohne Migrationshintergrund. Auch nimmt die Zahl der Frauen, die in die Kriegsregion ziehen, stark zu. Die Mehrheit der Betroffenen sind klassische Schulbildungsverlierer. Es lassen sich unter den Ausreisenden aber auch gebildete junge Männer finden, die ihr Studium gestoppt haben, um sich dem IS anzuschließen.

Jihadismus - als „action directe“ des Salafismus

Es gibt viele Ursachen für die Radikalisierung. Sie ist keine Frage des Geschlechts oder der sozialen Herkunft und kann auf allen Ebenen der Gesellschaft stattfinden, unabhängig von wirtschaftlichen Gegebenheiten oder Schulabschlüssen. Obwohl Radikalisierung ein individueller Prozess ist, lassen sich zumindest bei den deutschen Aktivisten Ähnlichkeiten in der Biographie feststellen. Der Ausgangspunkt der Radikalisierung sind oft Jugendliche mit Identitätsproblemen auf der Suche nach starken Gruppenerlebnissen und Lebenssinn. Sie wollen eine Rolle in der Gesellschaft haben, die ihnen oft – so ihre eigene Wahrnehmung – verwehrt wird. So brechen viele im Kontext ihrer Radikalisierung den Kontakt mit ihrem bisherigen sozialen Umfeld ab. Die Loslösung von der Familie und dem bisherigen Freundeskreis im Vorfeld der Ausreise wird durch die wachsende Einbindung in eine salafistische Gruppe substituiert (siehe auch Salafismus als Jugendbewegung). Die Betroffenen sehen Gewalt als berechtigtes Instrument im Jihad, um übergeordnete Ziele zu erreichen.

Radikalisierungsprozesse und die Entscheidung in die Jihad-Gebiete zu ziehen, werden von verschiedenen, sich oft komplementierenden Faktoren begünstigt. Dabei handelt es sich um ideologische, politische, psychologische und soziologische Dimensionen. Ein Netzwerk gleichgesinnter Jihadisten, die sich auf der Basis einer salafistischen Glaubens- und Weltanschauung organisieren und von der Aussicht inspiriert sind, für Gott als Märtyrer zu sterben, verursachen mit den einfachsten Mitteln mehrere tausend zivile Opfer und Schäden in Milliardenhöhe für die Weltwirtschaft. Sie destabilisieren eine ganze Region. Ihre religiöse Weltanschauung erlaubt ihnen eine gewisse Transzendenz des Menschen, in der nicht die Tötungsabsicht der Kämpfer, sondern deren Opferungs- bzw. Todesbereitschaft für höhere Ziele maßgebend ist. Auf der Grundlage ihrer Weltanschauung

unterscheiden sie nicht zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten, sondern zwischen mu´minun (Gläubigen) und kafirun (Ungläubigen). Kombiniert mit der Tatsache, dass religiöse Loyalitäten und Einstellungen viel tiefer in den Menschen verankert sind als rein politische Bindungen, werden durch eine gewaltbejahende Weltanschauung mobilisierte Menschen zu unvorstellbaren Grausamkeiten verleitet.

Die Rückkehrer – Eine Herausforderung für die Gesellschaft

Die Zahl der Jihad-Rückkehrer wird auf etwa ein Drittel der Ausgereisten geschätzt. Viele von ihnen stellen eine besondere Bedrohung dar, weil sie Erfahrungen im Kampfeinsatz, in der Schusswaffennutzung, im Bombenbau oder in der Rekrutierung von neuen Anhängern mitbringen. Einige der Rückkehrer sind traumatisiert und desillusioniert, andere sind zudem zusätzlich radikalisiert und kommen mit dem Auftrag und dem Willen zurück, den Terror nach Deutschland zu bringen. Ihre Hemmschwelle zu aktiver Gewalt könnte deutlich gesunken sein. Daher müssen Syrienrückkehrer gemäß der derzeitigen Rechtsprechung damit rechnen, dass gegen sie Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat geführt werden. Dahinter steht, dass die Bundesanwaltschaft die Mittel des Terrorismusstrafrechts möglichst effektiv einsetzen möchte, um die Bevölkerung vor möglichen Anschlägen zu schützen, denn die Rückkehrer werden als unkalkulierbares Risiko gesehen. In diesem Kontext wurden die Mittel für Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz erhöht und bisher 750 neue Stellen geschaffen.

Bei vielen Rückkehrern ist es trotz Ermittlungsverfahren oft unbekannt, ob sie tatsächlich militärisch ausgebildet wurden und vor allem ist es sehr schwer ihnen rechtsstaatlich nachzuweisen, in welchem Umfang sie an Kriegsverbrechen beteiligt waren. Zumal die rechtliche Grundlage für eine Verurteilung dieser nicht unbedingt sicher ist. Somit sind die Gerichte auf die Aussagen der Betroffenen angewiesen. Selbst wenn man diesen Personen Gesetzesverstöße nachweisen kann, stellt sich unmittelbar nach der Verurteilung die Frage, wie verhindert werden kann, dass diese andere Insassen in der Haft radikalieren bzw. wie eine Deradikalisierung der betroffenen Personen erfolgen kann. Hierbei muss immer bedacht werden, dass die Resozialisierung, also die Wiedereingliederung von Verurteilten in das soziale Gefüge der Gesellschaft, eines der Ziele einer Haftstrafe ist. Die Abkehr von Radikalität und extremistischen Neigungen ist ein langwieriger Lernprozess und bedarf der intensiven Sozialarbeit. Trotz der vielen Fälle und der steigenden Anzahl von Verurteilungen haben wir in Deutschland keine flächendeckenden Projekte der Resozialisierung.

Diejenigen, die nach Rückkehr mangels Beweise nicht verurteilt werden, sind eine besondere Herausforderung sowohl für die sicherheitspolitisch relevanten Akteure als auch die Präventionsarbeit. Für Polizei und Verfassungsschutz sind sie gewissermaßen eine deutliche Überforderung, die die Kapazitäten überdehnt. Eine 24-Stunden-Überwachung ist derart personal- und ressourcenintensiv, dass sie illusorisch wirkt. Auf der anderen Seite ist die Präventionsarbeit auf die freiwillige Teilnahme der Personen angewiesen. Es gibt keine Handhabe sie in die Maßnahme zu zwingen. Damit ist die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit mit diesen Personenkreisen noch zeitintensiver und langwieriger. Hierfür fehlt es an ausreichenden Projekten und qualifiziertem Personal.

Salafismus als Jugendbewegung. Motive der Radikalisierung

Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani

Salafismus. Das ist Wahnsinn. Das ist das Böse unserer Zeit. Das ist der Untergang des Abendlandes. Diese erste, intuitive Regung ist nachvollziehbar: In einem zweiten Schritt sollte man versuchen zu verstehen und sich selbstkritisch fragen: Wie kann es sein, dass eine Ideologie, die es seit Ewigkeiten gibt, gerade heute bei den Jugendlichen Westeuropas einen Aufschwung erlebt? Warum sehnen junge Männer und Frauen mit und ohne „Migrationshintergrund“ das Frühe Mittelalter herbei und bilden damit eine der dynamischsten gegenwärtigen Jugendbewegungen? Diesen Fragen kommt man näher, ohne theologische Diskurse zu führen. Man muss das Ganze vielmehr mit den Augen der Jugendlichen sehen.

Jugendliche neigen dazu, sich von Vorgängergenerationen abzugrenzen. Dabei können extreme Gegenpositionen zutage kommen. Ein veränderter Lebensstil ist hierfür typisch. Kleidung, Frisuren, Drogen und Musik waren häufig sinnlich wahrnehmbarer Ausdruck von Abgrenzung und Provokation. So war es bei Studentenbewegungen, den Punks, der Hip Hop Kultur. Und heute? Jugendliche haben kiffende Lehrer und Eltern mit Piercing und gefärbtem Haar. Adelige Bundesminister gehen auf Heavy Metal Konzerte, First Ladies sind tätowiert. Sex, Drugs and Rock 'n' Roll – dieser in die Jahre gekommene Spirit lässt sich heute bestenfalls noch auf Ü 40 Partys finden. Alle Kombinationen von Sex, Rauschmitteln und Musik hat es schon gegeben.

Religion und Rebellion

Worin steckt heute das größte Provokationspotenzial? Die alltagspraktische Funktion eines Kopftuchs (oder gar einer Burka) weist – bei allen Unterschieden – unglaublich viele Ähnlichkeiten mit dem punkigen Irokesen in den 1970ern auf: Man wird unmittelbar erkannt, erntet skeptische Blicke, offene Ablehnung, tiefe Verachtung und erzeugt Angst. Alle Zutaten für gelungene Rebellion. Sehr schlimm, wenn es unter Zwang geschieht, überaus funktional, wenn man die Öffentlichkeit und die eigenen Eltern provozieren möchte. Emanzipation und selbstbestimmte Abgrenzung, können das Motive sein?

Es kommt auf den Kontext an: Im Iran oder in Saudi-Arabien ist eine kopftuchtragende Frau eine anonyme Ameise im Ameisenhaufen; in Deutschland ist sie das auffällige schwarze Schaf. Daher sind die Motive für oder gegen religiöse Radikalisierung je nach Gesellschaft und Zeitgeist ganz unterschiedlich. In der salafistischen Szene gelten strenge Regeln für Mann und Frau – in traditionellen, kaum religiösen Familien häufig nur für das weibliche Geschlecht. Nicht ohne Grund erleben viele junge Frauen in dieser Jugendbewegung ein höheres Maß an Gleichstellung als in ihren zum Teil resignierten Herkunftsmilieus.

Dass dies kaum jemand wahrhaben möchte, ist ein Beleg dafür, dass wir uns für diese jungen Menschen nicht interessiert haben. Nun ist es eine aufgekeimte internationale Jugendbewegung. Das sind junge Menschen, die – ohne sich zu kennen – Ähnliches tun. Das bedeutet, sie haben gleiche Erfahrungen, Problemstellungen und Bedürfnisse. Viele werden es nicht hören wollen: Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen auf der persönlichen Ebene, aber auch nationale und internationale Entwicklungen spielen zusammen. Muslime sind Feindbilder geworden. Sich über sie auszulassen, ist selbstverständlich. Das zwingt viele Muslime in eine defensive Haltung, in der sie klarstellen und zurechtrücken müssen – ein mühsames Geschäft, das einem niemand dankt und bei dieser Gemengelage vielleicht sogar zum Scheitern verurteilt ist. Die anderen, häufig kaum religiösen, aber als solche optisch wahrgenommenen „Fremden“ treibt es in die Offensive. „Wenn schon, denn schon“ oder „Jetzt erst recht!“

Vor dem Hintergrund dieser persönlichen Erlebnisse werden dann nationale und globale Ereignisse wahrgenommen. Muslime sind die Bösen, solange sie kein Buch gegen den Islam schreiben oder wichtige Geschäftspartner sind. In Syrien und dem Irak wird der „Westen“ erst richtig aktiv, als Nicht-Muslime bedroht oder ermordet werden. Das kann man je nach Betrachtungsweise interessengeleitete Politik oder strategielosen Aktionismus nennen, aber man darf sich nicht wundern, wenn das als unmoralisch und unglaubwürdig wahrgenommen wird. Die Welt(politik) steckt in einer Sackgasse.

„Ursprünglicher“ Salafismus als Zukunftsvision

Der Gegenentwurf der Salafisten ist denkbar einfach: In der Vergangenheit liegt der Generalschlüssel – eine neue Zukunftsidee gibt es nicht (siehe auch Salafiyya). Allerdings gibt es eine solche nirgendwo. Unsere Visionen sind bestenfalls technologischer Art. Soziale haben auch wir nicht mehr. Nicht einmal zukunftsweisende Jugend- oder Protestbewegungen lassen sich derzeit erkennen. Wir sind aufgeklärte Verwalter von Klimawandel, Wirtschaftskrisen, Konsumterror. Wer diesen Pragmatismus nicht annehmen kann oder will, muss nostalgisch werden.

Neo-Puritanismus, Naturreligionen, Esoterik, Bio-Nahrung oder Yoga – alles Ich-bezogene Formen der Sinnsuche. Der Salafismus hat da für Orientierungsuchende eine kollektive Strategie aus einem Guss: Zurück in die Zeit, in der alles vermeintlich gut war, zurück zu den Wurzeln: Klare Regeln, eindeutige Zugehörigkeiten, unhinterfragbare Wahrheiten und gar der sichere Weg zum Paradies. Das sind Dinge, für die es sich – aus der Perspektive vieler Jugendlicher – einzusetzen lohnt. Das gibt eine starke Orientierung und kanalisiert den jugendtypischen Handlungsdrang in eine Richtung: Missionieren, ein göttlicher Auftrag. Wer heute mitmacht, der gehört zur Avantgarde eines sich selbst als progressiv verstehenden globalen Projekts (siehe auch Salafismus in Deutschland).

Diese fundamentalistische Bewegung hat für die meisten Jugendlichen einen gewissen Bezug zur eigenen Herkunft. Gleichzeitig wird die Religion deutlich strenger praktiziert, als es die eigenen Eltern tun. Und: Die Salafisten sprechen deutsch, viele als einzige Muttersprache! Schön war die Zeit, als wir uns noch einreden konnten, diese Ausländer sollen deutsch sprechen lernen und alle Probleme wären gelöst. Wie so häufig sind Konvertiten besonders engagiert, genießen aber auch einen besonderen Stellenwert. In ihnen steckt das größte Provokationspotenzial, wodurch sie für die Öffentlichkeitsarbeit unverzichtbar werden. Zugleich prallt der schräge Integrationsdiskurs an ihnen gänzlich ab. Diese Breitseite ist hausgemacht!

Strenge Kleiderordnung, reglementierte Sexualität und Konsumverzicht – in unserer Vorstellung muss das reines Gift für eine Jugendbewegung sein. Aber Askese und Nostalgie gepaart mit einem selbstbewussten kollektiven Auftreten bedeuten heute Rebellion. Mit einer eigenen Ästhetik und großer Technologieaffinität ist es dann doch keine vollständige Reproduktion des Gewesenen. Es gibt Alltagsrituale und große Events. Auch Islamseminare mit jugendspezifischen Inhalten werden angeboten. Es geht um Orientierung und Anerkennung, nicht um theoretische und theologische Diskurse. Dagegen sehen die großen Islamverbände blass aus: Sie sind Institutionen der Erwachsenen – konventionell, defensiv und langweilig.

„Das sind unsere Kinder“

Die historisch seltene Konstellation, als junger Mensch mit radikaler Askese und Nostalgie provozieren zu können, bietet einen Resonanzboden für ausgegrenzte Jugendliche, indem nämlich aus der Not eine Tugend wird. Wer nicht teilhaben kann oder sich ausgegrenzt fühlt, gibt nicht viel auf, wenn er sich einer radikalen Gruppe anschließt. Im Gegenteil: Aus dem Gefühl der Ohnmacht wird Selbstbestimmtheit und Stärke. Entsprechend lässt sich vermuten, dass ungleiche Teilhabechancen auf der einen und Islamfeindlichkeit auf der anderen Seite das Provokationspotenzial steigern und dadurch

zu einer anhaltenden Attraktivität beitragen werden. Vor diesem Hintergrund spielen sich Salafisten, HoGeSa und PEGIDA die Bälle gegenseitig zu.

Wie Jugend und Provokation auf Dauer zu einer ultrakonservativen Strömung passen, bleibt zu beobachten. Abspaltungen sind wahrscheinlich. Diese kennen wir aus vielen Bewegungen. Wenige werden Terroristen, einige sympathisieren gewaltlos, die meisten bleiben ungefährlich.

Die Muslime innerhalb Europas zu isolieren, war ein zentrales Ziel der internationalen Terrorgruppen. Diese Strategie war bemerkenswert erfolgreich. Den Nährboden für Radikalisierungsprozesse auszutrocknen, ist eine große Herausforderung. Die Menschen und ihre Religion als Fremdkörper zu betrachten, war eine – wenn auch nicht die einzige – Ursache. Daher müssen zwei Erkenntnisse, die sich bereits in manchen Aussagen hochrangiger Politiker ausdrücken, handlungsleitend sein: „Das sind unsere Kinder“ und „Der Islam gehört zu Deutschland“ – in guten wie in schlechten Zeiten.

Dieser Text ist unter dem Titel „Die Macht der Provokation. Eine andere Perspektive auf den Salafismus“ bereits auf qantara.de und ruhrbarone.de erschienen und wird demnächst auf qantara.de auch in arabischer Sprache veröffentlicht (<http://de.qantara.de/inhalt/eine-andere-perspektive-auf-den-salafismus-die-macht-der-provokation>, <http://www.ruhrbarone.de/die-macht-der-provokation-eine-andere-perspektive-auf-den-salafismus/97300>).

Lesetipp:

- Aladin El-Mafaalani, Salafismus als jugendkulturelle Provokation. Zwischen dem Bedürfnis nach Abgrenzung und der Suche nach habitueller Übereinstimmung, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld 2014, S. 355-362.

Von „Deso Dogg“ zu „Abu Talha al-Almani“: Die dschihadistische Karriere von Denis Cuspert

Dr. Michail Logvinov

Abu Talha al-Almani gilt als einer der erfolgreichsten deutschsprachigen Propagandisten unter den Kämpfern des sogenannten „Islamischen Staates“. Zahlreiche Drohungen gegen Deutschland gehen auf sein Konto. Er steht auf der Liste der internationalen Terroristen. Cuspert war schon mehrfach fälschlicherweise für tot erklärt worden. Auch Ende Oktober 2015 hieß es, er soll bei einem Luftschlag der Anti-IS-Koalition in einem Auto ins Visier geraten sein. Die US-Militärquellen bestätigten die Information. Doch der deutsche „Al-Mourabitoun Media“-Kanal widersprach: „wir bestätigen, dass er lebt“, hieß es an die deutschen „Brüder“ gerichtet. Deutsche Sicherheitsbehörden hatten Mitte November ebenfalls Zweifel geäußert: Es soll einen Telefonmitschnitt geben, auf dem Cuspert als Sprecher identifiziert worden sei. Somit bleibt es nach wie vor unklar, ob der Berliner (nicht mehr) am Leben ist.

Jugendalter und das Leben im Kiez

Der im Oktober 1975 als Sohn einer Deutschen und eines Ghanaers geborene Denis Mamadou Gerhard Cuspert wuchs in den Straßen Westberlins (Kiez „SO 36“) auf. Sein Vater wurde wenige Jahre nach der Geburt abgeschoben. Eigenen Angaben zufolge beging er mit 15 Jahren sein erstes Gewaltverbrechen und raubte mit seiner „Gang“ einen Touristen aus. Er und seine acht „Kumpels“ sollen Messer und Pistolen besessen haben und gingen in Mitte und Tiergarten „auf Streifzug“. Nebenbei verkaufte Cuspert Drogen. Konflikte zwischen den Jugendgangs wurden nicht nur mit Fäusten ausgetragen – man wusste auch, wie man mit Messern umgeht. Wegen einer schweren Körperverletzung – er soll einem seiner Kumpels während eines Streits mit einer Gaspistole ins Gesicht geschossen haben – ging Denis für 3 Jahre ins Gefängnis. „Im Knast wurde mir bewusst, wie scheiße mein Leben war – so aussichtslos, so gefährlich“, erinnerte sich Deso Dogg.¹³ Die Hafterfahrung war für ihn ein Erweckungserlebnis: „Der Rap hat mich schon immer fasziniert. Ich dachte plötzlich: ‚Fang ein neues Leben an, die Musik kann dich retten.‘ Genügend Stoff für Texte lieferte meine Vergangenheit.“

Während der Haft soll sich Cuspert auch dem Glauben zugewendet haben. Der Song „Willkommen in meiner Welt“ (2007) zeigt, dass er den Islam als Stütze und Rettung aus einer persönlichen Notsituation sah. Die Texte des Gangsta-Rappers waren aggressiv, sie handelten vom Gangleben und sie waren zugleich gesellschaftskritisch. Cuspert: „Sie warnen vor der dreckigen Clubszene voller Alkohol und Drogen – und vor falschen Freunden. Werte wie echte Freundschaft und Familie sind wichtig. Ich will, dass die Jungs auf der Straße auf sich aufpassen. Sie sollen ihr Geld anständig verdienen“. Darüber hinaus schildern seine Texte die Lebensumstände und Diskriminierungserfahrungen sozialschwacher Milieus von Migranten in Großstädten.

Somit erfolgte die Sozialisation von Cuspert in einem (kriminellen) Gewaltmilieu, das sich durch eine kritische Distanz zur Mehrheitsgesellschaft und dem Sozialstaat auszeichnete. Das stellte einen wichtigen Prädiktor für seine Radikalisierung dar. Den Islam sah er als Rettung aus der Misere.

¹³ Hier und weiter zitiert nach: Sven Lambert: New York in Berlin: Mit 8 Jahren wurde „Deso Dogg“ aus Kreuzberg kriminell – jetzt kämpft er um seine Zukunft, unter: <http://www.bz-berlin.de/artikel-archiv/new-york-in-berlin-mit-8-jahren-wurde-deso-dogg-aus-kreuzberg-kriminell-jetzt-kaempft-er-um-seine-zukunft> (27. Juni 2004).

Abu Maleeq und dschihadistische Anaschid

Spätestens im Februar 2010 wurde der sich inzwischen Abu Maleeq nennende Cuspert Teil der salafistischen Szene (siehe auch Salafismus in Deutschland). In einem in der Neuköllner „Al-Nur-Moschee“ aufgenommenen Video sprach er mit Pierre Vogel und erklärte seinen Ausstieg aus dem Rap-Geschäft. Der Musik hatte er jedoch nicht vollständig abgeschworen und dichtete seitdem einige Anaschid (islamische Hymnen; siehe auch Jihadistische Hymnen und Gedichte), welche seinen Rap-Songs nicht unähnlich waren. Sie handelten erneut von Gewalt, Ungerechtigkeit und dem Kampf um Gerechtigkeit. Nur waren die Rollen in seinen Anaschid neu verteilt. Es ging nun um die vom Westen angegriffene Umma, Gewalt gegen Muslime, fallende Bomben und weinende Kinder – und von der Notwendigkeit, die Umma zu verteidigen (bspw. „Wach doch auf!“).

Wegen seiner radikalen Auftritte und Texte wandten sich die gemäßigten Salafisten von Abu Maleeq ab, was zur weiteren Radikalisierung des Dschihad-Salafisten führte. Er bezeichnete die Kritiker als „Angsthasenprediger“, die aus Furcht vor staatlicher Verfolgung die „Wahrheit“ über die Dschihadpflicht eines jeden Muslims verschweigen. Diese Aussage fand sich als Zitat in der 10. Ausgabe der Al-Qaida-Zeitschrift „Inspire“ im Frühjahr 2013.

Millatu Ibrahim als dschihadistische Keimzelle

In Berlin fand Abu Maleeq jedoch einen Mitstreiter – der in Österreich vorbestrafte Dschihad-Propagandist Mohamed Mahmoud zog im November 2011 in die deutsche Hauptstadt. Bereits Ende 2011 gingen beide nach Nordrhein-Westfalen. In Solingen gründete Mahmoud die „Millatu-Ibrahim-Moschee“, wo er das dschihadistische Gedankengut als Prediger verbreitete und welche fortan der Vereinigung „Millatu Ibrahim“ als Zentrum diente. Anfang März 2012 berichteten die Medien, dass Mahmoud und Cuspert nach Erbach in Hessen verzogen waren. Wegen seiner Hassbotschaften sollte Mahmoud aus Deutschland ausgewiesen werden, weshalb er sich schließlich mit seiner Frau im April 2012 nach Ägypten absetzte.

Am 1. und 5. Mai 2012 geriet „Millatu Ibrahim“ in negative Schlagzeilen, nachdem Rechtspopulisten aus den Reihen der „Pro NRW“ erfolgreiche Provokationen gelungen waren. Während einer Demonstration in Solingen eskalierte die Lage, nachdem eine „Mohammed-Karikatur“ gezeigt worden war. Die Gegendemonstranten bewarfen infolgedessen „Pro NRW“-Demonstranten und Polizisten mit Steinen und griffen Polizeibeamte an. Am 5. Mai 2012 nahm Cuspert bei einer ähnlichen Szenerie in Bonn die Rolle des Wortführers ein und feuerte die Demonstranten an. Infolge einer weiteren Karikaturenprovokation flogen erneut Steine und Flaschen in Richtung der Gegendemonstranten. Einer der Teilnehmer, Murat K., verletzte dabei zwei Polizeibeamte mit einem Messer schwer. Im Januar 2012 adelte Cuspert den „deutschen Löwen Murat K.“ und rief Mitstreiter auf ihn freizupressen.

Von Ägypten nach Syrien

Am 29. Mai 2012 verbot der Bundesinnenminister „Millatu Ibrahim“, wonach ein Exodus der Dschihad-Salafisten nach Ägypten einsetzte, wo sich ihr Mitstreiter Mahmud aufhielt. Auch Cuspert gelang es, sich im Juni 2012 der Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden zu entziehen und nach Ägypten auszureisen. In Ägypten intensivierte und radikalisierte „Millatu Ibrahim“ seine dschihad-salafistische Internetpropaganda – die Botschaften wurden militanter und Deutschland galt nun als „legitimes Ziel“.

In einem Video berichtete Cuspert, wie er nach Syrien gelangt war: Über ein Jahr sei er unterwegs gewesen – über Tunesien und Ägypten ging es zunächst nach Darnah in Libyen. Eigentlich war sein ursprüngliches Ziel, gemeinsam mit Mahmoud und weiteren „Millatu-Ibrahim“-Gesinnungsgenossen nach Mali zu gehen. Aber der Weg dorthin sei „geschlossen“ gewesen – daher wurde Syrien als Ziel ausgewählt.

Im April 2014 wurde in einem Video bekannt gegeben, dass Abu Talha einen Treueschwur auf den Anführer des „Islamisches Staates in Irak und Großsyrien“ abgelegt hat. So wurde ein deutscher Gangsta-Rapper, der später dem Dschihad-Salafismus verfiel, zu einem der bekanntesten deutschen Dschihadisten in Syrien, der Leichen seiner Gegner schändete, mit abgeschlagenen Köpfen der Opfer posierte und an seine Gleichgesinnten appellierte, Anschläge in Deutschland zu verüben.

Lesetipp:

- Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin (Hrsg.), Denis Cuspert – eine jihadistische Karriere, Berlin 2014.

Kommunikation

Öffentlichkeitsarbeit, Cyber Jihad, Sprache, Bilder, Slogans

Islamisten bedienen sich zur Durchsetzung ihrer Ziele und zur Propaganda ihrer Ideologie verschiedener Kommunikationswege. Vor allem über das Internet verbreiten sie ihre Ideen und Ansichten in diversen Formaten wie etwa Videobotschaften und online-Magazinen in verschiedenen Sprachen. Über soziale Medien sowie eigene Webseiten und Blogs machen sie ihre Gedanken der weltweiten Öffentlichkeit zugänglich. Mit Hilfe von gewissen Slogans, Hymnen (sog. Nasheeds), einer eigenen Sprache und konstruierten Bildern werden (meist junge) Menschen dazu gebracht, sich auf den Weg ins Kampfgebiet des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) zu begeben.

Im Folgenden sollen diese verschiedenen Kommunikationswege genauer betrachtet werden. Welche Rolle etwa spielt das Internet gerade auch in der Rekrutierung neuer Dschihadisten? Wie funktionieren die Netzwerkstrukturen in der innerdeutschen salafistischen Szene? Und welche Formen der Kommunikation und Werbung nutzen Salafisten in der deutschen Öffentlichkeit?

Die islamistischen Netzwerke im Norden Deutschlands

Simon Kremer

Am Anfang beten junge Männer gemeinsam in einer kleinen Hinterhofmoschee in Pinneberg (Schleswig-Holstein). Am Ende wird einer von ihnen im Norden Syriens getötet. Immer mehr junge Männer schließen sich dem bewaffneten Kampf in Syrien und damit Terrorgruppen wie dem „Islamischen Staat“ an. Viele der Ausreisewilligen aus Deutschland sind eingespannt in islamistische Netzwerke, deren Hierarchien für Außenstehende nur schwer zu durchschauen sind, weil sich vieles in kleinen Zirkeln abspielt. Dahinter stehen oft jahrelang gewachsene Strukturen – und im Fall der Schleswig-Holsteinischen „Zelle“ ein mittlerweile verbotener Verein, der immer noch Anhänger in ganz Deutschland hat.

Auch wenn es den Verein "Millatu Ibrahim" offiziell nicht mehr gibt, seine ehemaligen Mitglieder bilden immer noch die Speerspitze des Islamismus in Deutschland, sagt Extremismus-Forscherin Claudia Dantschke vom Zentrum für Demokratische Kultur Berlin: "Schwerpunktmäßig ist Millatu Ibrahim dieses Netzwerk gewesen, aus dem die meisten Jugendlichen für den Dschihad geworben werden. Es ist eine dschihadistische Jugendkameradschaft, die den Jugendlichen den Weg Richtung Syrien oder Irak ebnet."

Anfang 2011 ist der Pinneberger Salim O. 26 Jahre alt. Er wohnt in einem Hochhaus, nur ein paar Schritte von der Moschee entfernt. Fast täglich sind er und seine Freunde dort. Salim O. gehört dem Vorstand der As-Sunnah-Moschee an, in der damals einer der neuen Vorzeigeprediger des Salafismus in Pinneberg zu den Jugendlichen spricht - eine Art Popstar. Der Ex-Rapper Denis Cuspert aus Berlin, der der harten Musik und den Drogen abgeschworen hat und sich ganz dem Islam zuwendet. Er singt jetzt religiöse Lieder, sogenannte Nasheeds (siehe auch Jihadistische Hymnen und Gedichte).

Der Bürgerkrieg in Syrien hat gerade begonnen und in Deutschland fangen die Muslime an zu diskutieren, wie sie ihren Glaubensbrüdern helfen können. In dieser Zeit hat Cuspert, der sich fortan Abu Maleeq nennt, seine ersten öffentlichen Auftritte - auch in der Hinterhofmoschee in Pinneberg. "Wie könnt ihr schlafen, während Eure Geschwister fallen?", singt er damals in seinen Liedern, die er auch im Internet verbreitet. "Wir wollen den Dschihad." Heute lebt Cuspert irgendwo in Syrien und hat sich dem „Islamischen Staat (IS)“ angeschlossen. Er steht mittlerweile auf der Terrorliste der USA.

„In diesen Netzwerken findet eine Art Gehirnwäsche statt“, sagt Extremismusforscherin Dantschke. „Wenn die Eltern in irgendeiner Form versuchen diese Jungs umzustimmen, dann werden die Eltern zu Feindbildern. Die ganze Umgebung wird zum Feind aufgebaut.“

Die Biografien von Cuspert und Salim O. ähneln sich. Beide kommen in ihrer Jugend früh mit dem Gesetz in Konflikt und suchen Erlösung im Islam. Salim ist bereits mehrfach vorbestraft, unter anderem wegen Körperverletzung. Er macht Kampfsport.

"Die typische Biografie eines Salafisten", findet Sozialwissenschaftlerin Matenia Sirseldoudi von der Universität Bremen: "Das sind Menschen, die sich in ihrer Jugend in ihrem Kontext nicht zurechtfinden oder die in ihrer Identitätsfindung sehr unglücklich sind. Und dann haben sie hier eine Struktur, die ihnen einen Heldenstatus verspricht."

Salim O. geht ganz im Islam auf. Er nimmt an Koranseminaren teil und verteilt das heilige Buch des Islam in den Fußgängerzonen im Norden. Doch die Moschee wird im Februar 2011 dicht gemacht.

Salim O. und seine Freunde, die teilweise im Umkreis von nur wenigen Straßen wohnen, treffen sich privat weiter. Sie gehören "Millatu Ibrahim" an, der "Gemeinschaft Abrahams", einer besonders militanten islamistischen Jugendorganisation. "Dieses Netzwerk ist sehr gefährlich, wie auch im Rechtsextremismus die Kameradschaftsszene gefährlich ist", sagt Claudia Dantschke. "Als Struktur war es das Gefährlichste, was wir im Dschihadismus in Deutschland hatten."

An Samstagen stehen sie in den Einkaufsstraßen im Norden: Junge Männer mit den typischen Salafisten-Bärten und weiten Hosen. Sie verteilen den Koran. Die Netzwerke von Salim O. und seinen Freunden wachsen: Sie gehen zu großen Spendenaktionen, u.a. des Vereins „Helfen in Not“, der im Visier des Verfassungsschutzes ist. Mit anderen Mitgliedern von „Millatu Ibrahim“ reisen sie nach Solingen und Bonn und gehen gegen die rechtsextreme „Pro NRW“ auf die Straße. Doch die Demo eskaliert, einzelne Islamisten greifen Polizisten an, verletzen sie teils schwer. „Millatu Ibrahim“ wird verboten. Die Netzwerke bestehen aber weiter. Die ersten aus der Gruppe setzen sich nach Syrien ab.

Dadurch erweitern sich die Kreise der norddeutschen Salafisten. Sie bauen Kontakte zu Islamisten in Großbritannien auf und treffen sich in Lübeck mit einem verurteilten Al Qaida-Mann, der wegen Gründung einer Terrororganisation in Haft saß. Extremismusforscherin Dantschke sieht darin eine Aufwertung der Gruppe um Salim O. Sie festigt ihren Status – nach außen und innen. Denn der Al Qaida-Mann soll laut interner Berichte des US-Geheimdienstes auch Kontakt zu den Hintermännern des 11. September gehabt haben.

Für Islamwissenschaftlerin Matenia Sirseloudi sind die Anschläge vom 11. September auch einer der Gründe, warum die islamistische Szene in Hamburg und Schleswig-Holstein so stark ist: "Der Nimbus der 9/11-Gang ist enorm." Dies könne auch international für eine große Attraktivität gesorgt haben. "Der Nimbus dieses großen Anschlags, der von Hamburg aus geplant wurde, hängt über der Region."

Die Netzwerke, die sich in der Hinterhofmoschee in Pinneberg aufgebaut haben, reichen mittlerweile bis nach Syrien. Mindestens 24 Menschen sind nach Angaben des Kieler Innenministeriums bis Ende des Jahres 2015 in den Nahen Osten gereist, ein Teil von ihnen aus dem Umfeld von "Millatu Ibrahim".

Es seien Menschen, die sich vertrauen, sagt Islamwissenschaftlerin Matenia Sirseloudi. "Das gefährliche sind die Verbindungen ins Ausland, die mittlerweile etabliert sind. Das ist eine Gruppe, die sehr brutal die Grundsätze des Dschihad umsetzt."

Einer der ersten Ausreisenden nach dem Vereinsverbot war der Ex-Rapper Denis Cuspert. Ihm folgte bald ein junger Salafist aus Husum. Anfang 2015 tauchte im Internet ein Video der "Deutschen Brigade Millatu Ibrahim in Syrien" auf. Denis Cuspert singt ein religiöses Kampflied und dirigiert einen Chor aus zwölf mutmaßlich deutschen Islamisten. Sie recken ihre Kalaschnikows, Panzerfäuste und Handgranaten in die Luft während sie singen: "Der Dschihad ist unser Leben!"

"Die geistigen Brandstifter, und dazu zähle ich Salim O.", sagt Extremismus-Forscherin Claudia Dantschke, "halte ich für gefährlicher als die paar Jungen, die nach Syrien gehen, sich über Facebook als die großen Männer stilisieren und dann irgendwo als Kanonenfutter enden."

Nach Angaben der Hamburger Staatsanwaltschaft hat Salim O. unter anderem Geld an einen weiteren jungen Mann übergeben: Gökhan C., der kurz darauf von Hamburg aus nach Syrien reist. Nur wenige Wochen nach seiner Ankunft im Herbst 2013 wird er im Norden von Syrien erschossen.

(Der Text beruht auf Recherchen des Autors für den Norddeutschen Rundfunk.)

Jihad-Rekrutierung im Zeitalter des Web 2.0

Dr. René Rieger

Wie insbesondere am Beispiel des sogenannten „Islamischen Staats“ (IS) deutlich wird, haben sich die Rekrutierungsmethoden und -strategien jihadistischer Organisationen in den vergangenen Jahren erheblich verändert und fortentwickelt. Die Verbreitung von Propagandamaterial sowie die Rekrutierung von Kämpfern und Unterstützern erfolgt heute verstärkt über internetbasierte soziale Netzwerke und weniger über direkte persönliche Kontakte.

Während des Afghanistan-Kriegs der 1980er Jahre erfolgte die Rekrutierung von Jihadisten insbesondere in Saudi-Arabien und anderen arabischen (Golf-)Staaten vorwiegend in und im Umfeld von Moscheen. Neben Schriftmaterial wurden Audio- und Videokassetten zu Propaganda- und Rekrutierungszwecken eingesetzt. Mit dem Beginn der Strafverfolgung von Al Qaeda-Mitgliedern in den 1990er Jahren verlagerte die um den Afghanistan-Veteranen Osama bin Laden gegründete Terrororganisation ihre Rekrutierungsmaßnahmen sowohl in der islamischen als auch in der westlichen Welt auf den privaten Bereich. So fanden nach Schätzungen des Innenausschusses des britischen Unterhauses im Jahr 2012 nur noch 1-2% aller jihadistischen Radikalisierungsprozesse in Großbritannien in Moscheen statt. Mit Beginn des Internetzeitalters kreierte jihadistische Organisationen erste Webauftritte und führten ihre Binnenkommunikation zunehmend über nicht öffentlich zugängliche Internet-Chatrooms. Rekrutierung über interaktive Internetforen setzte sodann Mitte der 2000er Jahre ein. Al Qaeda setzte in seiner international ausgerichteten Rekrutierungsstrategie jedoch weiterhin stark auf die Etablierung von Vertrauensverhältnissen durch direkte persönliche Kontakte.

Zu einer Verlagerung der internationalen Rekrutierungsbemühungen jihadistischer Organisationen auf das Internet und vor allem in internetbasierte soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter kam es nach Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs im Jahr 2011. Insbesondere der IS, der aus dem früheren irakischen Al Qaeda-Ableger „Islamischer Staat in Irak“ (ISI) hervorging und die Etablierung eines die gesamte muslimische Welt umspannenden Kalifats beabsichtigt, bedient sich des Webs 2.0 bei der Verbreitung von Propaganda und der Rekrutierung von Kämpfern.

Internetbasierte soziale Netzwerke erlauben es jihadistischen Organisationen bei der Rekrutierung von Kämpfern und Unterstützern mit geringerem Risiko und logistischen Aufwand größere und schnellere Erfolge zu erzielen. Die globale Verbreitung in Echtzeit von Text- und vor allem Videomaterial hat die jihadistische Propaganda revolutioniert.

Propagandamaterial muss nicht mehr in einem zeitaufwändigen und gefährlichen Prozess potentiellen Interessenten zugeleitet werden, sondern wird nach dem Gießkannenprinzip online gestreut.

Mit moderner Technologie und erheblicher Medienexpertise erstellte Hochglanzpropagandavideos, welche martialisches Heldentum und militärische Erfolge in einem von Gott befohlenen Kampf gegen die Ungläubigen und das Übel in der Welt darstellen, haben das Potential weit mehr Menschen zu verführen und in die Arme des IS zu treiben, als es die theologischen Ausführungen Osama bin Ladens vermochten. Die Macht der Bilder in Verbindungen mit einem simplifizierten Weltbild und einem vermeintlich göttlichen Auftrag wirken auf manche Menschen inspirierend, die sich in einer Sinn- oder Identitätskrise befinden oder sich aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen Diskriminierung ausgesetzt sehen. Um den propagandistischen Erfolg zu maximieren, wird seitens des IS Propagandamaterial in verschiedenen Sprachen und zum Teil inhaltlich auf bestimmte Zielstaaten abgestimmt und durch eine

personell stark aufgestellte und organisatorisch gut strukturierte Medienabteilung soweit wie möglich gestreut und repliziert.

Internetbasierte soziale Netzwerke erlauben jedoch mehr als das permanente Verbreiten von Propagandamaterial in Echtzeit. Unabhängig von ihrem geographischen Standort können sich Individuen, die Gefallen an der Propaganda finden, mit Gleichgesinnten austauschen. Dies begünstigt eine Beschleunigung und Intensivierung von Radikalisierungsprozessen. Des Weiteren bieten Twitter, Facebook oder YouTube Anwerbern die Möglichkeit in Kontakt mit potentiellen Rekruten zu treten. Neben den öffentlich einsehbaren Gruppengesprächen kommunizieren Anwerber auch in privaten, von Dritten zunächst nicht einsehbaren Gesprächen (private messages) über Websites wie Twitter und Facebook oder Smartphone-Anwendungen wie WhatsApp mit potentiellen Rekruten. Auf diesem Weg werden meist auch finanzielle und logistische Unterstützung für eine Ausreise in das vom IS kontrollierte Gebiet koordiniert.

Zahlreiche vereitelte und umgesetzte Terrortaten westlicher radikal-islamistischer Einzeltäter belegen, dass jihadistische Radikalisierung heute nicht mehr notwendigerweise des direkten physischen Kontakts zu radikal-islamistischen Individuen oder Organisationen bedarf. Bei der überwiegenden Mehrheit der durch den IS inspirierten, in westlichen Staaten umgesetzten oder vereitelten Terrorakte handelt es sich um logistisch einfach durchzuführende Amoksszenarien. Im Gegensatz zu den Taten Al Qaedas – wie die Anschläge des 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten oder am 11. März 2004 in Madrid – lassen sich solche Taten von Einzeltätern ohne großes Knowhow, technische oder materielle Unterstützung planen und durchführen. Seit Herbst 2014 fordert der IS in seiner Onlinepropaganda gezielt und mit erheblichem Erfolg westliche Einzeltäter auf in ihren Heimatstaaten Terroranschläge durchzuführen.

Seit Herbst 2014 entfernen die Anbieter internetbasierter sozialer Netzwerke regelmäßig jihadistisches Propagandamaterial und sperren Nutzerkonten von entsprechenden Verbreitungsquellen. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass es trotz aller Bemühungen der Websitebetreiber und staatlicher Stellen lediglich gelingen wird die Verbreitung von jihadistischer Onlinepropaganda einzudämmen.

Jihadistische Hymnen und Gedichte

Dr. Behnam T. Said

Durch das Erstarken der Miliz „Islamischer Staat“ (IS) und der Ausrufung ihres „Kalifats“ im Juni 2014 ist das Interesse am IS und generell an der Bewegung des Jihadismus stark gestiegen, wie sich an zahlreichen Publikationen (wissenschaftlicher und journalistischer Art) zur Thematik ablesen lässt. Diese jüngste Welle der Aufmerksamkeit hat auch Felder erfasst, die bislang eher als exotische Randgebiete der Forschung galten, wie etwa jihadistische Hymnen und Gedichte. Insbesondere seit der IS auch an dieser Front in die Offensive gegangen ist und zahlreiche eigene Lieder produziert – teilweise als „Soundtrack“ zu Videoveröffentlichungen verwendet – sind die „Naschid“ genannten Hymnen in das Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gerückt und es stellen sich daher drängender denn je Fragen nach ihrer historischen Herkunft, Funktion und Wirkung.

Eine lange Historie

Es war nicht der IS, der jihadistische Hymnen „erfand“ oder erstmals bewusst einsetzte. Vielmehr knüpft der IS an eine weit zurückreichende Tradition der jihadistischen Bewegung an.

Ursprünglich stammen „Naschids“ (pl. anaschid und unshuda¹⁴), also melodisch rezitierte religiöse arabische Poesie, aus dem Sufismus (islamische Mystik), der von Salafisten – dessen militante Form der Jihadismus ist – theologisch massiv abgelehnt wird. Diese Art der gesungenen Dichtung erlebte im Zuge des arabischen „Wiedererwachsens“ im 19. Jahrhundert (nahda) eine Renaissance. Insbesondere in Syrien und Ägypten setzte dann jedoch spätestens ab den 1930er (Ägypten) und 1940er Jahren (Syrien) die islamistische Welle ein, die ideologisch und strukturell zunächst von der Muslimbruderschaft (MB) und von ihr inspirierter Organisationen dominiert war. Die MB war in ihrer Islam-Auslegung eher pragmatisch orientiert und stellte daher auch Theater, Dichtung und Musik in den Dienst ihres „Rufens zum Islam“ (da´wa). Ebenso griffen weitaus radikalere, militante Islamisten zur Form des Liedes und des Gedichts, welches in der arabischen Welt ein hohes Ansehen genießt, um ihre Botschaft unters Volk zu bringen. In dieser Entwicklung, die in den späten 1970er Jahren voll ausgeprägt war, liegt der Ursprung der jihadistischen Naschids.

Der Krieg der „Mujahidin“ in Afghanistan gegen die kommunistische Regierung und die sowjetischen Truppen von 1979-1989 stellte, nach den Auseinandersetzungen zwischen Islamisten und Staat in diversen arabischen Staaten, dann einen weiteren Brunnen der Inspiration für Dichter mit islamistischer Gesinnung dar. Im Zuge des Krieges entstanden daher neue Gedichte und Lieder, so etwa auch das erste Album mit jihadistischen Trauerhymnen, welches den Titel „Die Karawanen der Märtyrer“ trug. In Palästina entdeckte die 1987 gegründete Hamas die Macht des Liedes, welches zuvor schon von säkularen Nationalisten verwendet wurde, für sich und es wurden vermehrt Hamas- und Jihad-verherrlichende Hymnen produziert. Ab den 1990er Jahren wurden Naschids dann vermehrt in jihadistischen Videoproduktionen eingesetzt. Den globalen „Durchbruch“ erreichten die bis dato hauptsächlich auf Kassette verbreiteten Lieder dann insbesondere durch das Aufkommen des Internets ab den späten 1990er Jahren und den Irak-Krieg ab 2003, in dessen Folge viele neue jihadistische Videos, Gedichte und Hymnen entstanden. Gegen Ende der 2000er Jahre wurden dann auch erstmals Naschids in europäischen Sprachen verfasst, auch auf Deutsch.

¹⁴ Hier wird aus sprachlich-ästhetischen Erwägungen dem eingedeutschten Plural „Naschids“ der Vorzug gegeben.

Funktion und Wirkung

Besonders von Personen, die über ihre Erlebnisse in einer jihadistischen Organisation berichten, liegen einige Hinweise darauf vor, dass Musik Radikalisierungsverläufe unterstützen oder begünstigen kann – was im Übrigen auch für andere Formen von Extremismus gilt. Die tatsächliche Wirkung von Liedern mit militant-politischer Botschaft auf ein Individuum lässt sich nur schwer nachweisen. Doch können wir Aussagen über die intendierte Wirkung, also die Funktion der Lieder treffen. Noch recht harmlos klingt die Formulierung aus einer frühen Naschid-Sammlung aus den 1980er Jahren, in der die Lieder als „Mittel zur Mission“ beschrieben werden.

Aus diversen Äußerungen islamistischer Ideologen und Autoren wird jedoch auch deutlich, dass Naschids explizit als Mittel verstanden wurden und werden, um zur „Opferbereitschaft“ und zum Jihad anzustacheln, wobei als Zielgruppe oft die junge Generation benannt wird. Zugleich sollen die Lieder zu einer globalen Kultur und kollektiven Identität des Jihadismus beitragen.

Eine weitere wichtige Funktion ist die Trägerschaft für Traditionen, aus denen ein kollektives Gedächtnis und ein historisches Bewusstsein der Bewegung erwachsen. So berichtete etwa ein Sänger jihadistischer Naschids über seine Zeit in einem syrischen Gefängnis, dass er die Inhaftierung und den daraus resultierenden Kontakt mit anderen islamistischen Gefangenen nutzte, um sich Gedichte und Liedtexte aus verschiedenen Konflikten anzueignen, die er dann verinnerlichte, um die Tradition fortzutragen. Der Charakter von Liedern als Träger von Tradition wird auch daran deutlich, dass diese auch Jahre oder gar Jahrzehnte nach ihrem Entstehen immer wieder neu interpretiert und von der Bewegung verwendet werden, etwa in Videoproduktionen von Organisationen wie al-Qaida. Der IS bildet hier allerdings eine Ausnahme und bricht mit der Tradition, indem er ausschließlich auf eigene Kompositionen und nicht auf die Überlieferungskette der althergebrachten Lieder zurückgreift. Dies macht der IS in bewusster Abgrenzung zu al-Qaida und der „alten Garde“ der Jihadisten, woraus deutlich wird, dass der IS zwar an eine lang bestehende Tradition anknüpft, zugleich jedoch ein Stück weit mit dieser bricht, um sie in einem eigenen Rahmen neu zu interpretieren.

Es wäre jedoch falsch, all dies als ein Spezifikum der Jihadisten anzusehen. Vielmehr sind Musik, Ideologie und Kampf auch in anderen Kontexten eng miteinander verwoben. Beispiele hierfür sind diverse Agitprop-Lieder der kommunistischen Bewegung, faschistische Lieder in Deutschland oder Italien in den 1920er und 1930er Jahren oder auch Soldatenlieder regulärer Armeen. Jihadisten bedienen sich daher lediglich eines weithin verbreiteten Mittels zur Mobilisierung, gestalten dies aber kulturspezifisch aus, um größtmögliche Resonanzen – also Anknüpfungspunkte zwischen der Bewegung und dem kognitiven Rahmen der Gesellschaft, in der die Bewegung agiert – zu erzeugen. Weiterhin werden Naschids verwendet, weil sich eine islamische Legitimität auch dann noch konstruieren lässt, wenn man – wie Salafisten es tun – Musik eigentlich als unislamisch ablehnt (s. nächster Abschnitt).

Wahhabitische Ablehnung

Die „revolutionären“, „begeisterten“ oder auch „islamischen“ Naschids, wie die jihadistischen Lieder in den 1980er Jahren noch häufig von den Anhängern der Bewegung selbst genannt wurden, stießen nicht in allen islamischen Kreisen auf Zustimmung. Ausgerechnet Wahhabiten und Salafisten, an denen Jihadisten sich theologisch orientieren, standen den Gesängen kritisch gegenüber und versuchten durch ihre Rechtsgutachten die Jugend vom exzessiven Hören der Lieder abzuhalten. Sie befürchteten zum einen, dass die Naschids vom Studium des Korans und der Prophetenüberlieferungen abhalten könnten und vertraten zum anderen die Auffassung, dass lediglich einige dieser Lieder zu bestimmten Anlässen und nur unter besonderen Bedingungen überhaupt gestattet seien. Einige wahhabitische Gelehrte aus Saudi-Arabien lehnten den Begriff „islamische Naschids“ auch durchweg ab, indem sie darauf verwiesen, dass diese Terminologie zu Zeiten des Propheten nicht bekannt gewesen sei.

Nasir ad-Din al-Albani, einer der anerkanntesten Vertreter der salafistischen Denkschule, ereiferte sich zudem über die Muslimbruderschaft, der er vorwarf, sich für eine „islamische Musik“ einzusetzen, die es seiner Auffassung nicht geben kann. Hieraus wird auch das Spannungsverhältnis deutlich, in dem Jihadisten sich bewegen: Sie weisen stets sehr stark darauf hin, dem „Weg der frommen Vorfahren“ (as-salaf as-salih) zu folgen und sich in Übereinstimmung mit den salafistischen Gelehrten zu verhalten. Gleichzeitig verdammen sie oft die Muslimbruderschaft für deren reformatorisches Projekt und werfen ihr vor, sich zu sehr den politischen Rahmenbedingungen anzupassen, etwa durch die Teilnahme an Wahlen. Doch gerade anhand des Umgangs mit Naschids wird die eklektische Vorgehensweise der Jihadisten ersichtlich, die sich wiederum aus ihrer Entstehungsgeschichte ergibt: Historisch aus dem radikalen Flügel bzw. den militanten Abspaltungen der Muslimbruderschaft hervorgegangen, haben sie sich den Pragmatismus der Muslimbruderschaft hinsichtlich des Umgangs mit Musik bewahrt (Der Zweck heiligt die Mittel).

Andererseits hat ab den 1970er Jahren, insbesondere durch den Einfluss Saudi-Arabiens, eine zunehmende „Salafisierung“ der jihadistischen Bewegung stattgefunden. Dies wird etwa ersichtlich aus der musikalischen Purifizierung der jihadistischen Lieder. Waren die frühen Gesänge noch von Handtrommeln begleitet, und die Hamas-Lieder sogar noch von Synthesizern, so schwand die instrumentelle Begleitung im Laufe der 1980er Jahre im Bereich des Jihadismus. Damit kam man den wahhabitischen und salafistischen Gelehrten ein Stück weit entgegen, die teilweise Kriterien für die Zulässigkeit von Naschids aufstellten. Hierzu gehörte neben dem Unterlassen von instrumenteller Begleitung beispielsweise auch, dass die Melodien nicht der populären Unterhaltungsmusik gleichen dürfen. Ein weiteres Anzeichen für die Salafisierung des Jihadismus ist das Verschwinden von sufisch bzw. rein religiös geprägten Naschids aus dem Korpus der islamistischen Hymnen, die in den frühen Naschid-Sammlungen noch einhellig neben bellizistischen Liedern zu finden waren.

Schlussbetrachtung

Schaffen es politische und soziale Bewegungen ihre Weltanschauung in „emotionalen Häppchen“ zu verteilen, so sind wichtige Voraussetzungen für deren Mobilisierungserfolg geschaffen.

In einem Aufsatz über jihadistische Gedichte notierte der deutsche Islamwissenschaftler Thomas Bauer hierzu: „Man wird nicht zum Terroristen, weil es eine Idee gibt, von der man sich in aller Nüchternheit hat überzeugen lassen, sondern man wird zum Terroristen aus Leidenschaft. Und diese Leidenschaft bringt nicht nur Anschläge, sondern auch Gedichte und Essays hervor, die weit mehr Einblick in die Seelenlandschaft der Menschen gewähren als normative religiöse Texte, die ohnehin von jedem anders ausgelegt werden.“¹⁵

Bauer hat damit prägnant formuliert, weswegen Ikonographie, Musik und Poesie auch im Jihadismus ein solch enormer Stellenwert zukommt. Doch drückt sich in der globalen jihadistischen Kultur nicht nur Leidenschaft aus, womit Kultur eine rein passive Projektionsfläche wäre, sondern es existiert auch eine aktive Ebene: So ist Kultur Trägerin von Tradition und Ideologie, wie sie auch eine Art Transmissionsriemen zwischen Bewegung und Außenwelt darstellt. Sie trägt weiterhin zum Entstehen einer „Gegenöffentlichkeit“ bei, die in der Auseinandersetzung zwischen Islamisten und Mehrheitsgesellschaft eine wichtige Rolle spielt. Weiterhin ist sie ein wichtiges Instrument, über nationale Grenzen hinweg ein „Wir-Gefühl“ sowie eine raum- und zeitübergreifende kollektive Erinnerung entstehen zu lassen.

¹⁵ „Die Poesie des Terrorismus“ in: Siebenjahrbuch Deutsche Oper Berlin MMIV-MMXI. Berlin 2011, S. 123-127, S. 125.

Erklärungsmodelle zur Mobilisierungsfähigkeit des Jihadismus sollten daher nicht bei der Ideologie stehen bleiben, sondern stets auch den kulturellen Rahmen berücksichtigen und in die Betrachtungen mit einfließen lassen.

Lesetipps:

- Behnam T. Said, Hymnen des Jihads - Naschids im Kontext jihadistischer Mobilisierung. Reihe: Mitteilungen zur Sozial- und Kulturgeschichte der islamischen Welt (MISK), Bd. 38. Ergon-Verlag, Nürnberg 2016.
- empfehlenswerte Zeitungsartikel: <http://www.theguardian.com/music/2014/nov/09/nasheed-how-isis-got-its-anthem>, <https://www.freitag.de/autoren/the-guardian/schwert-im-ohr>.

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im deutschsprachigen Salafismus

Dr. Ekkehard Rudolph

Unter muslimischen Gemeinschaften im Westen hat das Glaubens- und Gesellschaftsmodell des Salafismus in den letzten Jahren beträchtlich an Einfluss gewonnen. Seit Ende der 1990er Jahre sind salafistische Akteure auch in der Bundesrepublik Deutschland aktiv, seit ca. 2001 sind sie in diversen Netzwerken und zunehmend im öffentlichen Raum – hier vor allem im Internet – feststellbar (siehe auch Salafismus in Deutschland).

Von Beginn an verstanden es die Protagonisten der Bewegung, sich die ‚Neuen Medien‘ effektiv zunutze zu machen. Darin zeigte sich eine Kommunikationsstrategie, die es versteht, das Ziel der Verbreitung religiös-extremistischer Deutungsangebote mit den Bedürfnissen der modernen Mediengesellschaft zu verbinden. So werden seit ca. 2002 auf deutschsprachigen Internetseiten in sprunghaft ansteigender Zahl Rechtsgutachten (Fatawa, Sg. Fatwa), Predigten und islamische Glaubensauslegungen auf Deutsch bzw. in deutscher Übersetzung bereitgestellt. Diese Entwicklung korrespondiert mit dem globalen Anstieg mehrsprachiger Online-Angebote mit Audios, Videos, sogenannten „e-Fatwas“ und religiös-ideologischen Traktaten salafistischer Prediger.

Als Plattform zur Selbstdarstellung, Kommunikation und Vernetzung dienen vor allem Medien und soziale Netzwerke. Zudem verbreiten seit mehr als zehn Jahren diverse deutschsprachige Prediger – darunter etliche Konvertiten – salafistische Botschaften lokal und bundesweit auf Seminaren und Vorträgen.

Durch sichtbare und häufig provokante Aktivitäten wie z.B. Großveranstaltungen zur Solidarisierung mit inhaftierten „Glaubensgeschwistern“ und bundesweiten Infoständen – so etwa zur Verteilung kostenloser Koranexemplare, Broschüren oder Flyer mit islamischen Unterweisungen – ist der Salafismus als religiöse „Mainstream“-Ideologie in Medien und Öffentlichkeit sichtbar geworden. Im Internet beworben und teilweise als „Event“ zelebriert zeigen solche Aktionen vor allem in migrantischen Jugendmilieus einen nicht zu unterschätzenden Sogeffekt. Video-Mitschnitte von Vorträgen, Interviews und Statements im Zusammenhang mit Da’wa-Veranstaltungen (Da’wa = islamische Mission) werden im Anschluss in sozialen Netzwerken wie YouTube, Facebook und Twitter weiter verbreitet.

Für die Wirkung salafistischer Propaganda in der Öffentlichkeit nutzen salafistische Akteure und Sprecher bevorzugt gesellschaftliche Konfliktthemen, z.B. über die „korrekte“ islamische Glaubensausübung. So behaupten sie eine flächendeckende Tendenz zur „Islamfeindlichkeit“ oder zur Diskriminierung muslimischer Frauen, die einen Kopf- oder Gesichtsschleier tragen, festzustellen, um auf diese Weise Anhänger zu werben und die eigenen Reihen zu schließen.

Aktuelle Aktionsfelder salafistischer Netzwerke in Deutschland sind z.B. die Koranverteilungskampagne „LIES!“ oder „Siegel der Propheten“ und sogenannte „Benefiz“-Veranstaltungen mit Spendensammlungen zugunsten von Muslimen in Konfliktgebieten wie Syrien.

Mit der LIES!-Kampagne versuchen die Akteure des Netzwerks „Die Wahre Religion“ (DWR) seit 2011 in deutschen Innenstädten religiös wenig gefestigte Muslime und Nicht-Muslime an die salafistische Szene heranzuführen und diese Form der extremistischen Islamauslegung weiter zu verbreiten.

Eine aufsehenerregende, wenn auch lokale Propaganda-Aktion salafistischer Protagonisten in NRW war 2014 die Aktion „Shariah Police“. Der Aktion zugrunde lagen Beispiele und Erfahrungen aus Großbritannien, aber auch aus verschiedenen außereuropäischen Ländern. Durch eine an Polizeistreifen angelehnte „Patrouille“ vor Restaurants und Spielhallen versuchten Akteure der salafistischen Szene vor allem junge Muslime zur Befolgung islamischer Glaubensvorschriften z.B. hinsichtlich Alkoholenuss und Glücksspiel zu bewegen und sie so zu einer Rückkehr zum sogenannten „wahren“ Islam anzustacheln. Nach Reaktionen von Behörden und Medien stellte der Initiator der Aktion, ein bekannter deutscher Islamkonvertit, die Patrouille ein. Die Kampagne zeigte dennoch ein typisches Verhaltensmuster der salafistischen Szene in der Öffentlichkeit, die versucht, mit provokanten Initiativen maximale Resonanz im Dienst der „Da’wa“ zu erreichen, aber zugleich unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit zu bleiben, um Muslime schließlich sogar als „Opfer“ behördlicher Maßnahmen und der Gesellschaft erscheinen zu lassen.

Während solche öffentlichen Aktivitäten dem sogenannten „politischen Salafismus“ zugerechnet werden, der sich nach außen überwiegend gewaltlehnend zeigt, haben in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik auch gewaltbereite Salafisten für beträchtliche Aufmerksamkeit gesorgt.

So kam es 2012 u.a. bei einer Demonstration in Solingen und Bonn zu gewaltsamen Protesten, darunter auch zu tätlichen Angriffen auf die Polizei. In Drohvideos hatte die Gruppierung den Protest als vermeintlich legitimes Instrument zur „Verteidigung des Propheten Muhammad“ bezeichnet und zu weiteren Gewalttaten aufgerufen. In Folge verfügte das Bundesministerium des Innern das erste Vereinsverbot gegenüber der jihad-salafistischen Gruppierung „Millatu Ibrahim“ in Deutschland.

Die Tatsache, dass bei der Radikalisierung junger Muslime durch Salafisten öffentliche Veranstaltungen und Internetpropaganda wachsende Bedeutung erhalten haben, hat zur Folge, dass neben der Beobachtung und Verfolgung von strafrechtlich relevanten Aktivitäten neue präventive Maßnahmen zur Verhinderung des Zulaufs in die salafistische Szene zwingend notwendig geworden sind. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, zwischen verschiedenen Aussagen und Strömungen des Salafismus zu differenzieren, um Solidarisierungseffekte unter Muslimen zu vermeiden.

Lesetipp:

- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), Nicht nur eine Frage der Sicherheit – Salafismus in Deutschland als gesamtgesellschaftliche Herausforderung, Standpunkte Nr. 1/2015 (www.hsfk.de).

Medien-Dschihad: Entwicklung, Inhalte und Ziele

Dr. Asiem El Difraoui

Islam = Islamismus = Dschihadismus – diese völlig falsche und gefährliche Gleichung wird zu häufig in den westlichen Medien gemacht und von einer breiten Öffentlichkeit aufgegriffen. Daher gilt es herauszustellen, dass ein sehr großer Teil der 1,6 Milliarden Muslime weltweit keine Islamisten und erst recht keine Dschihadisten sind; sie sehen den Islam vielmehr als private Glaubenssache an und befürworten eine Trennung von Religion und Politik.

Islamismus ist ein schwierig zu handhabendes und weit gefächertes Konzept. Es wurde erst in den 1980er-Jahren durch die europäischen Sozialwissenschaften eingeführt und erst später von »islamistischen Gruppen« übernommen. Der Begriff kennzeichnet alle Bewegungen und Gruppierungen, die Elemente des Islam als Kernbestandteile politischer und gesellschaftlicher Systeme und als Lösung für deren Probleme sehen. Innerhalb des sunnitischen Islam lässt sich der Islamismus wiederum grob in drei Strömungen aufteilen: den politischen Islam, den Salafismus und den Dschihadismus.

Als politischer Islam werden gemeinhin alle Ableger der ursprünglich in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft sowie weiterer Gruppierungen bezeichnet, die an politischen Prozessen teilhaben wollen. Hierbei handelt es sich zum Teil um relativ moderate Gruppen wie die tunesische Ennahda und die türkische Regierungspartei AKP, aber auch um radikalere Organisationen wie die palästinensische Hamas.

Der Salafismus geht auf den Begriff der »frommen Altvorderen« (arabisch al-salaf al-salih) aus der Frühzeit des Islam zurück und ist eine pietistische Strömung des sunnitischen Islam, die den Koran und die Überlieferungen des Propheten als einzige Quellen des »wahren Glaubens« betrachtet. Sie ist stark von der in Saudi-Arabien staatstragenden Doktrin des Wahhabismus beeinflusst. Der Salafismus gilt als die im Moment am schnellsten wachsende Strömung des sunnitischen Islam, sowohl im arabischen Raum als auch in Europa. Die Salafisten lehnen politisches Engagement zumeist ab und sind in der Regel nicht gewalttätig. Jedoch vertreten sie häufig radikale Interpretationen des Islam, die sich auch im Dschihadismus wiederfinden.

Der Dschihadismus lässt sich als die extremistischste Auslegung des sunnitischen Islam definieren. Das Konzept des Dschihad, welches im Islam vielfältige Bedeutungen hat – etwa die einer inneren Glaubensanstrengung – wird hier allein auf den bewaffneten Kampf reduziert (siehe auch Die Legitimation des Jihad im Islam). Dieser Kampf wiederum gilt nicht nur als das wichtigste Instrument zur Lösung der meisten Probleme der muslimischen Welt, sondern auch als der alleinige Weg zur persönlichen Erlösung im Paradies.

Die Geschichte der dschihadistischen Propaganda, ihrer strukturellen Entwicklung und ihrer Ausbreitung lässt sich grob in vier Phasen einteilen: Erstens ihre Vorgeschichte im Afghanistankrieg gegen die Sowjetunion (1979 bis 1989), während der die dschihadistische Propaganda vor allem über klassische Printmedien, Audiokassetten sowie die ersten damals noch sehr kostspieligen VHS-Videos verbreitet wurde; zweitens die Ausweitung der Propagandaanstrengungen auf die westliche Welt und die Gründung der ersten Webseiten (1990 bis 2001), während der erstmals gezielte Überlegungen zu einer dschihadistischen Kommunikationsstrategie angestellt wurden; drittens die Globalisierung des dschihadistischen Internets (2002 bis 2006) nach dem 11. September 2001, der darauf folgenden Intervention in Afghanistan und vor allem dem Ausbruch des Irakkrieges 2003, der den Dschihadisten viele neue Sympathisanten verschaffte; und viertens die Nutzung der sozialen Netzwerke und neuen

Medien durch die Dschihadisten (2006 bis heute). Die aktuelle Phase des Cyber-Dschihad führte seit 2014 vor allem durch die Aktivitäten des so genannten „Islamischen Staats (IS)“ zu einer wahren Schwemme dschihadistischer Propaganda. In ihr wird die dschihadistische Symbolik mit den Codices westlicher Jugendkultur und der Ultra-Brutalität gewisser Videospiele vermischt und so zu einer Anti-Kultur des Dschihads, die auch Europas Jugend mehr und mehr infiziert.

Diese durch das so genannte Web 2.0 eingeleitete, sich teilweise mit der dritten überlappende vierte Phase des Cyber-Dschihad wird durch drei Hauptentwicklungen geprägt. Erstens begannen die Propagandisten des Dschihad, ihre Aktivitäten auf die sozialen Netzwerke und sogar auf die Smartphones auszuweiten. Somit erreichten sie auch die westliche Welt. Zweitens versuchten die Dschihadisten, beliebte Mainstreamforen in der islamischen Welt zu kapern. Drittens verstärkten sie ihre Aktivitäten im so genannten deep dark net, dem versteckten Netz. Vor allem soziale Netzwerke wie Facebook, Videoportale wie YouTube und Nachrichtendienste wie Twitter sind zu wichtigen Propagandaträgern geworden. Die Inhalte sozialer Plattformen finden sich zudem häufig in klassischen Medien oder Propaganda-Instrumenten wieder, etwa in dschihadistischen Printpublikationen oder Flugblättern. Es entstehen so genannte Crossmedia – eng miteinander vernetzte, flexible Medien.

Die rasante, offene, direkte und globale Kommunikation auf verschiedenen Kanälen und emotionsgeladene multimediale Inhalte von persönlichen Angaben, Texten, Musik und Videos erzeugen bei den Nutzern das Gefühl, Teil einer internationalen Gemeinschaft oder auch einer dschihadistischen Anti-Kultur zu sein, die in den neuen Medien quasi gleichberechtigt mit anderen Gemeinschaften und Kulturen besteht. Unter Nutzung der Codes, Gesten und Ästhetik europäischer Subkultur prägen dschihadistische E-Natives die Propaganda des Cyber-Dschihads, seine Symbolik und somit eine neue Generation von machtvollen Propagandisten des globalen Terrors. Dabei kapern sie geschickt die Symbolik des Islam, wie das schwarze Banner, das bereits vom Propheten Mohammed und seinen Gefährten als Kampfflagge benutzt wurde und das Siegel des Propheten. Gleichzeitig schaffen sie visuelle Ikonen, etwa durch ihre Darstellung des Paradieses, und verstoßen somit gegen das von ihnen eigentlich strikt geforderte Bilderverbot (siehe auch Jihad-Rekrutierung im Zeitalter des Web 2.0).

Ohne die vereinende und identitätsbildende Wirkung der audiovisuellen Propaganda gäbe es die weltumspannende dschihadistische Bewegung vermutlich gar nicht mehr. Vor allem aber ist es den Dschihadisten durch die Umdeutung und Annektierung von islamischen Konzepten und Symbolen gelungen, eine eigene Bildsprache und letztlich eine Anti-Kultur des Dschihad zu erschaffen. Durch das Wegfallen von Sprachbarrieren wurde der Wirkungskreis der Propaganda stark erweitert. Jugendliche können sich einfacher als je zuvor mit den Dschihadisten als Vorbildern identifizieren, wodurch die Hemmschwelle sinkt, sich dschihadistischen Organisationen anzuschließen.

In allen dschihadistischen Propagandaproduktionen werden komplexe theologische Inhalte auf phrasenhafte Dichotomien reduziert, die zu einem kompromisslosen „Wir (= die ‚wahren‘ Muslime) gegen Euch (= alle anderen)“ destilliert werden.

Gleichzeitig ist das virtuelle Dschihadistan des IS eine Welt des totalen Horrors und neu inszenierter Ultragewalt.

Die Ziele dschihadistischer Propaganda sind komplex und vielschichtig. Zum einen geht es darum, ein Maximum medialer Aufmerksamkeit zu erregen und so junge Muslime zur finanziellen, materiellen und physischen Unterstützung des Dschihads zu rekrutieren. Zweitens versuchen die Dschihadisten, ein geschlossenes Weltbild zu schaffen und die muslimische Gemeinschaft zu überzeugen, dass sie die alleinigen Vertreter des wahren Glaubens sind. Hierbei streben sie nach der Deutungshoheit über islamische Schlüsselkonzepte und Symbole, was ihnen zum Teil auch gelungen ist. Drittens versuchen die Dschihadisten, durch die Manipulation dieser Konzepte und Symbole ihre eigene Mythologie und Heilslehre zu etablieren. Diese Eschatologie beinhaltet eine Kosmologie, in der Dschihadisten die

einzig wahren Gläubigen sind; nur sie kommen ins Paradies. Die Führer dschihadistischer Gruppen werden zu den einzig legitimen Verkündern der göttlichen Offenbarung stilisiert und mit ihrem Heilsversprechen durch den Märtyrertod zu selbsternannten Propheten im Weberschen Sinn. Die Selbstmordattentäter wiederum werden nach diesem Verständnis als Märtyrer zu Heiligen, die vor allen anderen Muslimen ins Paradies gelangen.

Dieser Text ist ein Auszug aus dem Kapitel „Islamistische Medien: Vom Wahhabismus über die Muslimbrüder zum Cyber-Jihad“ aus dem kürzlich erschienenem Buch „Arabische Medien“ (s.u.).

Lesetipps:

- El Difraoui, Asiem: Al Qaida par l'image. La prophétie du martyre. Paris 2013.
- El Difraoui, Asiem: jihad.de. Jihadistische Online-Propaganda: Empfehlungen für Gegenmaßnahmen in Deutschland. SWP-Studien 2012/S 05, Februar 2012.
- El Difraoui, Asiem: Propaganda und Märtyrertum: Drei Jahrzehnte Videodschihad. In Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2013, S. 43-51.
- El Difraoui, Asiem: Islamistische Medien: Vom Wahhabismus über die Muslimbrüder zum Cyber-Jihad, in: Asiem El Difraoui & Carola Richter (Hrsg.), Arabische Medien. Konstanz 2015, S. 117-128.
- Winter, Charlie: The Virtual 'Caliphate': Understanding Islamic State's Propaganda Strategy, Quilliam July 2015.

Sprache, Begriffe und Symbole der salafistischen Szene

Dr. Ekkehard Rudolph

In der Außendarstellung zeigt sich der Salafismus in Deutschland in den letzten Jahren häufig als Jugend- oder Subkultur. Er präsentiert sich modern und zielgruppengerecht und bietet „suchenden“ Muslimen, darunter vielen Konvertiten, ein willkommenes Instrument, um gegen die Eltern oder den Staat zu protestieren (siehe auch Salafismus in Deutschland und Salafismus als Jugendbewegung).

Dem unbedarften Konsumenten wird die extremistische Agenda kaum deutlich. Aussagen, die in den Bereich der Strafbarkeit fallen können, werden von ihnen als solche nicht wahrgenommen, sondern im Gegenteil als Beweise für den „wahren Glauben“ empfunden. Vielen Sprechern und Akteuren der Szene gelingt es in den entsprechenden Gruppen, eigene Codes der Kommunikation zu entwickeln. Mit ihnen kann sich der Einzelne als ernsthafter Gläubiger erkennbar machen, von Anderen abgrenzen und weitere Muslime für die salafistische Da'wa (= Mission) werben.

Zum Repertoire des Salafismus zählen Symbole und Erkennungszeichen wie z.B. ein typisches äußeres Erscheinungsbild: Männer tragen Voll- oder Kinnbart, knöchelfreie Beinkleider und Gebetskappe (Takke), Frauen einen Hijab (Kopfschleier) oder – noch verbreiteter – einen schwarzen Vollschiefer, den Niqab, der Gesicht und Körper bedeckt. Salafistisch beeinflusste männliche Jugendliche, die etwa Korane in deutschen Fußgängerzonen verteilen, tragen aber mittlerweile auch T-Shirts z.B. mit „Muslim-Superman“-Emblem und Kapuzen-Pullovern. Sie zeigen damit Parallelen zur Symbolik westlicher Popkultur einschließlich ihres in der Rapper-Szene üblichen „Bad-Boy-Image“.

Neben der maximalen Abgrenzung von den modischen Trends der Mehrheitsgesellschaft versuchen Salafisten auf diese Weise besondere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erregen und nicht zuletzt neue Anhänger unter jugendlichen Zielgruppen zu gewinnen.

Ein markantes Zeichen der Szene sind stetig wiederkehrende Begriffe und Slogans, die zumeist aus dem Arabischen stammen und in einem religiösen Kontext stehen. Sie werden häufig in einer extremistischen Art und Weise umgedeutet, politisiert und schließlich in sozialen Netzwerken als nachzuahmende ‚Codes‘ präsentiert und verbreitet.

Als Erkennungszeichen salafistischer Akteure dient mittlerweile überall das Symbol des erhobenen Zeigefingers der rechten Hand. Es zeigt nach außen ein religiöses Bekenntnis, nämlich den strikten Ein-Gott-Glauben (Monotheismus, arab. Tauhid). Zugleich erfährt es eine Umdeutung als Geste eines exklusiven, intoleranten Islamverständnisses.

Typische Beispiele sprachlicher ‚Codes‘ sind auch die aus dem Koran stammenden Begriffe „Kufr“ (= Unglaube) und „Taghut“ (= unislamisches Götzensystem), die Salafisten gerne als Gegensatz-Paare zum eigenen „wahren“ Glauben verwenden.

Daneben finden in salafistischen Milieus, vor allem solchen mit gewaltorientiertem Hintergrund, auch Parolen Verbreitung, die deutliche Sympathien für den Jihad und den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) zeigen. Ein Beispiel ist der Begriff „Al-Dawla Al-Islamiya baqiya“ (= Der Islamische Staat bleibt). Um Zuordnungen zu verschleiern und mögliche strafrechtliche Maßnahmen zu vermeiden, wird von den Anhängern oft auch nur der Begriff „Baqiya“ als Synonym für den IS verwendet.

Ein weiteres Szene-Merkmal sind religiöse Hymnen zur emotionalen und künstlerischen Aufwertung salafistischer Botschaften. Auch wenn Musik im herkömmlichen Sinn ebenso wie Tanz bei Salafisten

verpönt, d.h. „haram“ ist, haben sich sogenannte „Anashid“ (Sing. Nashid = religiöser Sprechgesang) als Alternative zu westlichen Musikgenres durchgesetzt. „Anashid“ waren vor allem im Umfeld der islamischen Mystik (Sufismus) ursprünglich Ausdruck für eine religiöse Sinnsuche und diente der Mobilisierung zum Glauben. In den letzten Jahrzehnten nutzen Salafisten und gewaltbereite islamistische Gruppierungen diese Form des Gesanges zur Politisierung und als Aufruf zum Kampf gegen Nicht-Muslime (siehe auch Jihadistische Hymnen und Gedichte).

Die Kampf-Anashid weisen eine starke Rhythmik auf, sind meist a capella und werden, wenn überhaupt, nur von Handtrommeln begleitet. In den klassischen Anashid werden häufig Mut, Stärke und Furchtlosigkeit der Gläubigen beschworen, und an heldenhafte historische Ereignisse erinnert. Seit einigen Jahren gibt es auch deutschsprachige Anashid, die den militanten Jihad und Märtyrertod verherrlichen und zur Teilnahme am Kampf in Krisengebieten wie aktuell in Syrien auffordern. Beliebte sind Lieder, die Begeisterung für den Jihad entfachen und die Muslime auffordern, das Schwert für die Sache Allahs zu erheben. Sie werden auch bevorzugt zur Motivation der „Mujaheddin“ (= Kämpfer für den Jihad) eingesetzt, hier vor allem in entsprechenden Videos, um die Wirkung der Bilder zu unterstützen.

Die Kampf-Hymnen können aufgrund ihrer Inhalte und ihrer suggestiven Wirkung Radikalisierung fördern. Sie zielen auf Jugendliche ab, die oft nicht erkennen, dass sie mit Gedankengut indoktriniert werden, das den militanten Jihad sowie den Märtyrertod zu vermeintlich essenziellen Bestandteilen des Islam erhebt.

Lesetipp:

- Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (Hrsg.), Extremistischer Salafismus als Jugendkultur – Sprache, Symbole, Style. Düsseldorf, August 2015 (www.mik.nrw.de).

Kleines Lexikon des Islamismus

Von A-Z

Im A-Z, dem „Kleinen Lexikon des Islamismus“, werden Begriffe erklärt, die im islamistischen Sprachgebrauch immer wieder auftauchen. Meist sind dies arabische und in ihrem Ursprung religiöse Begriffe, die von Islamisten auf bestimmte Art und Weise interpretiert und instrumentalisiert werden, etwa als Rechtfertigung für Gewalt. Daneben werden die einflussreichsten Vertreter des islamistischen Gedankenguts porträtiert – Intellektuelle wie Anführer von islamistischen und terroristischen Organisationen.

Es kann hier nur eine Auswahl an Begriffen erklärt und die wichtigsten Vertreter des islamistischen Gedankenguts vorgestellt werden. Ein Anspruch auf Vollständigkeit besteht also nicht, zu umfassend und dynamisch sind die Entwicklungen in diesem Bereich.

'Abduh, Muhammad (1849–1905)

Dr. Christian Funke

Muhammad 'Abduh war ein ägyptischer Rechtsgelehrter, Richter und Schriftsteller, der bestrebt war, den Islam, die Vernunft und moderne Wissenschaften miteinander zu vermählen. Durch seinen spirituellen Mentor Dschamal ad-Din al-Afghani wurde er mit europäischen Denkern vertraut. Er vertrat die Ansicht, dass eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung nur durch Bildung zu erreichen sei. 'Abduh beschäftigte sich insbesondere mit dem Islam und seinem Platz in der Moderne und vertrat die Ansicht, dass der Islam von dekadenten Einflüssen bereinigt und in seinen Urzustand zurückgeführt werden müsse. Insbesondere prangerte 'Abduh die Aufspaltung des Islams in verschiedene Rechtsschulen an und forderte, dass sich das »Tor der freien Rechtsauslegung« (→ s. idschtihad) wieder öffnen müsse. Auch wenn seine Ideen nicht zuletzt vor dem Hintergrund der erwachenden ägyptischen Nationalbewegung zu lesen sind, in dessen Rahmen er den Islam als Instrument verstand, das gegen westliche Einflüsse schützen sollte, ist er für moderne Salafisten attraktiv: So forderte 'Abduh die Rückbesinnung auf Koran und Sunna, kritisierte die Heiligenverehrung des Volksislams und andere »Neuerung« (→ s. bid'a). Es war jedoch vor allem sein Schüler Raschid Rida, der 'Abduhs Wirken in der Retrospektive salafisierte.

Ahl al-sunna wa-l-dschama'a

Dr. Christian Funke

Der mit »die Leute der Tradition (Muhammads) und der (Mehrheits-)Gemeinschaft« zu übersetzende Begriff ahl al-sunna wa-l-dschama'a ist die Selbstbezeichnung des sunnitischen Islams. Seine Genese hängt mit der Frage nach der Nachfolge Muhammads zusammen (→ s. Kalifat). Er stellt heute mit knapp 90 Prozent die Bevölkerungsmehrheit unter den Muslimen.

Al-Baghdadi, Abu Bakr (geb. 1971)

Dr. Christian Funke

Der Iraker Abu Bakr al-Baghdadi ist der Anführer des sog. „Islamischen Staates“ (IS) und nimmt seit Mitte des Jahres 2014 für sich in Anspruch als »Kalif Ibrahim« (→ s. Kalifat) die islamische umma (→ s. umma) zu führen. Er ist der de facto-Herrscher der von dem IS kontrollierten Gebiete in Syrien und im Irak. Die persönlichen Hintergründe al-Baghdadis bleiben schemenhaft: Es heißt, er habe Anfang der 2000er in islamischer Theologie promoviert und sei nach einer kurzen Tätigkeit im Moscheebereich in einem amerikanischen Gefangenenlager im Irak interniert gewesen. Nach seiner Entlassung war er in der Terrorgruppe al-Qaida im Irak aktiv. Diese nannte sich 2006 in Islamischer Staat im Irak um. 2010 wurde al-Baghdadi deren Führer. Unter seine Ägide fällt ab 2011 die Beteiligung am syrischen Krieg und aufgrund dieser »Internationalisierung« der Gruppe auch der Bruch mit al-Qaida und anderen islamistischen Milizen. Zu al-Baghdadis innerem Zirkel zählen die beiden ehemaligen irakischen Armeeeoffiziere Abu Ali al-Anbari und Abu Muslim al-Turkmani. Der Anspruch al-Baghdadis auf die Führerschaft der islamischen umma ist auch innerhalb des islamistischen Spektrums stark umstritten, wird jedoch von der nigerianischen Terrorgruppe Boko Haram anerkannt, deren Anführer Abubakar Shekau al-Baghdadi huldigte.

Al-Banna, Hasan (1906–1949)

Dr. Christian Funke

Hasan al-Banna war der Gründer der ägyptischen Muslimbruderschaft. Als Lehrer legte al-Banna besonderen Wert auf die Ausbildung und Unterweisung von deren Mitgliedern. Die Bildungseinrichtungen dienten zudem dem Zweck, zum Islam einzuladen (→ s. dawa) und diesen in der Gesellschaft zu erneuern. Al-Banna zeichnete sich insbesondere durch seinen politischen Aktivismus aus: Nicht nur von der hohen Warte der Theologie, sondern im alltäglichen Leben sollten die Moralvorstellungen der Muslimbruderschaft und die eines reformierten Islams erfahren werden. Wohltätigkeit war somit nicht nur ein Instrument, um die Botschaft zu vermitteln, sondern Teil des geistigen und sozialen Wiederaufbaus selbst. Al-Bannas Denken ist maßgeblich vom britischen Kolonialismus, der Palästina-Frage und den politischen Entwicklungen in seiner Heimat Ägypten geprägt. Im Jahre 1949 wurde al-Banna, wohl im Auftrag der ägyptischen Regierung, ermordet.

Al-salaf al-salih

Simon Conrad

Ein zentraler Begriff innerhalb islamistischer Strömungen, der mit „die frommen Altvorderen“ übersetzt wird und von dem sich der Begriff der salafiyya (→ s. salafiyya) ableitet. Es gelten die Gefährten Muhammads (→ s. sahaba) und die Muslime der ersten vier Kalifen als al-salaf. Gemeinsam haben Konzeptionen der al-salaf al-salih, dass sie mit den Altvorderen die Praxis eines ursprünglichen, makellosen Islam assoziieren: Das Adjektiv salih leitet sich vom arabischen salah ab, einem Kernbegriff islamistischer Strömungen, der als Idealzustand der Rechtschaffenheit, Reinheit, und Frömmigkeit übersetzt werden kann und mit einem „goldenen Zeitalter“ des frühen Islams in Verbindung gebracht wird. Diesen Zustand der salaf begründen islamistische Strömungen mit einer unvermittelten, wörtlichen Lesart und Verinnerlichung der koranischen Offenbarung, die der islamischen exegetischen Tradition vorausging und als Bedingung für rechtschaffendes Leben im Diesseits und im Jenseits angesehen wird – wobei insbesondere in der frühen salafiyya auch materielle und kulturelle Prosperität gemeint ist. Der Rekurs auf al-salaf al-salih ist der Versuch, durch eine Rückbesinnung auf die Entstehungszeit des Islams den Bewusstseinszustand und die Lebensweise der frommen, rechtschaffenden Altvorderen in der Gegenwart wieder zu verkörpern – wobei die Art und Weise dieser Vergegenwärtigung von einer individuellen, oft apolitischen Geisteshaltung bis zum militanten Extremismus terroristischer Organisationen reicht.

Al-wala' wa-l-bara'

Dr. Christian Funke

Die Doktrin von »Loyalität und Lossagung« ist eine neue Doktrin des wahhabitischen (→ s. Wahhabiyya) und salafistischen Islams, die zwischen »wahren Muslimen« und »Ungläubigen« unterscheidet. Sie fordert Muslime dazu auf, gegenüber anderen Muslimen Loyalität und Freundschaft zu wahren, Ungläubige jedoch zu meiden. Wurde ein ähnliches bei den Schiiten praktiziertes Konzept, das zur Abgrenzung von Sunniten diente, noch von sunnitischen Rechtsgelehrten als bid'a (→ s. bid'a) abgelehnt, popularisierten wahhabitische Denker es aber in den 1970er-Jahren auch für den salafistischen und wahhabitischen Islam.

Bid'a

Dr. Christian Funke

Mit bid'a (arab. »Neuerung«) werden in der klassischen Rechtsdoktrin Ansichten und Praktiken bezeichnet, für die es keine Präzedenz aus der Zeit des islamischen Propheten Muhammad gibt. Im Gegensatz zur Sunna, also der Tradition, deren Nachahmung geboten ist, ist die bid'a im Allgemeinen abzulehnen. Gleichsam bildete sich in den ersten Jahrhunderten der islamischen Zeitrechnung die Unterscheidung zwischen »guter« und »schlechter Neuerung« heraus: So gelten etwa das Studium der arabischen Grammatik und Rhetorik oder der Tradentenketten der Prophetenüberlieferungen, für die es zu Lebzeiten Muhammads keine Präzedenz gab, sogar als Pflicht der islamischen Gemeinschaft, dienen sie doch dem Verständnis und der Bewahrung der Tradition. Nicht die Neuerung als solche rückt in das Zentrum der Debatte, sondern ihr Verhältnis zu Koran und Sunna. Lediglich im Widerspruch zu Koran und Sunna stehende Innovationen sind demnach abzulehnen. Islamistische Strömungen zeichnen sich hingegen durch ein sehr rigides Verständnis von bid'a aus, das mit dem Konzept der »guten Innovation« bricht. Alle Praktiken, die für die Zeit der Altvorderen (→ s. al-salaf al-salih) nicht bezeugt werden können, gelten damit als verwerflich. Diese Ablehnung bezieht sich keineswegs auf Technologien, sondern vor allem auf die religiöse und gesellschaftliche Sphäre. In islamistischen Diskursen stehen vor allem die über Jahrhunderte gewachsenen volksislamischen Praktiken und Überzeugungen sowie »westliche« Konzepte wie Demokratie und Menschenrechte im Zentrum der Ablehnung.

Bin Laden, Osama (1957–2011)

Dr. Christian Funke

Osama bin Laden war der Gründer und Anführer des Terrornetzwerkes al-Qaida und gilt als Drahtzieher der Anschläge vom 11. September 2001. Als Spross einer saudi-arabischen Unternehmerfamilie mit guten Beziehungen zum Haus Saud verfügte er über beträchtliche finanzielle Mittel. Bin Laden unterstützte nach der sowjetischen Invasion Afghanistans den dortigen Widerstand (→ s. mudschahedin) finanziell und organisatorisch. Seine militärischen Anstrengungen und der Versuch, den afghanischen Widerstand im Sinne der wahhabitischen Ideologie (→ s. Wahhabiyya) zu arabisieren und zu islamisieren, trugen jedoch kaum Früchte. Nach dem Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan kehrte bin Laden nach Saudi-Arabien zurück und ließ sich später im Sudan nieder. War es zunächst der Sturz säkularer Regierungen der arabischen Staaten, die bin Laden als Ziel verfolgte, rückten in seiner Ideologie die Vereinigten Staaten als Hauptgegner des Islams in den Fokus. Nach der Machtergreifung der Taliban wurde bin Laden ihr »Gast« in Afghanistan. Er errichtete mehrere Ausbildungslager und gab u. a. die Anschläge auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Tansania (1998) und auf den amerikanischen Zerstörer Cole (2000) in Auftrag. Am 9. September 2001 ließ er Ahmad Schah Massoud, den einstigen Führer des Widerstandes gegen die Sowjetunion, der nun gegen die Taliban kämpfte, ermorden. Bis zu seiner gezielten Tötung durch ein amerikanisches Kommando, konnte bin Laden auf die finanziellen Ressourcen seiner Familie zurückgreifen.

Chomeini, Ruhollah (1902–1989)

Dr. Christian Funke

Ruhollah Chomeini war ein iranischer Rechtsgelehrter, Revolutionär und Gründungsvater der Islamischen Republik Iran. Er entstammte einer Familie prominenter Notabeln, die den Klerus seiner Heimatstadt Chomein dominierte. In seiner Jugend begann er das Studium der schiitischen Jurisprudenz bei den führenden ulama (→ s. ulama) ihrer Zeit. Nach dem Tod seiner politisch quietistischen Mentoren trat Chomeini, der inzwischen selbst den höchsten Rang des schiitischen Klerus (Ajatollah) bekleidete, auch politisch in Erscheinung: So wandte er sich im Jahre 1963 gegen die Landreform und die Einführung des Frauenwahlrechts unter der Pahlavi-Monarchie. Chomeini wurde unter Arrest gestellt und nach erneuten Protesten des Landes verwiesen. Im irakischen Exil begann er ab 1970 seine Theorie von der »Statthalterschaft der Rechtsgelehrten« (velayat-e faqih) zu formulieren, die die Vormundschaft der ulama über Witwen und Waisen auf die gesamte Gesellschaft und ihr Politikwesen ausdehnte. Diese bildete die Grundlage für das politische System der Islamischen Republik Iran und bedeutete eine epochale Zäsur mit den traditionellen Konzepten von Herrschaft im schiitischen Islam. Als charismatischer Führer der Iranischen Revolution vermochte es Chomeini aus dem Exil heraus durch ein Bündnis mit islamistischen, sozialistischen und säkularen Gruppen den Schah zu stürzen und nachfolgend die Revolution und den Staat zu islamisieren. Chomeinis Ideologie verband islamische Theologie, Anti-Imperialismus und Populismus zu einem neuen politischen Diskurs, der auch über den Iran und die schiitische Welt hinaus starken Widerhall erfahren sollte und in die Diskussion des politischen Islam und über ihn eingehen sollte.

Dar al-Islam, Dar al-Harb

Dr. Christian Funke

Mit der Bezeichnung Dar al-Islam («Haus des Islams») und Dar al-Harb («Haus des Krieges») werden Gebiete unterschieden, die einerseits von Muslimen und andererseits von Nicht-Muslimen beherrscht werden. Zeitgenössische Rechtsgelehrte vertreten die Ansicht, dass die freie Ausübung der islamischen Religion ein zufriedenstellendes Kriterium ist, um ein Land als Dar al-Islam zu qualifizieren. Demgegenüber steht die traditionelle Auffassung, dass lediglich ein solches Gebiet als Dar al-Islam gelten kann, in dem die Scharia (→ s. Scharia) praktiziert wird und in dem ein muslimischer Herrscher regiert. Diese Auffassung wird im dschihadistischen Diskurs geteilt und mit der Aufforderung verknüpft, diejenigen Länder, die nicht zum Dar al-Islam, sondern zum Dar al-Harb, gehören, militärisch zu unterwerfen. Auch wenn das zugrundeliegende Konzept eine kontinuierliche Ausdehnung des Dar al-Islam vorsieht, besitzt es im zeitgenössischen Islam kaum Relevanz.

Da'wa

Simon Conrad

Da'wa bezeichnet wörtlich die „Einladung“ zum Islam und wird oft mit Missionierung in Verbindung gebracht. Tatsächlich kann da'wa aber auch die Aufforderung an Muslime bedeuten, an den Prinzipien ihrer Religion festzuhalten. Innerhalb vieler islamistischer Strömungen ist da'wa unter Muslimen und Nichtmuslimen ein zentraler Wesensbestandteil ihrer Ideologie: Zum Beispiel kann die Koranverteilaktion „Lies!“ deutscher Salafisten als da'wa verstanden werden.

Dschahiliyya

Simon Conrad

Als Dschahiliyya wird konventionell die „Zeit der Unwissenheit“ vor dem Islam bezeichnet. Einige Islamisten sehen sich einer neuen Dschahiliyya ausgesetzt, die sowohl Nicht-Muslime als auch Muslime miteinbezieht. Als Ursprung der Entfremdung vom „wahren Islam“ sehen sie vor allem den westlichen Einfluss. Auch Sayyid Qutb (→ s. Qutb, Sayyid) deutete sein Zeitalter als eine moderne Dschahiliyya, da sich die Menschheit ihm zufolge von der göttlichen Ordnung entfernt hat und in einem falschen Bewusstsein lebt.

Dschanna

Dr. Christian Funke

Mit Dschanna ist das als Garten vorgestellte Paradies gemeint, das im Koran als Ort beschrieben wird, den die Gerechten nach dem Tag des Jüngsten Gerichtes bewohnen. Während der Koran zahlreiche Details dieses Ortes in poetischer Sprache schildert und die klassische Literatur sich eng an diesen Schilderungen orientiert, widmen sich auch die salafistischen Vordenker Muhammad 'Abduh (→ s. 'Abduh, Muhammad) und sein Schüler Raschid Rida in ihren theologischen Überlegungen den Qualitäten des Paradieses.

Dschihad

Simon Conrad

Dschihad bedeutet Anstrengung oder Bemühung und meint im herkömmlichen Sinne die Anstrengung, ein gutes religiöses Leben zu führen. Dabei wird traditionell zwischen al-dschihad al-kabir, dem „großen Dschihad“, und al-dschihad al-saghir, dem „kleinen Dschihad“, unterschieden: Ersterer ist der gewaltfreie, persönliche Kampf gegen das Ego und den Unglauben, wohingegen Letzterer den „Dschihad mit dem Schwert“, also eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem Islam feindlich gegenüberstehenden Kräften impliziert. Im dschihadistischen Diskurs, d.h. in der Gewaltideologie von Dschihadisten, bedeutet dschihad jedoch eine gewaltsame Bekämpfung gegen Ungläubige, kuffar (→ s. kufur), und vermeintlich Unislamisches (siehe auch Die Legitimation des Jihad im Islam).

Fasad

Simon Conrad

Fasad ist ein Kernbegriff, der mit Korruption oder Verderben übersetzt werden kann. Viele islamistische Intellektuelle begründen ihr Wirken mit der Wahrnehmung einer vermeintlichen Krise: Dies kann eine moralische Krise sein, wie bei Muhammad 'Abduh (→ s. 'Abduh, Muhammad), eine Bewusstseinskrise, wie bei Sayyid Qutb (→ s. Qutb, Sayyid), oder eine Krise der sozialen Verhältnisse. Fasad bildet das Gegenstück zu salah, Rechtschaffenheit; islah, Reform, richtet sich gegen fasad (→ s. islah). Somit passt fasad in das dichotome Weltbild, das ein Wesensmerkmal vieler islamistischer Strömungen ist: Die Welt ist eingeteilt in Gut und Böse, Glaube und Unglaube etc.

Fatwa

Simon Conrad

Eine fatwa ist ein Rechtsgutachten eines islamischen Rechtsgelehrten, das in Bezug auf ein bestimmtes Problem ein nicht bindendes Gutachten auf Grundlage der Quellen der Scharia (→ s. Scharia) darstellt. Dieses Gutachten kann sich auf verschiedene Aspekte des Lebens beziehen, unter anderem auf Eheschließungen und Themen wie Fasten und Beten. Im sunnitischen Kontext zieht eine fatwa ihre Autorität aus der Größe der Gefolgschaft des Rechtsgelehrten: Da es keine zentrale Gerichtsbarkeit innerhalb der islamischen Gemeinschaft gibt, kann prinzipiell jeder Muslim eine fatwa veröffentlichen, auch wenn dies laut traditioneller Lehrmeinungen nur ausgebildeten Rechtsgelehrten zusteht. Im schiitischen Islam ist die Verkündung von fatwas weiterhin anerkannten Religionsgelehrten vorbehalten. In islamistischen Kreisen kann eine fatwa Gewalttaten legitimieren, die wiederum von anderen muslimischen Autoritäten mit einer fatwa verurteilt werden können.

Fiqh

Simon Conrad

Im islamischen Recht stellt fiqh den Korpus islamischer Jurisprudenz und die Methodik der Rechtsfindung dar. Fiqh leitet sich vom arabischen Verb faqaha ab, das so viel wie „wahrnehmen“ oder „herauslesen“ bedeutet: Der Versuch der vier sunnitischen Rechtsschulen (madhhab) ist, richtiges Handeln im Sinne der Scharia (→ s. Scharia) mithilfe verschiedener Rechtsquellen für verschiedene Aspekte des Lebens herauszukristallisieren. Die Rechtsquellen sind traditionell vier: der Koran, die Sunna, die übereinstimmende Meinung der Rechtsgelehrten und der Analogieschluss, wobei es hier zwischen den Rechtsschulen unterschiedliche Gewichtungen der Quellen gibt. Innerhalb islamistischer Strömungen wird diese Tradition meist umgangen und als taqlid, Nachahmung (→ s. taqlid), verstanden. Mit dem Literalismus islamistischer Strömungen einhergehend wird daher für einen direkten Rückgriff auf die Rechtsquellen plädiert, sodass bestehende Rechtsprechungen des fiqh vermieden werden.

Hakimiyya

Simon Conrad

Hakimiyya bedeutet übersetzt Souveränität oder Regentschaft und tritt vor allem in der von Sayyid Qutb vertretenen Kombination Hakimiyyat Allah auf, also der Souveränität Gottes (→ s. Qutb, Sayyid). Für Qutb ist Gottes Souveränität auf Erden vor allem eine Bewusstseinsfrage für Menschen: Nur wenn sich der Mensch der göttlichen Ordnung der Schöpfung vollends bewusst ist, entkommt er der Dschahiliyya, dem Zustand der Unwissenheit (→ s. Dschahiliyya). Der Begriff hat somit sowohl eine persönliche als auch eine politische Dimension: Nur durch eine kollektive Änderung des Bewusstseins hin zu einer Herrschaft Gottes kann das Entstehen der vorgesehenen, göttlichen Ordnung ermöglicht werden. Dabei ging Qutb selbst soweit, dass er Menschen, die nicht seine Auffassung von der göttlichen Ordnung teilten, nicht als Menschen betrachtete. Diese Einteilung in Hakimiyya und Dschahiliyya spielt daher oft in der Legitimierung terroristischer Gewalt eine Rolle.

Hidschra

Simon Conrad

Hidschra, übersetzt Migration oder Auswanderung, bezeichnet ursprünglich die Auswanderung des Propheten Muhammad und seiner jungen muslimischen Gemeinde von Mekka nach Medina im Jahr 622. Innerhalb islamistischer Strömungen hat dieses Konzept eine besondere Bedeutung: Auswanderungen in islamistische Kampfgebiete oder vermeintlich islamische Länder werden in Anlehnung an die Auswanderung Muhammads als hidschra verstanden. Dabei wird impliziert, dass in den Herkunftsländern eine vergleichbare Dschahiliyya vorherrscht wie im Mekka des Jahres 622 (→ s. Dschahiliyya). Vor allem im Wahhabismus (→ s. Wahhabiyya) und in den Schriften Sayyid Qutbs wird die prophetische hidschra als Vorbild für Muslime heute betont (→ s. Qutb, Sayyid): Muslime sollten sich zusammentun und das feindselige Gebiet verlassen und sich an einem sicheren Ort konsolidieren, um später im dschihad das feindselige Gebiet zu besiegen (→ s. Dschihad). Dieses Verständnis von hidschra und dschihad prägt viele gegenwärtige islamistische Strömungen.

Hisba

Dr. Christian Funke

In dem Terminus hisba ist die Doktrin »das Gute gebieten, das Schlechte verbieten« (al-amr bi-l-ma'ruf wa-n-nahi 'ani-l-munkar) zusammengefasst. Speziell bezeichnet hisba seit dem 9. Jahrhundert die Aufgaben des von den lokalen Autoritäten bestellten muhtasibs und sein Amt, das für die Überwachung des sittlichen Verhaltens in Städten verantwortlich war. Insbesondere waren es jedoch die Einhaltung der oft unübersichtlichen gesetzlichen Maß- und Gewichtseinheiten sowie der Qualitätsstandards und Preise von den auf städtischen Märkten angebotenen Erzeugnissen, die der Kontrolle der muhtasibs unterworfen waren. Während die sittliche Prüfung den Umgang der Geschlechter miteinander, die Anwesenheit beim Gebet und die Einhaltung von Kleidungs Vorschriften und Verhaltensnormen für Nicht-Muslime betraf, war es vor allem die Funktion als »Wirtschaftspolizei«, die den muhtasib auszeichnete. Nachdem die hisba in der frühen Neuzeit an Effektivität verlor, geriet sie durch die Reformen der Kolonialzeit fast in Vergessenheit. Bekannt wurde die neuzeitliche Verwendung der hisba, als im Falle von Nasr Hamid Abu Zaid, dessen liberale Koranexegese in die Kritik geriet, dessen Ehe aufgrund des Vorwurfs der Apostasie annulliert wurde. In Saudi-Arabien existiert eine »Religionspolizei«, die sich auf die hisba beruft. Auch im sog. »Islamischen Staat« kommt der hisba eine Rolle als Sittenpolizei zu, die beispielsweise den verbotenen Konsum von Alkohol und Zigaretten mit drakonischen Leibesstrafen ahndet. Inwiefern sie auch Qualitätskontrollen auf den Märkten durchführt, wie es die Propaganda glauben lassen möchte, lässt sich nicht überprüfen. In Europa wird in salafistischen Kreisen zuweilen die Forderung erhoben, in mehrheitlich von Muslimen bewohnten Vierteln eine »Religionspolizei« patrouillieren zu lassen.

Idschtihad

Simon Conrad

idschtihad ist ein Schlüsselbegriff, der einem einzelnen Gelehrten den direkten Rückgriff auf Quellen islamischer Rechtsprechung erlaubt, sofern keine adäquate Rechtsauffassung vorliegt – hierunter werden der Koran und die Sunna verstanden. Idschtihad spielt innerhalb islamistischer Strömungen eine wesentlich zentralere Rolle als im herkömmlichen islamischen Recht: Die frühe salafiyya-Bewegung (→ s. salafiyya) Muhammad 'Abduhs (→ s. 'Abduh, Muhammad) verstand idschtihad als die Norm und propagierte das Umgehen bestehender Lehrmeinung und deren Nachahmung, taqlid, dem Gegensatz zu idschtihad (→ s. taqlid). In islamistischen Gruppen wird demnach argumentiert, dass jeder Muslim islamisches Recht aus dem Koran und der Sunna ableiten kann. Somit wird fiqh (→ s. fiqh) sowie die intensive Ausbildung zum islamischen Rechtsgelehrten umgangen.

Islah

Simon Conrad

Islah ist ein Kernbegriff der Salafiyya-Bewegung (→ s. Salafiyya) und spielt auch heute noch eine große Rolle. Islah bedeutet im Grunde Reform und richtet sich dabei gegen die diagnostizierte Korruption, fasad, die sowohl innerislamisch als auch außerislamisch, persönlich oder institutionell sein kann (→ s. fasad). Spezifisch impliziert Islah dementsprechend das Herbeiführen von Rechtschaffenheit, salah, und die Wiederherstellung der Verhältnisse des Goldenen Zeitalters der al-salaf al-salih, meist in religiöser, aber auch oft in materieller Hinsicht (→ s. al-salaf al-salih).

Kafir, pl. Kuffar

Simon Conrad

Kafir bezeichnet einen Ungläubigen (→ s. kufr; takfir).

Kalifat

Dr. Christian Funke

Kalifat bezeichnet das nach dem Tode des Propheten geschaffene Amt, das die umma (→ s. umma) anführt sowie das von ihm beherrschte Territorium. Die Kalifen übernahmen als Nachfolger bzw. Statthalter Muhammads nicht dessen prophetische Aufgaben, da das Offenbarungsgeschehen als abgeschlossen galt. Jedoch musste die umma politisch, administrativ, militärisch und kultisch geführt werden. In der frühislamischen Debatte über die Herrscherlegitimation nahm die Frage, wer der geeignetste Kandidat für das Kalifat sei, eine zentrale Stellung ein. Sie führte zur Herausbildung der zunächst politischen Lager von Sunniten und Schiiten, die sich später auch in theologischen Fragen voneinander trennen sollten. Der Anspruch die gesamte umma zu führen wurde nie politische Realität und auch die tatsächliche Machtfülle der Kalifen nahm kontinuierlich ab. Mit der Eroberung Kairo durch die Osmanen (1517) und der Übertragung des abbasidischen Schattenkalifats auf den osmanischen Sultan findet auch der Anspruch, dass zumindest ein Angehöriger aus der Sippe Muhammads Kalif sein müsse, ein Ende. Erst im 19. Jahrhundert wurde die Kalifatsidee aufgrund ihres Potentials für die panislamische Bewegung durch die Osmanen stärker betont. Mit der Absetzung des letzten Kalifen durch Mustafa Kemal Atatürk (1924) brach eine Debatte über die Wiederausrufung des Kalifats aus. Während Raschid Rida, der wichtigste Schüler Muhammad 'Abduhs (→ s. 'Abduh, Muhammad), die Notwendigkeit dessen betonte und somit zum Pate der aktuellen islamistischen Forderungen wurde, verlor die Frage innerhalb der islamischen Welt bald an Relevanz und an praktischen Lösungsvorschlägen.

Kufr

Simon Conrad

Kufr bedeutet Unglaube oder etwas zu leugnen – im koranischen Sprachgebrauch ist es die Leugnung der Offenbarung des Korans und des Gesandten Mohammad und bezog sich ursprünglich auf die Polytheisten Mekkas. Dabei kann auch das Vertreten bestimmter, als unislamisch verstandener Positionen als kufr bezeichnet werden. Dabei gilt es zwischen dem größeren, kufr akbar, und dem kleineren Unglauben, kufr asghar, zu unterscheiden: Ersterer führt zur Aberkennung des Muslimseins und Ausgrenzung aus der islamischen Gemeinschaft (→ s. umma), Letzterer kann vergeben werden. Ein Ungläubiger ist ein kafir (pl. kuffar) und die Handlung, einem Muslim sein Muslimsein abzusprechen, heißt takfir (→ s. takfir). Die Unterteilung der Welt in zwei Pole – Muslime und Nichtgläubige, Islam und Unglaube – ist ein zentraler Bestandteil islamistischer Strömungen.

Mudschahed

Dr. Christian Funke

Als mudschahed (Pl. mudschahidun) wird derjenige bezeichnet, der den Dschihad übt. Dabei kommt auch hier die Unterscheidung zwischen dem geistigen und dem militärischen Dschihad (→ s. dschihad) zu tragen. In seiner politischen und militärischen Lesart wurde der Begriff während der Iranischen Revolution popularisiert. Verschiedene Gruppen, wie etwa die Volksmudschahedin, hatten sich den Terminus auf die Fahnen geschrieben. Insbesondere während der sowjetischen Invasion Afghanistans wurde er jedoch prominent: Der sich in unterschiedliche Gruppen islamischer und islamistischer Prägung teilende Widerstand wurde zum Sinnbild für den mit einer Kalaschnikow bewaffneten »Glaubenskrieger«.

Muslimbruderschaft

Simon Conrad

Die Muslimbruderschaft (arabisch: Jama'at al-ikhwan al-muslimiin) ist eine Bewegung sunnitischer Islamisten, die ihren Ursprung 1928 in Ägypten hat. Sie wurde von Hasan al-Banna gegründet (→ s. al-Banna, Hasan) und hat ihre geistesgeschichtlichen Wurzeln in der Salafiyya-Bewegung um Muhammad Abduh und Rashid Rida (→ s. Salafiyya). Die Gemeinschaft der Muslimbrüder, die im Laufe der Jahrzehnte zur einflussreichsten islamistischen Vereinigung im Nahen Osten wurde, ist ein Netzwerk, das sowohl wohltätige als auch religiöse Aufgaben wahrnimmt. Dabei geht es vor allem um da'wa, Missionierung, (→ s. da'wa) und die Bildung und Erziehung junger Muslime nach ihrer Vorstellung. Jedoch entwickelten sich aus der Muslimbruderschaft auch Strömungen, die die Verbreitung der Ideologie auch mit Gewalt durchzusetzen versuchten: Das prominenteste Beispiel ist der Vordenker des Dschihadismus, Sayyid Qutb (→ s. Qutb, Sayyid). Die Muslimbruderschaft steht seit ihrer Entstehung im Spannungsverhältnis zu Regierungen im Nahen und Mittleren Osten, beispielsweise in Ägypten und in Palästina in Form der HAMAS, und wird auf Grund ihres speziellen Islamverständnisses von großen Teilen der Muslime skeptisch gesehen oder gar abgelehnt (siehe auch Die Muslimbruderschaft).

Qutb, Sayyid (1905–1966)

Dr. Christian Funke

Der Lehrer Sayyid Qutb war der wichtigste Vordenker der Muslimbruderschaft (→ s. Muslimbruderschaft). Qutb trat kurz nach einem zweijährigen Bildungsaufenthalt in den USA aus dem ägyptischen Staatsdienst aus. Im Ausland entwickelte Qutb starke anti-westliche Tendenzen und erklärte den Modernismus westlichen Typs der arabischen Nationalstaaten zu einer Ursache für den von ihm konstatierten moralischen Verfall der Gesellschaft. Sein Hauptwerk ist ein umfangreicher Korankommentar. Bedeutend für den islamistischen Diskurs ist Qutbs Neuinterpretation des Konzeptes der Dschahiliyya (→ s. Dschahiliyya) und die mit ihm einhergehende Auffassung von Apostasie: Während in den vier Rechtsschulen ein Muslim auch dann als Muslim gilt, wenn er sündigt und seine Religion nicht wechselt, erklärt Qutb diejenigen Muslime, die modernen Ideen anhängen, für Ungläubige. Die Konsequenz dieses Für-Ungläubig-Erklärens (→ s. takfir) ist die Forderung nach der Todesstrafe für die Apostaten und bildet die Grundlage für Attentate und terroristische Anschläge. Ferner fügen sich in Qutbs Denken die Stränge salafistischer Theoretiker wie Rashid Rida und den politischen Aktivismus Hasan al-Bannas (→ s. al-Banna, Hasan) zusammen. In einem Schauprozess wurde Qutb 1966 zum Tode verurteilt.

Sahaba

Simon Conrad

Als Sahaba bezeichnet man die Gefährten des Propheten Muhammad. Sie sind der zentrale Referenzpunkt von Salafisten (→ s. al-salaf al-salih).

Salafiyya

Simon Conrad

Der Begriff Salafiyya bezeichnet ursprünglich eine islamische Reformbewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die sowohl innerislamische Missstände als auch die kolonialen, politischen Verhältnisse anprangerte. Angeführt durch den Theologen und Rechtsgelehrten Muhammad 'Abduh (→ s. 'Abduh, Muhammad) und seine Gefolgschaft richteten sich Mitglieder der Bewegung gegen eine starre, unflexible Religionsausübung, die aus ihrer Sicht vor allem im islamischen Recht nur bisherige Lehrmeinungen unreflektiert nachahmte (→ s. taqlid), ohne nach neuen Antworten für die gegenwärtigen Herausforderungen der Muslime zu suchen. Gleichzeitig wurde die Verwestlichung einiger Lebensbereiche, taghrib, kritisiert. Stattdessen versuchte die Salafiyya, mit Bezug auf das Goldene Zeitalter der frommen Altvorderen (→ s. al-salaf al-salih), das Islamverständnis der Muslime zu reformieren (→ s. islah). Im Zentrum dieser Bemühungen stand der direkte Rückgriff auf die islamischen Quellen (→ s. idschtihad), den Koran und die Sunna, und somit das Umgehen der islamischen Jurisprudenz (→ s. fiqh). Die Salafiyya entwickelte somit neuartige Ansätze der Koranexegese, des islamischen Rechts und legte etablierte Begriffe neu aus. Diese Erneuerung wurde jedoch als Rückkehr verstanden: Das Ziel war eine Rückbesinnung auf die al-salaf al-salih. Prinzipien der Salafiyya prägen noch heute islamistische Strömungen, vor allem den (Neo-)Salafismus (siehe auch Salafismus in Deutschland).

Scharia

Dr. Christian Funke

Mit Scharia wird die Gesamtheit des islamischen Gesetzes bezeichnet, des Gesetzes also, das seine Quellen in Koran und Sunna findet und wegen seines göttlichen Ursprungs als unveränderlich gilt. Die Scharia gliedert sich in zwei Grundkategorien: Der erste Bereich (al-ibadat) handelt von der Beziehung zwischen Mensch und Gott und befasst sich mit Fragen der Religionspraxis, wie etwa den Fastenregeln oder den rituellen Waschungen. Der zweite Bereich (al-mu'amalat) regelt die Beziehungen zwischen Mensch und Mensch und behandelt dabei etwa Fragen des Ehe-, Erbschafts- und Strafrechtes. Da die Scharia in der Auslegung zuweilen große Interpretationsspielräume offen lässt, bildete sich in den ersten islamischen Jahrhunderten die Disziplin der islamischen Jurisprudenz (→ s. fiqh) heraus, die das göttliche Gesetz in Form von Anleitungen und Rechtsgutachten praktikabel macht. Im islamistischen Spektrum wird diese klassische Form der vermittelnden Jurisprudenz zugunsten des direkten Rekurses auf die Altvorderen abgelehnt. Während sich in allen islamischen Staatswesen seit den ersten Jahrhunderten parallel zur Scharia auch ein weltliches Gesetz (qanun) entwickelte, das auf dem Gewohnheitsrecht, Herrscherverordnungen oder in der Neuzeit auf der Grundlage europäischer Vorbilder fußte und sich mit Fragen befasste, die in der Scharia nicht behandelt werden, lehnen islamistische Strömungen die Notwendigkeit einer Ergänzung zur Scharia ab, wird diese doch als allumfassend betrachtet.

Schirk

Dr. Christian Funke

Der im Koran zentrale Terminus Schirk (arab. »Beigesellung«) bezieht sich auf den polytheistischen Kult der Mekkaner, die dem einen Gott weitere Gottheiten beigesellen. So gilt die Reinigung der Kaba von den Götzenbildern als Wiederherstellung der Einheit Gottes. Im islamistischen Diskurs werden neben den im wahhabitischen Diskurs (→ s. Wahhabiyya) als Schirk abgelehnten Praktiken, wie zum Beispiel Heiligenverehrung, auch Demokratie, Kapitalismus und andere westliche Konzepte gleichfalls als Schirk qualifiziert.

Schura

Dr. Christian Funke

Der frühislamisch bezugte Terminus schura (arab. »Konsultation«, »Beratung«) ist ein Prinzip des islamischen Rechts. Dem Vorbild des Propheten folgend fordert es den Herrscher dazu auf, sich bei wichtigen Entscheidungen mit den gesellschaftlichen Eliten, in der Regel den ulama (→ s. ulama), zu beraten. In der islamischen Staatstheorie hat deren Ratschluss jedoch nur einen empfehlenden Charakter und die alleinige Entscheidungsgewalt obliegt letztlich dem Herrscher, der gemäß der Scharia handeln muss. Grundsätzlich liegt die Souveränität nicht in den Händen des Volkes, sondern ist von Gott an den Herrscher delegiert. In der Moderne standen modifizierte Schura-Ideen zuweilen Pate für die Namensgebung und Organisation staatlicher Institutionen, deren Spannweite von zumindest in der Theorie demokratisch verfassten Parlamenten (Indonesien, Pakistan) zu beratenden Gremien (Saudi-Arabien) reicht. Der »Schura-Rat« des sog. »Islamischen Staates«, der sich aus neun ulama zusammensetzt, überwacht die Einhaltung der Scharia (→ s. Scharia) durch den »Kalifen« (→ s. Kalifat).

Shahid, pl. Shuhada'

Simon Conrad

Shahid bedeutet Märtyrer. Das Märtyrertum spielt vor allem im radikalislamistischen, dschihadistischen Diskurs (→ s. dschihad) eine tragende Rolle: Für die Religion zu sterben gilt als Gnadengeschenk Gottes.

Takfir

Simon Conrad

Takfir bedeutet jemandem sein Muslimsein abzusprechen und die Person somit zum Ungläubigen, kafir, zu erklären (→ s. kufr). Diese Form der Ausgrenzung stellt herkömmlich eine extreme und seltene Form der Ausgrenzung dar. In manchen extremen islamistischen Strömungen ist sie jedoch ein wesentlicher Bestandteil der Ideologie: Sie ist häufig die Legitimation für Gewaltanwendungen gegen Muslime, die eine andere Islamauffassung haben. Dabei reagieren Gegner des Takfirs häufig selbst mit dem Vorwurf des Unglaubens.

Taqlid

Simon Conrad

Taqlid bezieht sich ursprünglich auf die Nachahmung der Rechtsmethodik und der Rechtsprechung, die im Laufe der Entwicklung der islamischen Jurisprudenz (→ fiqh) entstanden sind. Dabei wird das Konzept in verschiedenen Kreisen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Entstehung des Rechts unterschiedlich verstanden und konnotiert: Unter anderem bezeichnet es die Autorität der Rechtsgelehrten über die Laien in Fragen des Rechts, wobei es auch als Vorwurf der unbegründeten Nachahmung von Rechtsmeinungen verstanden werden kann. Vor allem im Kontext der Salafiyya (→ s. Salafiyya) ist das Wort negativ konnotiert und steht für die unreflektierte Nachahmung einer Lehrmeinung oder einer Rechtsschule (madhhab). Als alternatives Rechtsmittel wird für idschtihad (→ s. idschtihad) plädiert, wodurch weite Teile der etablierten Jurisprudenz umgangen werden.

Ulama

Dr. Christian Funke

Mit ulama (Sg. alim) wird die Klasse der islamischen Rechtsgelehrten bezeichnet. Während sich im schiitischen Islam ein regelrechter Klerus herausbildete, der aufgrund seines Verständnisses von Herrschaft eine gewisse Distanz zum Staat wahrte, waren die ulama in den sunnitischen Ländern personell und finanziell meist eng mit dem Staat und seinen Interessen verbunden. Neben ihren Hauptaufgaben, der Interpretation der Scharia (→ s. Scharia) und richterlichen Tätigkeiten, verrichten ulama auch kultische und administrative Tätigkeiten in den Moscheen und Stiftungen. Vor der Einführung eines Bildungssystems westlichen Typs waren die ulama auch die tragende Säule von Erziehung und Wissenschaft. Mit den Reformen des 19. und 20. Jahrhunderts wurde ihre politische Rolle stark begrenzt.

Umma

Dr. Christian Funke

Umma (arab. »Nation«, »Volk«, »Gemeinschaft«) bezeichnet die islamische Gemeinschaft, d. h. die Gesamtheit aller Muslime. Im tribalen Entstehungskontext des Islams bezeichnete umma die Anhänger Mohammads und grenzte sie von den genealogisch definierten Clanstrukturen ab. Mit der Zergliederung der umma in mehrere Staatswesen verlor die umma ihren einheitlichen politischen Charakter. Im Rückgriff auf die Frühzeit des Islams wird umma heute oft im Sinne einer egalitären Gesellschaftsverfassung betrachtet, deren Grenze zwischen Muslim und Nicht-Muslim verläuft. Gleichzeitig wird im panislamischen und in islamistischen Diskursen die anti-nationalstaatliche Forderung erhoben, wieder eine geeinte umma zu erschaffen.

Wahhabiyya

Dr. Christian Funke

Als Wahhabiyya wird die Ideologie von Muhammad ibn Abd al-Wahhab (1703–1792) bezeichnet. Abd al-Wahhab betonte die Einheit Gottes (tauhid), die er der Praxis der »Beigesellung« (→ s. schirk) entgegen stellte. In der wahhabitischen Doktrin sind mit Schirk alle Handlungen und Praktiken gemeint, die religiös-devotionalen Charakters sind, sich jedoch nicht auf Gott selbst beziehen, sondern etwa auf Heilige, Gräber und Schreine. Nachdem bereits Anfang des 19. Jahrhunderts schiitische Heiligtümer und Grabstätten zerstört worden waren, setzt sich diese ikonoklastische Praxis bis heute auch in Mekka und Medina fort. Ferner werden in der Wahhabiyya die traditionellen ulama (→ s. ulama) für die Entfremdung der umma (→ s. umma) von dem Willen Gottes verantwortlich gemacht und die Autorität früherer Rechtsmeinungen nicht grundsätzlich bejaht. Sie könnten nur dann Gültigkeit besitzen, sofern sie Koran und Sunna nicht gegenüberstehen. Seit ihren Anfängen ist die Wahhabiyya eine Allianz mit der Familie der Saud eingegangen, die zum Herrscherhaus und Namensgeber Saudi-Arabiens wurde. Während die Wahhabiyya den Herrschaftsanspruch der Dynastie legitimierte, sicherte diese zu, die Islaminterpretation der Wahhabiyya zur Staatsdoktrin zu erheben. Wegen der Stationierung amerikanischer Truppen auf saudischem Boden, den engen politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen beider Länder sowie des von den eigenen Regeln abweichenden Lebensstils des Hauses Saud brachen Konflikte auf. Striktere Lesarten der wahhabitischen Doktrin als sie vom Herrscherhaus vertreten werden, stellen die Herrschaft der Dynastie selbst in Frage. Diese muss im Spannungsfeld der Realpolitik ihr eigenes Verhältnis zur Wahhabiyya aushandeln: Im zeitgenössischen Saudi-Arabien wird die Einladung zum Islam (→ s. da'wa) durch eine staatliche Religionspolizei kontrolliert. Auch spielt der Export der Wahhabiyya durch die Gründung von Schulen, Moscheen und Stiftungen eine wichtige Rolle und wird durch erhebliche finanzielle Ressourcen ermöglicht.